

Dies ist die HTML-Version der Datei <https://www.fpo.ee/wp-content/uploads/2019/01/Europas-rechtsdemokratische-und-patriotische-Bewegungen-2016-und-2017.pdf>. Google erzeugt beim Crawlen des Web automatisch HTML-Versionen von Dokumenten.

Tipp: Um deinen Suchbegriff schnell auf dieser Seite zu finden, drücke **Strg+F** bzw. **⌘-F** (Mac) und verwende die Suchleiste.

*Edition K3 – Gesellschaft für Sozialpolitische Studien
Verlags- und Beratungs Ges.mbH.*

Kärntner Büro:

Seeuferstraße 8

A-9520 Annenheim

Tel.: +43/4248-214181

Fax: +43/4248-21412

Für ein Europa der Vaterländer...

**Europas rechtsdemokratische und patriotische Bewegungen -
politische Aktivitäten, Wahlerfolge, inhaltliche Orientierung
im Zeitraum 2016 und 2017**

ENF

Europa der Nationen
und der Freiheit

Erstellt für die ENF Fraktion
im Europäischen Parlament
im Auftrag von MEP Harald Vilimsky

*Financed by the 400 budget of the ENF group. The European Parliament is not responsible for the content of this article.

Page 2

Inhaltsverzeichnis:

1. Europa

- ✓ Die neue Mitte

2. Alternative für Deutschland (AfD) - Deutschland

- ✓ AfD sagt Establishment Kampf an
- ✓ Keine Alternative zur Alternative
- ✓ Die AfD und die Identitären
- ✓ Absolute Mehrheit unrealistisch
- ✓ Zerreißprobe in AfD?
- ✓ Nervosität beim Establishment
- ✓ AfD im Wirbel
- ✓ Interview mit Andre Poggenburg (AfD Sachsen-Anhalt), Björn Höcke (AfD Thüringen), Martin Renner (AfD NRW), Alexander Gauland, Markus Frohnmaier (Vorsitzender Junge Alternative)

3. Front National (FN) – Frankreich

- ✓ Franzosen zuerst
- ✓ Ist Le Pen zu stoppen?
- ✓ Volksabstimmung über EU-Austritt
- ✓ Le Pen legt Vorsitz nieder
- ✓ Brüssel ist „glücklich“
- ✓ Le Pen stark bei Parlamentswahl
- ✓ Starke Stimme gegen Macron
- ✓ Interview mit Gollnisch (FN), Gilles Lebreton (FN)

4. Lega Nord (LN) - Italien

- ✓ Italiens älteste Partei für mehr Autonomie
- ✓ Berlusconi feiert Erfolg bei Bürgermeister
- ✓ Interview mit Matteo Salvini (LN), Lorenzo Fontana (LN)

2

Page 3

5. United Kingdom Independence Party (UKIP) - Großbritannien

- ✓ Los von Brüssel
- ✓ „Danke, Großbritannien“
- ✓ UKIP in Nöten

6. Dänische Volkspartei (DFP) – Dänemark

- ✓ Stärkung des „Däneturms“

7. Partei für die Freiheit (PVV) – Niederlande

- ✓ Freiheit am Vormarsch

✓ Wilders im Vormarsch

8. Vlaams Belang (VB) - Belgien

✓ Eigenes Volk zuerst

✓ Interview Gerolf Annemans (VB)

9. Gemeinsam stark – Patriotische Initiativen

✓ Patriotischer Frühling

✓ Europas Rechte vereint gegen den Terror

✓ Terror: Rechtsparteien erhalten Zuspruch

✓ Gegen Fremdbestimmung

✓ Europa der Bürger zurückholen

✓ Interview Michal Marusik (Kongress der Neuen Rechten, Polen)

✓ Janice Atkinson (Britin, Mitglied der Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit)

Europas rechte & patriotische Bewegungen

Schwerpunkte: Deutschland, Frankreich, Italien, GB

2016 – 2017

Europa

Die neue Mitte

Die neue Mitte

Europa befindet sich im Umbruch. Die politische Landschaft damit einhergehend – und in den Fokus rücken patriotische Kräfte, vom Noch-Establishment als „rechtsextrem“ gebrandmarkt, in Wahrheit aber schon fast in der gesellschaftlichen Mitte angekommen.

Als politische Rechte wird ein Teil des politischen Spektrums bezeichnet. Sie geht von einer Verschiedenheit der Menschen aus und befürwortet oder akzeptiert daher eine gesellschaftliche Hierarchie. Ungleichheit wird deshalb von der politischen Rechten als unausweichlich, natürlich, normal und wünschenswert betrachtet. Hier ist zu unterscheiden zwischen der klassischen Rechten, welche die Ungleichheit durch Erbfolge und Familientradition gerechtfertigt sieht, und der liberalen Rechten, welche Ungleichheit nur dann für gerechtfertigt hält, wenn sie das Resultat eines fairen Wettbewerbs ohne Vorteilsweitergabe an Nachfahren ist. Rechte Politik kann sich sowohl auf die gesellschaftspolitische als auch auf die wirtschaftspolitische Ebene beziehen.

Norberto Bobbio differenziert nicht nur eine politische Rechte von einer politischen Linken anhand des Kriteriums Gleichheit, sondern auch zwischen rechter Mitte und extremer Rechten anhand des Kriteriums Freiheit. Rechtsgerichtete Strömungen reichen von konservativen oder rechtspopulistischen Positionen innerhalb des demokratischen Spektrums bis hin zu verschiedenen Erscheinungsformen des antidemokratischen Rechtsextremismus, die ihre äußersten Extreme in Bewegungen wie dem Faschismus oder Nationalsozialismus finden.

Auch wenn diese Strömungen mitunter weit voneinander entfernt sind, eint sie allesamt die Ablehnung einer aktiv emanzipatorischen Gesellschaftsveränderung auf politischem Wege, wie sie von den verschiedenen Strömungen des linken Spektrums angestrebt wird. Politische Rechte wollen die traditionelle gesellschaftliche Ordnung sowie deren Werte und Normen nicht grundlegend verändern (konservative Rechte), in einen früheren Zustand zurücksetzen (reaktionäre Rechte) oder grundlegend erneuern (revolutionäre Rechte).

Innerhalb des demokratischen Spektrums wird der Begriff „rechts“ heute meist mit „bürgerlich“ gleichgesetzt und für die entsprechenden Parteien (in Deutschland vor allem CDU/CSU und teilweise FDP) verwendet, um sie von der „Linken“ abzugrenzen. Als Eigenbezeichnung ist er unter Demokraten eher ungebräuchlich, da rechts insbesondere in der deutschsprachigen Öffentlichkeit oft mit dem Phänomen des Rechtsextremismus gleichgesetzt oder zumindest assoziiert wird und dadurch negativ besetzt ist. Daher grenzen sich die meisten Vertreter des demokratischen Konservatismus davon ab, um sich vom Stigma eines „rechten“ Images zu lösen. Stattdessen beanspruchen sie, wie viele Sozialdemokraten, den Standpunkt der politischen Mitte. Franz Josef Strauß besetzte dagegen

bewusst auch den rechten Rand des demokratischen Spektrums und betonte es dürfe rechts von der CDU keine demokratisch legitimierte Partei geben. Diese Strategie war insofern erfolgreich, als Mitbewerber der Union auf der rechten Flanke des politischen Spektrums wie die Deutsche Partei, die Deutsche Reichspartei oder auch der GB/BHE seit den ausgehenden 1950er Jahren stark an Bedeutung verloren, aus dem Bundestag ausschieden und allenfalls als Parteisplitter fortbestanden. Auch Gerhard Löwenthal, deutscher Journalist und Holocaustüberlebender, bezeichnete sich selbst als „rechten Demokraten“. Es existiert zudem eine Vielzahl rechtsradikaler und rechtsextreme Parteien, von

Page 7

denen keine im Bundestag vertreten ist und die teilweise wegen verfassungsfeindlicher Tendenzen von den Verfassungsschutzbehörden beobachtet werden. Als größte rechtsextreme Partei gilt die NPD. Die Sozialistische Reichspartei war als offen nationalsozialistische Organisation bereits 1952 vom Bundesverfassungsgericht verboten worden.

Der Parteienforscher Peter Lösche hält die zukünftige Etablierung einer Partei rechts der CDU auf Bundesebene für möglich. Mit der 2013 gegründeten AfD hat sich erstmals seit längerer Zeit wieder eine Partei, die von Politikwissenschaftlern als rechts von den Unionsparteien eingestuft wird, in der deutschen politischen Landschaft vorerst etabliert. Sie verpasste bei der Bundestagswahl 2013 mit 4,7 % knapp den Einzug in das bundesdeutsche Parlament. 2014 gelang der AfD bei der Europawahl der Einzug in das EU-Parlament mit 7,0 % sowie bei den drei Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg mit jeweils 10 % oder mehr der Stimmen der Einzug in das Landesparlament.

In Frankreich sind die Bezeichnungen „Gauche“ und „Droite“ die häufigsten Einordnungskriterien für politische Positionen. Die 2002 gegründete UMP vereint in sich gaullistische, liberale, konservative und christdemokratische Strömungen. Die bedeutendste Partei rechts der UMP ist der seit 1972 bestehende nationalistische Front National, der sich vor allem für die Begrenzung der Einwanderung besonders für außereuropäische Migranten einsetzt, aber auch für Forderungen wie die Wiedereinführung der Todesstrafe, den Rückzug aus internationalen Organisationen und allgemein eine Rückbesinnung auf „Tradition und französische Identität“ steht. Der Vorsitzende Jean-Marie Le Pen führte die Partei ab ihrer Gründung bis zum Januar 2011, als er den Vorsitz an seine Tochter Marine Le Pen übergab. Diese verfolgt die Strategie einer Öffnung der Partei hin zur politischen Mitte, ohne aber Kernpositionen aufzugeben, und erreichte bei den Präsidentschaftswahlen 2012 18,5 % der Stimmen. Die Partei lehnt die Bezeichnungen „rechts“ und „rechtsextrem“ für sich ab, da sie ein wirtschaftspolitisch egalitäres Programm verfolgt, das eher der politischen Linken zugeschrieben wird, und führt stattdessen den Wahlspruch «Ni droite ni gauche – français!» („Weder rechts noch links – französisch!“)

Historisch gesehen war Italien seit 1945 von dem Gegensatz zwischen der christdemokratischen Democrazia Cristiana und der Kommunistischen Partei geprägt. Daneben existierten die kleineren Parteien der historischen Rechten (Liberale und Republikaner) und die Mitte-links-Parteien (Sozialisten und Sozialdemokraten), während die neofaschistische Movimento Sociale Italiano von den großen Parteien ähnlich wie in Deutschland als nicht koalitionsfähig ignoriert

wurde. Nach dem Ende der so genannten Ersten Republik im tangenopoli-Skandal. 1993 veränderte sich die politische Landschaft drastisch. Während die Mitte-Links-Parteien bis zur Gründung der Partito Democratico 2008 zersplittert blieben, konnte der Medienunternehmer Silvio Berlusconi mit seiner Partei Forza Italia vor allem die alte DC-Wählerschaft ansprechen und arbeitet dabei auch mit rechtsextremen und neofaschistischen Parteien zusammen. 2009 fusionierte die Partei mit der nationalkonservativen Alleanza Nazionale, dem gemäßigteren Nachfolger des MSI, und heißt seither Popolo della Libertà. FI bzw. PdL präsentier(t)en sich als liberal-konservative und christdemokratische Partei, Kritiker bemängeln aber, dass oft mit rechtspopulistischen Parolen Stimmung machen würde und einseitig auf die Interessen des Parteigründers ausgerichtet sei. Einen rasanten Aufstieg erlebte auch die rechtspopulistische „Lega Nord“, die 1989 von Umberto Bossi gegründet wurde. Sie war mit vier Ministern an der Regierung von Silvio Berlusconi beteiligt, der sein Amt dem Erfolg der „Lega Nord“ bei der Wahl 2008 zu verdanken hatte. Die „Lega Nord“ kämpft für ein von Rom und dem ärmeren Süditalien unabhängiges bzw. autonomes Norditalien. Seit Berlusconis Rücktritt 2011 ist die Lega Nord nicht mehr in der Regierung vertreten.

Page 9

Deutschland

**Alternative für Deutschland
(AfD)**

AfD sagt Establishment Kampf an

Erstes Programm der „Alternative“ trägt freiheitliche Züge

Wofür steht die Alternative für Deutschland (AfD)? Als die Partei 2013 gegründet wurde, zog sie gegen den Euro zu Felde und schaffte 2014 den Einzug ins Europäische Parlament. Mit der Flüchtlingskrise im Herbst wurde der Kampf gegen Masseneinwanderung und für Grenzsicherungen ihr großes Thema und bescherte der AfD Spitzenresultate bei den

Landtagswahlen im März.

Am vergangenen Wochenende kamen die mittlerweile mit den Freiheitlichen eng zusammen arbeitenden Vertreter der AfD zu einem Bundesparteitag in Baden-Württemberg zusammen, um ein Parteiprogramm zu verabschieden. Mehr als 2.000 der rund 23.000 Mitglieder hatten sich als Teilnehmer angemeldet. Ein rund 75-seitiger Leitantrag der Parteispitze lag vor, aus der Parteibasis kamen rund 1.200 Änderungsanträge.

Mit diesem Grundsatzprogramm will die Partei ihr Profil schärfen, nachdem sie bisher vor allem als typische Protestpartei Stimmen einsammelte. In acht von 16 Landesparlamenten ist die AfD schon vertreten, in Sachsen-Anhalt wurde sie am 13. März mit 24,3 Prozent der Stimmen zweitstärkste Partei.

Ihrem ursprünglichen Ruf als Eurokritikerpartei bleibt die AfD treu. "Wir fordern, das Experiment Euro geordnet zu beenden", steht im Programm. Sollte sich der Bundestag dieser Forderung nicht anschließen, müsse eine Volksabstimmung über den Verbleib Deutschlands im Währungsverbund entscheiden.

Aus der EU austreten soll Europas größte Volkswirtschaft aber nicht, die AfD fordert lediglich eine gründliche Reform der Gemeinschaft mit mehr Kompetenzen für die Nationalstaaten. Das Programm spricht von einem "Europa der Vaterländer", ein Begriff, den der französische Staatsmann Charles de Gaulle (1890-1970) prägte.

Nach außen setzt die Bewegung auf Abschottung. "Eine Völkerwanderung historischen Ausmaßes fordert Europa heraus", schreiben die Autoren des Leitantrags. Die AfD fordert "strenge Personenkontrollen" an den deutschen Grenzübergängen. Das Asylrecht solle "an die globalisierte Gegenwart" angepasst werden. Es dürfe "nicht länger als ein Vehikel der Masseneinwanderung missbraucht werden", heißt es.

Die Partei bekennt sich zu einer "deutschen Leitkultur" und stimmt kritische Töne gegen den Islam an. "Der Islam gehört nicht zu Deutschland", steht im Programm. Die "Präsenz einer ständig wachsenden Zahl von Muslimen" betrachtet die AfD als "eine große Herausforderung für unseren Staat". Islamkritik dürfe nicht als "Islamophobie" oder "Rassismus" diffamiert werden.

Minarette lehnt die AfD ab, und sie fordert ein Verbot der Vollverschleierung durch Burka und Niqab in der Öffentlichkeit. Noch weiter gingen verschiedene Änderungsanträge zum Leitantrag. So schlug die AfD-Niederbayern vor, den Bau von Moscheen ganz zu verbieten. Der stellvertretende Parteivorsitzende Alexander Gauland bezeichnete den Islam als "Fremdkörper" in Deutschland.

Page 12

Die AfD fordert außerdem "Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild" und eine Verkleinerung des Bundestages. Wirtschaftspolitisch gibt sich die Partei liberal und will weniger staatliche Eingriffe ins Marktgeschehen. Die Bundesagentur für Arbeit soll aufgelöst, und die Hartz-IV-Leistungen für Langzeitarbeitslose sollen durch eine "aktivierende Grundsicherung" ersetzt werden. Den von den Sozialdemokraten erst in dieser Legislaturperiode durchgesetzten gesetzlichen Mindestlohn will die AfD aber beibehalten. Die Laufzeit der verbliebenen deutschen Kernkraftwerke soll verlängert werden.

Die AfD nimmt mit dem neuen Programm Kurs auf den Deutschen Bundestag und erneuert ihre Kampfansage an die etablierten Parteien: Parteichefin Frauke Petry erhob am vergangenen Samstag auf dem Parteitag den Machtanspruch ihrer Partei. Ihr Ko-Vorsitzender Jörg Meuthen sagte, das künftige Parteiprogramm werde "weg vom links-rot-grün versifften 68er-Deutschland" führen.

Vor dem Tagungsort gab es gewaltsame Proteste, die Polizei nahm 400 Demonstranten in Gewahrsam. Die AfD wolle nicht dauerhaft "als Juniorpartner in den Parlamenten sitzen", sagte Petry unter dem Beifall der mehr als 2.000 Parteimitglieder. "Wir wollen Mehrheiten erringen, damit wir unsere Programmatik als Gegenentwurf zum politischen Establishment durchsetzen können."

Die AfD trage "als am schnellsten wachsende Partei in Deutschland eine Riesenverantwortung", sagte Petry weiter. Sie sei "das Fieberthermometer einer Gesellschaft, die die demokratische Kontroverse wieder mühsam erlernen muss". Die AfD-Chefin verwies darauf, dass die von ihrer Partei verfolgte direkte Demokratie "ein einzigartiges Alleinstellungsmerkmal" sei. Parteivize Alexander Gauland sagte, die Erfolge der AfD würden "den etablierten Parteien inzwischen das Fürchten lehren". Petry kritisierte in ihrer Rede den Umgang der Medien mit ihrer Partei. Für den "gebetsmühlenartigen Vorwurf des Rechtsrucks" gebe es keine Belege, sagte sie. Trotz einer "massiven Diffamierung" und "Dämonisierung" wachse der Zuspruch für die AfD.

Petrys Ko-Vorsitzender Meuthen sagte, Ziel sei, die AfD als "neue konservative Größe im Land" zu etablieren. Der Fraktionschef im baden-württembergischen Landtag betonte die Geschlossenheit der Parteispitze und nannte explizit auch den als Rechtsaußen geltenden Thüringer Landeschef Björn Höcke: "Wir stehen zu dem breiten Meinungsspektrum, das es in unserer Partei gibt." Das erste Parteiprogramm, das am Sonntag beschlossen wurde, ist auch Ausdruck eines "gesunden Patriotismus". Die AfD will zudem einen "schlanken Staat, der Sozialpolitik nicht mit der Gießkanne für alle und jeden betreibt", sagte Meuthen.

Ein wahre Alternative

Die AfD ist zwar jung, jedoch bereits am Weg, Deutschland zu verändern – und das in Kooperation mit der FPÖ

Die Alternative für Deutschland (abgekürzt AfD) ist eine politische Partei in Deutschland und wurde als Reaktion auf die Euro-Rettungspolitik am 6. Februar 2013 in Berlin gegründet. Sie gewann bei der Europawahl 2014 erstmals überregionale Mandate und zog 2014 in die Landesparlamente von Sachsen, Brandenburg, Thüringen, 2015 in jene von Hamburg und

Bremen sowie 2016 in jene von Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ein.

Parteisprecher waren bis Juli 2015 die Bundesvorstandsmitglieder Bernd Lucke, Frauke Petry und Konrad Adam. Nach einem monatelangen innerparteilichen Machtkampf wurden Frauke Petry und Jörg Meuthen als gleichberechtigte Parteivorsitzende gewählt. Daraufhin spaltete sich der bereits zuvor auf Initiative von Lucke gegründete Weckruf 2015 ab und es entstand die Partei Allianz für Fortschritt und Aufbruch.

Page 14

Politikwissenschaftler verorten die AfD seit 2014 im politischen Spektrum rechts von den Unionsparteien und bezeichnen sie überwiegend als rechtspopulistisch oder rechtspopulistisch beeinflusst. Der Führungswechsel der Partei im Juli 2015 wurde als Rechtsruck und Sieg des nationalkonservativen über den wirtschaftsliberalen Parteiflügel eingestuft.

Als liberale, konservative und nationale „Vorläufer und Sammlungsbewegungen im Vorfeld“ gelten der Bund freier Bürger, die Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft, die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, das Bündnis Bürgerwille, die Wahlalternative 2013 und die Zivile Koalition. Parteipolitisch kamen die nachmaligen Funktionäre vor allem aus der „zweiten Reihe“ von CDU und FDP. Damit wurde ein „diskursiver Raum für den Rechtspopulismus“ geöffnet. Als „spiritus rector“ der Partei gilt – wenn auch nicht Mitglied – der ehemalige SPD-Politiker und Bundesbankvorstand sowie Erfolgsbuchautor Thilo Sarrazin. Im September 2012 gründeten Konrad Adam, Bernd Lucke, Alexander Gauland, Gerd Robanus und andere den „Verein zur Unterstützung der Wahlalternative 2013“, der sich zur Bundestagswahl 2013 den Freien Wählern anschließen wollte. Im Gründungsauftrag hieß es: „Das Euro-Währungsgebiet hat sich als ungeeignet erwiesen. Südeuropäische Staaten verarmen unter dem Wettbewerbsdruck des Euro. Ganze Staaten stehen am Rande der Zahlungsunfähigkeit.“ Die Bundesregierung habe schon hunderte Milliarden Euro verpfändet und setze diese Politik auf unabsehbare Dauer fort.

Anfang 2016 trafen sich Frauke Petry und Marcus Pretzell mit dem FPÖ-Parteiboss Heinz-Christian Strache und dem FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky in Düsseldorf zu einem Kongress „Europäische Visionen – Visionen für Europa“. Anschließend vereinbarte der bayerische AfD-Landesverband eine Kooperation („Blaue Allianz“) mit der FPÖ. Es kam in der Folge zu einem gemeinsamen Auftritt von Harald Vilimsky mit Alexander Gauland und Andreas Kalbitz bei einer Wahlveranstaltung in Nauen. Beim Bundesparteitag in Stuttgart Anfang Mai gab Marcus Pretzell bekannt, in die Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit einzutreten, der die FPÖ angehört. Zudem verlas er vor dem Bundesparteitag ein Grußschreiben der FPÖ.

Die 2.962 Meter hohe Zugspitze hat dann am vergangenen Freitag als Bühne für ein Stelldichein zwischen der Alternative für Deutschland und der FPÖ gedient. Auf Deutschlands höchstem Berg trafen sich AfD-Vorsitzende Frauke Petry und FPÖ-Chef Heinz Christian Strache, um unter großem Medieninteresse die künftige Intensivierung ihrer Zusammenarbeit bekannt zu geben.

Bei strahlendem Sonnenschein verkündeten die beiden, umringt von deutschen und österreichischen Fernsichtteams, die Art und Weise ihrer künftigen Kooperation. Zu diesem Zweck sollen etwa Arbeitsgruppen zu bestimmten Themen gegründet werden. Zudem sollen Antworten auf "brennende Fragen" wie die künftige Gestaltung des Wirtschaftsraumes, die Frage der Migrationsbewegung und die Frage von nationalen Identitäten gefunden werden. "Dafür haben die etablierten Parteien keine Lösungen", sagte Petry.

Vor allen Dingen gehe es darum, EU-kritische Kräfte zu bündeln. Bisher habe es zwar auf lokaler Ebene Kooperationen zwischen den beiden Parteien gegeben, jetzt gelte es aber, sowohl in Brüssel als auch in Straßburg intensiver zusammenzuarbeiten. Die Zugspitze sei als Symbol gewählt worden, weil sie dafür stehe, "dass man gemeinsam neue politische Höhen erklimmen möchte", so die AfD-Vorsitzende.

FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache zeigte sich über das "charmante Treffen" erfreut und zollte Petry "größten Respekt" für die Arbeit, die die AfD in den vergangenen Jahren geleistet habe. "Wir wollen jetzt die Zusammenarbeit in Arbeitsgruppen vertiefen", so Strache. Etwa werde der FPÖ-Fraktionsführer im EU-Parlament, Harald Vilimsky, in einem Arbeitskreis für den Bereich "Eurogruppe" sitzen. Darüber hinaus wolle man auch die Kooperation auf regionaler Ebene vertiefen. Bei allen gemeinsamen Positionen gebe es aber auch Unterschiede, betonte Strache. "Wir stehen für ein föderales Europa, bei dem die Nationalstaaten der Souverän sind", nannte der

Page 15

FPÖ-Chef als größte Gemeinsamkeit. "Und an uns liegt es", Antworten auf die Flüchtlingsfrage zu geben.

Es soll auch eine Arbeitsgruppe zu mehr Transparenz bei Wahlen gegründet werden, erklärten die beiden Parteivorsitzenden unisono. Denn etwa habe es bei der Bundespräsidentenwahl in Österreich eine "mehr als zweifelhafte" Auszählung der Briefwahlstimmen gegeben, kritisierte Petry: "Und das ist kein Einzelfall". Da seien in beiden Ländern durchaus Defizite auszumachen, so Petry.

Bei der Präsidentenwahl habe es einen "ungeheuren Gesetzesbruch" gegeben, erklärte Strache: "Wir müssen die Manipulation nicht beweisen, es reicht, dass sie möglich war". Strache sah die Freiheitlichen nicht als "schlechte Verlierer", sondern vielmehr die anderen als offenbar "schlechte Gewinner". Der FPÖ-Chef betonte, die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes (VfGH) akzeptieren zu wollen: "Der VfGH ist das höchste Gremium, und jede seiner Entscheidungen ist zu respektieren, auch wenn man sie nicht teilt".

Über Details zur "Transparenz-Arbeitsgruppe" wolle man erst zu einem späteren Zeitpunkt sprechen, sagte Petry. Ziel sei aber, Transparenz bei der Briefwahl sowohl in Österreich als auch in Deutschland sicherzustellen. Auch in Deutschland habe sie in der Vergangenheit bei Wahlen Ungereimtheiten geortet, meinte die AfD-Chefin.

"Wir sind bereit, von den Erfahrungen der FPÖ zu profitieren", sagte die AfD-Vorsitzende. Denn

schließlich habe die FPÖ einen zeitlichen Vorsprung und betreibe seit 60 Jahren erfolgreich Politik. "Aber wir haben gezeigt, dass wir in der Lage sind, den zeitlichen Rückstand aufzuholen".

Keine Alternative zur Alternative

Streit in AfD muss beigelegt werden – Konkurrenz von Pegida?

Die Umfragewerte im Sinkflug, derzeit kein Ende im parteiinternen Streit: Schwierige Zeiten für die Alternative für Deutschland. Die Parteiführung beschwört Einigkeit, sieht in den Differenzen aber auch Positives. Weniger streiten, aber interne Differenzen anerkennen: AfD-Chefin Frauke Petry hat versucht, den internen Streit in ihrer Partei zu beruhigen.

"Es kommt manchmal nicht so sehr darauf an, ob und wie sehr wir uns mögen, sondern dass wir

gemeinsam nach vorn schauen", sagte Petry beim Bundeskongress der AfD-Jugend „Junge Alternative“ am vergangenen Samstag in Bingen (Rheinland-Pfalz). Zuletzt hatte vor allem die Spaltung der AfD-Fraktion in Baden-Württemberg für Spannungen in der Parteiführung gesorgt. Auslöser war der Umgang mit dem Abgeordneten Wolfgang Gedeon gewesen, dem Antisemitismus vorgeworfen wird.

Petry räumte ein, dass die Parteiführung derzeit kein gutes Bild abgebe. Sie verstehe den Wunsch nach Einigkeit. Bei allem Willen zur Zusammenarbeit müsse man aber auch Differenzen anerkennen. "Nur durch diese Reibungen entstehen die tatsächlich guten Lösungen."

Spannungen hatte es zuletzt auch zwischen Petry und Parteivize Alexander Gauland gegeben, der Petrys Eingreifen in Stuttgart scharf kritisiert hatte. Gauland war am Samstag ebenfalls als Gastredner angekündigt.

Der Vorsitzende der Jungen Alternative (JA), Sven Tritschler, appellierte an die Parteiführung: "Nehmt euch zusammen." Der rheinland-pfälzische Landesvorsitzende Uwe Junge mahnte einmal mehr zur Zurückhaltung in der Öffentlichkeit. "Man muss nicht gleich in jedes Mikrofon beißen, dass einem hingehalten wird." Die Parteiführung habe die "verdammte Pflicht, den Laden zusammenzuhalten". Nur so könne man bei künftigen Wahlen erfolgreich sein.

Inhaltlich wiederholte Petry bekannte Positionen: Zuwanderung stoppen, Grenzen schließen, der Islam gehöre nicht zu Deutschland. Wichtiges Ziel sei, Patriotismus zur Normalität in Deutschland zu machen.

Zu dem JA-Kongress kamen auch Vertreter von Jugendorganisationen anderer rechtspopulistischer Parteien in Europa, darunter die französische Front National, die italienische Lega Nord und die FPÖ aus Österreich. Vor dem Gebäude versammelte sich eine Gruppe von Demonstranten. Mit Transparenten wie "Rechtspopulismus stoppen" protestierten etwa 100 Menschen gegen die Veranstaltung.

Die Spitze der AfD forderte die in zwei Gruppen gespaltene Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg zur Wiedervereinigung auf. "Der Bundesvorstand ist der Auffassung, dass unsere Partei in Baden-Württemberg nur durch eine Landtagsfraktion repräsentiert werden kann", heißt es in einem am vergangenen Freitag veröffentlichten Beschluss.

"Dies zu erreichen, ist vorrangig die Aufgabe des Landesverbandes Baden-Württemberg", beschloss das Gremium. Allerdings behält der Afd-Vorstand es sich vor, selbst im Südwesten einzugreifen. "Der Bundesvorstand wird diesen Prozess aktiv unterstützen", heißt es.

Page 19

Offenbleibt damit, ob der Streit zwischen den beiden Bundes-Vorsitzenden Frauke Petry und Jörg Meuthen über die Zuständigkeit zur Beilegung des Zerwürfnisses geklärt ist. Meuthen, der auch Landesvorsitzender ist und Chef der AfD-Fraktion in Stuttgart vor der Spaltung war, hatte sich Einmischungen von Petry in Baden-Württemberg verboten. Er hatte erfolglos versucht, den Abgeordneten Wolfgang Gedeon wegen antisemitischer Ansichten aus der Fraktion zu werfen. Daraufhin kam es zur Spaltung der 23 Mitglieder zählenden Gruppe.

Pegida-Chef Lutz Bachmann hat indes die lange angekündigte Gründung einer Partei verkündet. Der Gründungsvertrag für die "Freiheitlich Direktdemokratische Volkspartei" (FDDV) sei bereits am 13. Juni unterzeichnet worden, sagte er Anfang der Woche am Montagabend bei der wöchentlichen Kundgebung des islamkritischen Bündnisses in Dresden.

Die Parteigründung sei auch eine Reaktion auf ein angeblich drohendes Verbot des Pegida-Vereins. Wie die Satzung aussieht oder wer zu den Gründungsmitgliedern zählt, sagte Bachmann nicht. Einzelheiten würden in den kommenden Tagen veröffentlicht. Schon vor über einem Jahr hatte er angekündigt, dass Pegida einen "parlamentarischen Arm" entwickeln wolle.

Die FDDV werde nicht in direkte Konkurrenz zur AfD treten. "Wir werden diese AfD unterstützen beim nächsten Bundestagswahlkampf und nur in ganz, ganz wenigen Landkreisen oder Wahlbezirken Direktkandidaten stellen", kündigte Bachmann an. Es gebe gute Verbindungen zu verschiedenen AfD-Landesverbänden in ganz Deutschland, abgesehen vom sächsischen Landesverband der AfD-Bundesvorsitzenden Frauke Petry, wo "Eiszeit" herrsche. "Aber es gibt andere Landesverbände, die verstanden haben, dass es nur gemeinsam geht."

Die AfD und die Identitären

Deutscher Verfassungsschutz beobachtet Identitäre Bewegung – „Überwachung nicht nachvollziehbar“

Als der Präsident des deutschen Bundesverfassungsschutzes, Hans-Georg Maaßen, Mitte August verkündete, die Identitäre Bewegung (IB, „Identitären“) stünde unter Beobachtung, hatten die meisten Bundesländer die vermeintliche Gefahr schon erkannt. Der bayerische Verfassungsschutz schreibt in seinem Bericht von 2015: "Die IB hat eine starke Nähe zu der Ideologie von Rechtsextremisten."

Sachsen-Anhalt nennt die Organisation "fremdenfeindlich", der Berliner Verfassungsschutz fügt "islamfeindlich" hinzu und Nordrhein-Westfalen erklärt, die IB richte sich "gegen Menschenrechte."

Daniel Fiß, ehemaliges Mitglied der Jugendorganisation der NPD, nun zweiter Vorsitzender der IB, gibt sich ratlos angesichts dieser Vorwürfe. Er nennt sie "völlig unbegründet" und vermutet parteipolitische Motive hinter der Beobachtung des Verfassungsschutzes. Rückendeckung bekommt er dabei von Vertretern der Alternative für Deutschland (AfD). Die Vizechefin der AfD in Baden-Württemberg, Christina Baum, sagt über die IB im Südwesten Deutschlands, sie sehe keine handfeste Grundlage zur Beobachtung. Zwischen der AfD und den Identitären treten immer wieder Verbindungen zutage, auch wenn beide Seiten offiziell eine Zusammenarbeit bestreiten. Die Identitären nennen die Partei auf jeden Fall eine "legitime parlamentarische Vertretung".

Die Organisation richtet sich nach eigenen Angaben an junge Leute zwischen 16 und 35 Jahren. Für die Umsetzung ihrer politischen Ideale sucht man "kluge und opferbereite Aktivisten, die willens sind, ihre Heimat zu erhalten und zu verteidigen." Das Durchschnittsalter der rund 300 Mitglieder in Deutschland liegt eigenen Angaben zufolge bei 24 oder 25 Jahren. Den Frauenanteil schätzt Fiß auf 20 Prozent, was sein Mitstreiter Martin Sellner als "sehr optimistisch" kommentiert.

Vor vier Jahren formierten sich die ersten lokalen Gruppen der Identitären nach dem Vorbild der französischen Identitären. 2014 gründeten sie einen Verein und bastelten zunächst an ihrem Internetauftritt, drehten Videos, wo blonde Jungs im winterlichen Wald boxen. Dann kam der Sommer 2015 und mit ihm die Flüchtlinge. Die IB übernahm den Begriff des "großen

Austauschs" und machte ihn neben "Multi-Kulti-Wahn" zu ihrem Kennzeichen, mit dem sie illegal Hauswände und SPD-Parteizentralen plakatierte. Auf Flyern warnt die IB:

"Globalisierung, Masseneinwanderung und Kulturverfall werden unseren Kontinent zerstören."

AfD-Abgeordnete Baum begrüßt die Bewegung: "Wenn sich junge Menschen Gedanken um die Gefahren der Masseneinwanderung in Deutschland machen, ist das eher eine Chance als eine Bedrohung." Der Rechtsextremismus-„Experte“ Hajo Funke von der FU Berlin nennt die Aktionen der IB "Hetze gegen Flüchtlinge in all seiner Schärfe" und behauptet ein Gewaltpotenzial, das sich in der Rhetorik von führenden Köpfen der IB wie dem Österreicher Martin Sellner offenbaren würde. Sellner leitet die Identitäre Bewegung Österreich, ist aber auch in der deutschen Organisation aktiv. Er nennt die IB gerne "patriotisches Greenpeace".

Sellner hat den Onlineshop Phalanx gegründet, wo er auch Bücher seines Freundes Götz Kubitschek vertreibt. Der 46-jährige Publizist unterstützt die IB mit Begeisterung, unter anderem

Page 23

in Artikeln seiner Zeitschrift "Sezession". Auf einem Rittergut in Sachsen-Anhalt hat Kubitschek das Institut für Staatspolitik (IfS) gegründet. Der Leiter der Einrichtung, Erik Lehnert, erzählt in einem Video: "Das Institut betreibt Bildungsarbeit mit jungen Menschen, die durch Schulen und Universität ungebildet, verbildet sind, was die historisch-politischen Tatsachen betrifft." Die Sommerakademie des Instituts stand unter dem Thema: "Wer hat Interesse an der Flutung Deutschlands mit sogenannten Flüchtlingen?" Unter den Rednern war Andreas Lichert, Geschäftsführer des IfS und Beisitzer des hessischen AfD-Landesvorstands. Neben Lichert pflegen Björn Höcke, Fraktionsvorsitzender der Thüringer AfD, und Andre Poggenburg, Vorsitzender der AfD in Sachsen-Anhalt und Mitglied des Bundesvorstands, enge Beziehungen zum IfS. Höcke bezeichnet die Akademien des IfS als sein "geistiges Manna", für die IB sind sie "Orte des Austauschs und der Vernetzung".

Kubitschek hat auch Einprozent initiiert. Die Initiative will mindestens ein Prozent der Deutschen gegen die "Flüchtlingsinvasion" mobilisieren und stellt Wahlbeobachter, die der AfD Stimmen sichern sollen. Einprozent unterstützt die Identitären nach Angaben von Kubitschek finanziell, Identitäre helfen als Wahlbeobachter aus. Mitglied ist auch Hans-Thomas Tillschneider, AfD-Abgeordneter in Sachsen-Anhalt und Sprecher der parteiinternen Bewegung Patriotische Plattform (PP). Die PP spricht sich "gegen die Herausbildung einer multikulturellen Gesellschaft aus" und plädiert für eine Zusammenarbeit ihrer Partei mit den Identitären. Die AfD in Mecklenburg-Vorpommern dürfte im Sinne der PP gehandelt haben, als sie für ihre Wahlparty das IB-Mitglied Melanie Schmitz engagierte. Schmitz hatte als Reaktion auf einen Anti-AfD-Song der Band „Jennifer Rostock“ einen AfD-Fan-Song gedichtet, den sie bei der Wahlparty mit den Zeilen "Gegen diese Invasion hilft nur eins: Remigration" zum Besten gab.

Die „Experten“ meinten: "In der AfD geht die prägende Dynamik vom rechtsextremen Flügel rund um Höcke aus." Sellner kann die Verortung der IB von Verfassungsschützern im äußersten rechten Spektrum nicht akzeptieren: "Wenn man uns als rechtsextremistisch definiert, dann kann man auch die AfD als rechtsextremistisch definieren."

Absolute Mehrheit unrealistisch

Petry warnt AfD vor zu hohen Erwartungen – Trump als Vorbild

Angesichts aktueller Umfrageergebnisse für die Bundestagswahl hat AfD-Chefin Frauke Petry ihre Partei vor zu hohen Erwartungen gewarnt. "Davon lassen wir uns nicht kirre machen", sagte sie am Samstag in Klipphausen bei Meißen auf einem Landesparteitag der sächsischen AfD. Derzeit werde die Partei bei 15 bis 16 Prozent gesehen, im jüngsten ZDF-"Politbarometer" fiel sie auf elf Prozent.

Obwohl die Regierung der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel ihrer Partei "eine Steilvorlage nach der anderen" liefere, sei "das Potenzial nach oben trotzdem begrenzt", sagte Petry. Für die Bundestagswahl dürfe man zwar "ein sicheres zweistelliges Ergebnis" erwarten. "Dieses zweistellige Ergebnis wird aber - das sage ich ganz bewusst - mit Sicherheit nicht 51 Prozent bei der Bundestagswahl heißen." Die AfD wolle aber "stärkste Oppositionspartei" werden, sagte Petry.

Anders als andere, teils Jahrzehnte alte rechtspopulistische Parteien in Europa müsse die AfD "sehr schnell, im Zeitraffer" ihre Ziele erreichen, sagte Petry. Bei der Bundestagswahl 2021 werde die AfD aber "hoffentlich mehrheitsfähig" sein.

Die sächsische AfD hat die Bundesvorsitzende Petry im Übrigen zu ihrer Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl gewählt. Petry erhielt am vergangenen Sonntag auf einer Parteiversammlung in Klipphausen 79,1 Prozent der Stimmen und steht auf Listenplatz eins, wie die Partei mitteilte.

Petry, die auch Landesvorsitzende in Sachsen und Fraktionschefin im Dresdner Landtag ist, bewirbt sich auch um ein Direktmandat. Sie war bereits Ende vergangenen Jahres von der AfD zur Direktkandidatin im Bundestagswahlkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge gewählt worden.

Die AfD sieht indes in dem von US-Präsident Donald Trump verhängten Einreiseverbot für Bürger aus mehreren muslimischen Staaten ein Vorbild für Deutschland. "Trump macht es richtig, er macht es uns vor", erklärte Parteivize Alexander Gauland am Montag in Berlin. Der Einreisestopp sei "konsequent und klug".

Bundeskanzlerin Merkel solle sich ein Beispiel daran nehmen, forderte Gauland. Nach dem Motto "Man kann erst wieder aufnehmen, wenn man zu Hause Klarheit geschaffen hat" solle auch Merkel verfahren, so der stellvertretende AfD-Vorsitzende. Es entspreche einer "vernünftigen Logik", ein solches Dekret zu erlassen, so lange die Bedrohungslage durch Einwanderern aus diesen Ländern "nicht einwandfrei geklärt ist".

Das erhöhe "den Druck auf die Heimatländer, ihr Sicherheits-, aber auch Armutsproblem, in beiderseitigem Interesse selbst in den Griff zu bekommen", erklärte Gauland weiter. Eine pauschale Verurteilung der Muslime sehe er darin nicht.

Trump hatte vergangene Woche per Dekret angeordnet, dass Bürger der sieben mehrheitlich muslimischen Länder Irak, Iran, Libyen, Somalia, Syrien, Sudan und Jemen für 90 Tage keine Visa erhalten dürfen. Der US-Präsident löste damit eine Welle des Protestes aus; auch Senatoren

Page 27

aus seiner Republikanischen Partei zeigten sich irritiert. Bundeskanzlerin Merkel lehnte das Einreiseverbot ab und warnte vor einem "Generalverdacht" gegen Muslime.

Scharfe Kritik nach lobenden Worten über den US-Präsidenten Trump hat der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer einstecken müssen. Mit seinen Äußerungen mache der bayerische Ministerpräsident "die Demokratie verächtlich", erklärte die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Claudia Roth (Grüne), in Berlin.

Die Aussagen seien "schlicht eine Katastrophe" und "eine Bankrotterklärung für eine wertegeleitete Politik". Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel sagte dem Redaktionsnetzwerk Deutschland: "So wie Horst Seehofer die CSU heute aufstellt, weiß ich nicht, mit wem anders die CSU koalieren will als mit der AfD."

Der CSU-Chef hatte der "Bild am Sonntag" zuvor gesagt, Trump setze "mit Konsequenz und Geschwindigkeit" seine Wahlversprechen Punkt für Punkt um. "In Deutschland würden wir da erst mal einen Arbeitskreis einsetzen, dann eine Prüfgruppe und dann noch eine Umsetzungsgruppe", so Seehofer. Das bedeute zwar ausdrücklich nicht, dass er jede Maßnahme Trumps für richtig halte. Trump sei aber in einer demokratischen, freien Wahl gewählt worden.

Derweil wurde Trumps Dekret zum US-Einreisestopp für Flüchtlinge und Bürger einiger mehrheitlich muslimischer Staaten in Deutschland eben massiv attackiert. So hält Kanzlerin Angela Merkel das Einreiseverbot eindeutig für falsch. "Sie ist überzeugt, dass auch der notwendige entschlossene Kampf gegen den Terrorismus es nicht rechtfertigt, Menschen einer bestimmten Herkunft oder eines bestimmten Glaubens unter Generalverdacht zu stellen", erklärte Regierungssprecher Steffen Seibert am Sonntag in Berlin.

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann nannte das Trump-Dekret zum Einreisestopp "unmenschlich und töricht". Es widerspreche "allem, was den guten Ruf der Vereinigten Staaten als Einwanderungsland ausmacht", sagte er der Zeitung "Die Welt" (Montag). "Nicht einmal ein Vorteil für die USA ist zu erkennen", denn eine solche Abschottungspolitik schade der amerikanischen Wirtschaft.

Der außenpolitische Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion, Omid Nouripour, nannte den von Trump verhängten Einreisestopp für Flüchtlinge "dreckige Symbolik". Er sagte der "Huffington Post", das Dekret gehe "auf Kosten Tausender Menschen und des gesellschaftlichen Friedens". Auffällig sei, dass genau diejenigen Länder ausgenommen seien, "mit denen Trumps Firmen Geschäfte machen".

Zerreißprobe in AfD?

Höcke soll im zweiten Anlauf aus Partei ausgeschlossen werden

Die AfD will sich in einem zweiten Anlauf vom umstrittenen thüringischen Landeschef Björn Höcke trennen. Das Lager um Parteichefin Frauke Petry setzte am vergangenen Montag mit der erforderlichen Zwei-Drittel-Mehrheit im Vorstand ein Ausschlussverfahren durch. Führende AfD-Politiker stimmten allerdings gegen den Rauswurf. Damit dürfte die Partei auf eine Zerreißprobe beim Bundesparteitag im April zusteuern.

Grund für den angestrebten Parteiausschluss sei die Dresdner Rede Höckes, teilte die Partei mit. Im Jänner hatte er sich dabei abwertend über das Holocaust-Mahnmal in Berlin geäußert. "Björn Höcke steht mit seinen innerparteilichen Vorstellungen von Demokratie und seinen Geschichtsvorstellungen nicht auf dem Boden der AfD", sagte Petry. Höcke hatte bei der Veranstaltung in Dresden mit Verweis auf das Holocaust-Mahnmal gesagt: "Wir Deutschen (...) sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat." Einige Tage später verzichtete der Bundesvorstand allerdings zunächst auf einen Parteiausschluss und beließ es bei einem Ordnungsverfahren..

Co-Parteichef Jörg Meuthen sagte, er habe gegen den Parteiausschluss gestimmt, trage ihn jetzt aber mit. Er bezweifelte, dass die Gründe für einen Rauswurf Höckes ausreichten. "Für einen Parteiausschluss gibt es hohe Hürden", sagte er der Nachrichtenagentur Reuters. "Der Beschluss

ist in der Sache überzogen." Der Brandenburger AfD-Chef Alexander Gauland sagte dem MDR, Höcke habe an keiner Stelle die Partei-Ordnung verletzt. In Parteikreisen hieß es, von den 13 Mitgliedern des Bundesvorstandes hätten auch die Landeschefs in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, Paul Hampel und Andre Poggenburg, den Rauswurf abgelehnt.

"Es ist meine Überzeugung, dass ich weder gegen die Satzung noch die Grundsätze der Partei verstoßen habe", erklärte Höcke in Erfurt. Der Beschluss sei machtpolitisch motiviert, unverhältnismäßig und geeignet, der Partei großen Schaden zuzufügen. "Er besitzt zweifellos das Potenzial zur Spaltung", erklärte Höcke. "Diese Spaltung müssen alle Gutwilligen in der Partei verhindern."

Höcke-Gegner verwiesen darauf, dass die AfD seit der Debatte über seine Äußerungen in Umfragen sinke. "Die AfD ist eine bürgerliche konservativ-liberale Partei", sagte Bundesvorstandsmitglied Georg Pazderski der Funke Mediengruppe. Sie sei keine "Bewegung", wie Höcke das wünsche, sondern eine Partei, die die konservative bürgerliche Mitte erreichen wolle. Der Ausschluss-Antrag wird nun zunächst vom AfD-Landesschiedsgericht in Thüringen behandelt. In Parteikreisen hieß es, dort könne Höcke zwar recht bekommen, dann aber werde der Fall vor dem deutschen Bundesschiedsgericht landen.

Der Veranstaltungsort des AfD Bundesparteitages kommenden April, das Kölner Hotel Maritim, erteilte Höcke ein Hausverbot. Man ziehe Grenzen, "wo andere wegen ihrer Herkunft, Rasse oder Religion diskriminiert wurden, wo der Holocaust geleugnet oder sonst die Gräueltaten des NS-Regimes in Abrede gestellt oder verharmlost wurden", heißt es in einer Erklärung, über die zuerst "Spiegel-Online" berichtete.

Im Petry-Lager hieß es an verschiedenen Stellen, auch Äußerungen Poggenburgs seien auf scharfe Kritik gestoßen. Poggenburg, AfD-Fraktionschef im Magdeburger Landtag, hatte dort nach Protesten gegen eine AfD-nahe Hochschulgruppe von "linksextremen Lumpen" gesprochen

Page 31

und gefordert: "Helfen sie dabei, die Wucherungen am deutschen Volkskörper endgültig loszuwerden." Damit nutzte Poggenburg Begriffe, mit denen die Nazis ihre Vernichtungspolitik rechtfertigt hatten.

Nervosität beim Establishment

AfD: Streit über die Zukunft, Erfolg im Saarland

Die Spitze der Partei "Alternative für Deutschland" (AfD) kann sich nicht auf ein Spitzenteam für die Wahl zum Bundestag einigen. Bis zum Ablauf der Anmeldefrist vergangene Woche seien keine "beschlussgemäßen Bewerbungen" eingegangen, teilte AfD-Sprecher Christian Lüth mit. Damit entfalle auch die geplante Umfrage unter den AfD-Mitgliedern, welchem Team sie den Vorzug geben wollten.

Über die Aufstellung für die Bundestagswahl muss nun der AfD-Bundesparteitag im kommenden Monat in Köln entscheiden. Bis vorvergangenen Sonntag sollten sich Teams mit mindestens zwei Mitgliedern als Wahlkampfspitze bewerben.

Im AfD-internen Machtkampf waren Gegner von Parteichefin Frauke Petry vor einer Woche vorgeprescht und hatten den Brandenburger AfD-Chef Alexander Gauland neben Petry als Mitglieder des Spitzenteams nominiert. Petry hatte umgehend erklärt, sie habe noch nicht mitgeteilt, ob sie überhaupt für eine Spitzenkandidatur oder für ein Spitzenteam zur Verfügung stehe.

Petry wird nachgesagt, als alleinige oder zumindest herausragende Spitzenkandidatin in den Bundestagswahlkampf ziehen zu wollen. Ihre Gegner fürchten jedoch einen Machtzuwachs der Parteichefin auf ihre Kosten.

Die Anhänger der AfD kommen indes einer Studie zufolge aus der Mitte der Gesellschaft. Als Belege nennen Forscher des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) unter anderem das Einkommens- und Bildungsniveau, berichtete die "Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung". AfD-Sympathisanten liegen mit 2.200 Euro Nettoeinkommen im Monat etwas über dem deutschen Durchschnitt.

Gut die Hälfte (55 Prozent) der AfD-Anhänger habe zudem ein mittleres Bildungsniveau (Realschule), 25 Prozent ein hohes, 20 Prozent ein niedriges Niveau. Die AfD sei keine "Prekariatspartei". Was das Milieu vom Rest der gesellschaftlichen Mitte unterscheide, sei die ausgeprägte Angst vor der Zukunft, hieß es weiter. AfD-Wähler seien "Pessimisten", schreiben die IW-Autoren dem Bericht zufolge.

Die größten Sorgen löst laut "FAS" das Thema Zuwanderung aus: Es macht 82 Prozent der AfD-Anhänger zu schaffen. In der Gesamtheit der Befragten seien das nur 32 Prozent. Die Entwicklung der Kriminalität und der soziale Zusammenhalt des Landes rangierten ebenfalls weit oben. Zusammenfassend schreiben die Forscher laut "FAS" von einer "Partei der sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener".

CSU-Chef Horst Seehofer hat nach dem eher schwachen Abschneiden der AfD im Saarland Zweifel an einem Einzug der Rechtspopulisten in den Bundestag. "Es kann sein, dass die AfD nicht in den Deutschen Bundestag einzieht", sagte Seehofer am vergangenen Montag in München vor Journalisten. Er zähle sich zu den Politikern, die zumindest die Prognose wagen, dass die AfD noch nicht im Deutschen Bundestag sei.

Seehofer sagte, Erfolg oder Misserfolg der AfD liege vor allem bei den Volksparteien. Wenn diese eine "kluge Politik" machten und die Menschen das Gefühl hätten, dass ihre Themenfelder

Page 34

erkannt und bearbeitet würden, schade dies der AfD. Es gehe dabei aber nicht darum, die AfD-Parolen zu übernehmen, sagte Seehofer. Diese zieht im Saarland zwar mit 6,2 Prozent in den Landtag ein, holte aber bei den Landtagswahlen im vergangenen Jahr jeweils noch deutlich zweistellige Ergebnisse.

Unmittelbar nach der Landtagswahl im Saarland haben CDU und SPD offiziell den Weg für Koalitionsverhandlungen frei gemacht. Die Vorstände der beiden Parteien sprachen sich am Montagabend bei Sitzungen in Saarbrücken einstimmig für Verhandlungen über die Fortsetzung des bisherigen Regierungsbündnisses aus. Es wird erwartet, dass die Gespräche noch in dieser Woche beginnen.

Die saarländische Ministerpräsidentin und CDU-Landeschefin Annegret Kramp-Karrenbauer bot nach Angaben ihrer Partei dem SPD-Landesvorsitzenden Heiko Maas am Montagabend offiziell Verhandlungen über die Bildung einer gemeinsamen Landesregierung an. Dabei habe sie sich in einem Schreiben auf einen entsprechenden einstimmigen Beschluss der Parteigremien bezogen. Der SPD-Landesvorstand beschloss daraufhin ebenfalls einstimmig, auf das Angebot der CDU einzugehen.

Im Saarland gilt nach der Landtagswahl allerdings praktisch auch nur eine Koalition aus CDU und SPD als möglich. Für ein Bündnis aus SPD und Linkspartei, über das vor der Wahl ebenfalls spekuliert wurde, gibt es im Landtag keine Mehrheit. Im künftigen Vierparteiparlament ist neben CDU, SPD und Linkspartei nur noch die AfD vertreten. Mit letzterer hätte die CDU zwar eine Mehrheit, im saarländischen Landtag, will diese aber aus Ausgrenzungsgründen heraus nicht nützen.

AfD im Wirbel

Petry denkt über Rückzug nach, Wahl-Umfragen widersprüchlich

AfD-Vize Alexander Gauland rechnet nicht mit einem Rückzug von Parteichefin Frauke Petry aus der Politik. Er glaube nicht, dass Petry sich wirklich zurückziehen wolle, sagte Gauland dem "Tagesspiegel" vom vergangenen Freitag. Petry hatte zuvor in einem Gespräch mit der Zeitung gesagt: "Weder die Politik, noch die AfD sind für mich alternativlos."

Gauland nannte Petrys Äußerungen "nicht gut durchdacht". "Ich nehme das nicht ernst", sagte er. Unterstützung erhält Petry vom Berliner Landesverband. AfD-Landeschef Georg Pazderski sagte dem "Tagesspiegel", Petry stehe "in der ersten Reihe der deutschen Politik und genau dort gehört sie auch hin". Auch Petrys persönlicher Sprecher Oliver Lang meinte am Donnerstag zu den Rückzugsgedanken: "Da ist nichts dran".

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann wertete die Diskussion indes als weiteres Indiz für die "Zerstrittenheit der AfD". Nun erwäge die Vorsitzende, als Erste das sinkende Schiff zu verlassen. Die SPD werde weiter dafür kämpfen, dass die AfD nicht in den Bundestag komme, "egal ob mit Frau Petry oder ohne", sagte Oppermann dem "Tagesspiegel".

Die 41 Jahre alte und hochschwängere Politikerin hatte der Zeitung gegenüber von einem "enormen Kraftaufwand" und dem "Abschied von einem geregelten Leben" durch die Arbeit in der AfD gesprochen. "Es ist sinnvoll, ab und an das eigene Leben zu überdenken und neu zu justieren", fügte sie hinzu.

Petry ist in ihrer von Flügelkämpfen geprägten Partei teilweise heftiger Kritik ausgesetzt. Auf dem Landesparteitag in Sachsen brach sie deswegen vor wenigen Tagen sogar in Tränen aus. Von ihrem sächsischen Landesverband wurde sie aber auf Platz eins der Liste für die Bundestagswahl gesetzt.

Ungeklärt ist derzeit die Frage nach der bundesweiten Spitzenkandidatur der AfD. Nun soll der Bundesparteitag Ende April entscheiden, ob die AfD mit einem Spitzenteam oder einem einzigen Spitzenkandidaten in die Bundestagswahl zieht.

Die AfD verliert einer Umfrage zufolge weiter an Wählergunst. Im Sonntagstrend, den das Meinungsforschungsinstitut Emnid wöchentlich für "Bild am Sonntag" erhebt, fällt die AfD auf acht Prozent zurück. Die Partei liegt damit wieder auf dem Niveau von 2015 vor der Flüchtlingskrise. Auch die Grünen verlieren einen Zähler und fallen auf sieben Prozent.

Profitieren kann die FDP, sie steigt um einen Zähler auf sechs Prozent. Die Linke erreicht wie in der Vorwoche acht Prozent. Union und SPD liegen wie in der Vorwoche gleich auf, beide erreichen erneut 33 Prozent. Auf die sonstigen Parteien entfallen fünf Prozent. Für den Sonntagstrend hat Emnid zwischen dem 23. und 29. März 2.416 repräsentativ ausgewählte Personen in Deutschland befragt.

Knapp sechs Monate vor der deutschen Bundestagswahl Ende September ist die SPD nach der anderen Umfrage von Forsa in der Wählergunst wieder klar hinter die CDU zurückgefallen. Der "Stern"-Herausgeber Andreas Petzold twitterte am Dienstag die Ergebnisse der im Auftrag des Magazins erhobenen Umfrage. Danach legen CDU/CSU um zwei Punkte auf 36 Prozent zu. Die SPD verliert drei Punkte auf 29 Prozent.

Page 38

Zulegen können hier die Linke (neun Prozent) und die AfD (acht Prozent). Die Grünen liegen unverändert bei sieben Prozent, die FDP würde danach einen Prozentpunkt verlieren und landet bei fünf Prozent. In der Kanzlerpräferenz liegt CDU-Chefin Angela Merkel danach mit 41 Prozent wieder klar vor dem SPD-Vorsitzenden Martin Schulz mit 31 Prozent.

Dagegen hat eine Insa-Umfrage für die "Bild"-Zeitung (Dienstausgabe) ein anders Ergebnis gebracht. Dort liegt die SPD mit 32,5 Prozent vor der CDU/CSU (32 Prozent). Die AfD verliert auf neun Prozent (minus zwei). Leicht verbessern konnten sich FDP (6,5 Prozent) und Linkspartei (neun Prozent). Am Sonntag hatte Emnid für die "Bild am Sonntag" für Union und SPD Werte von je 33 Prozent ermittelt.

Indes lobte die AfD Österreich und konkret die Freiheitlichen für das von der Regierung im Integrationspaket beschlossene Burkaverbot. "Österreich macht vor, wie es geht", erklärte AfD-Co-Chef Jörg Meuthen vergangenen Mittwoch auf der Webseite der Partei. Herausgestrichen werden auch die "Null-Euro-Jobs". Meuthen: "So macht man das!"

"Als Deutscher, der an der Untätigkeit und Unfähigkeit der eigenen Bundesregierung verzweifelt, kann man derzeit nur neidisch in unser schönes Nachbarland Österreich schauen", so Meuthen. Zu verdanken ist das Burkaverbot nach Ansicht von Meuthen "unserer österreichischen Schwesterpartei". Die FPÖ wirke "aus ihrer enorm starken Oppositionsrolle sehr weit in das Regierungshandeln hinein". Ob dieses Lob den tatsächlichen Zuständen in Sachen Bundesregierung in Österreich gerecht wird, steht dabei auf einem anderen Blatt.

„Wir setze auf Demokratie und Mitsprache“

Andre Poggenburg (AfD Sachsen-Anhalt)

Herr Poggenburg, Sie haben im Gegensatz zu den meisten jetzigen Parlamentsabgeordneten einen Beruf, warum wollen Sie ins Parlament?

Andre Poggenburg: Im Gegensatz zu den allermeisten anderen Abgeordneten habe ich sogar zwei Berufe in denen ich zudem ausbildungsberechtigt bin. Unabhängig davon ist die rein ehrenamtliche politische Arbeit, vor allem auf Landesebene, auf Dauer nicht möglich. Natürlich kann nur im Parlament direkt Einfluss auf die Gestaltung der Politik durch entsprechende Gesetzgebung genommen werden. Genau das will die AfD und daran möchte ich als Landtagsabgeordneter direkt mitwirken, für einen dringend notwendigen Politikwechsel.

Die Umfragen deuten daraufhin, daß es für „schwarz-rot“ knapp werden könnte. Stehen sie als „Retter in der Not“ zu Verfügung, obwohl Ministerpräsident Haseloff Sie in der Vergangenheit oft unflätig beschimpft hat?

Poggenburg: Richtig ist, dass Ministerpräsident Haseloff bisher kein gutes Wort an der AfD ließ und er selbst eine Koalition mit der AfD ausschloss. Allerdings, was interessieren Aussagen der CDU kurz vor der Wahl? Wir alle wissen doch wie ernst diese zu nehmen sind, oder eben auch nicht. Zudem sind uns große Sympathien aus den Reihen der CDU nicht unbekannt. Ja, auch wenn die AfD grundsätzlich mit dem Anspruch einer starken Opposition in den Wahlkampf ging, würde ich mich bei entsprechendem Wahlergebnis und gegebener Konstellation einem Koalitionsgespräch nicht verschließen um den Wählerauftrag ggf. auch in einer Regierung umzusetzen. Allerdings sind unsere Ansprüche hierbei sehr hoch. Eine völlige Abkehr von der bisherigen merkelschen Asylpolitik wäre dafür schon die erste Prämisse.

Page 40

Gerade nach den Äußerungen der Bundesvorsitzenden Frauke Petry werden wieder Vorwürfe laut, die AfD sei eine extremistische Partei. Wie steht es mit der Abgrenzung zum Rechtsextremismus?

Poggenburg: Diese Vorwürfe sind völlig aus der Luft gegriffen und nichts weiter als eine Hetzkampagne gegen die AfD, welche aber von unseren Bürgern auch als solche durchschaut wird. Ich darf nur daran erinnern, dass bspw. auch Grünen-OB Palmer eine "bewaffnete Grenzsicherung" forderte, ohne dass die Grünen dadurch nun als rechtsextremistisch diffamiert werden. Hier wird wie immer in Deutschland mit zweierlei Maß gemessen und sowas nimmt kaum noch jemand ernst.

Warum wird die AfD so sehr diffamiert?

Poggenburg: Dies liegt ganz sicher in der großen Angst der Kartellparteien und Teilen der Medien, dass mit der AfD eine neue, systemkritische, alternative Kraft entsteht. Die Alternative für Deutschland spricht couragiert das völlige Politikversagen der etablierten Kartellparteien an, bietet alternative Lösungen und setzt sich besonders für mehr direkte Demokratie und Mitspracherecht der Bürger ein. Davor graust es den politischen Gegnern und da diese der AfD sachlich nicht begegnen können, bleibt nur der Versuch der Diffamierung.

Warum finden sich im gebührenfinanzierten „Staatsfernsehen“ so viele negative Meinungsbeiträge über die AfD?

Poggenburg: Es ist wohl davon auszugehen, dass die AfD als systemkritische Partei wahrgenommen und erkannt wird. Dies stößt sicherlich bei den "Systemmedien" auch teilweise auf gewisse Ablehnung oder zumindest starke Skepsis und führt regelmäßig zu recht unausgewogener bis sogar feindseliger Berichterstattung.

Mal angenommen, die AfD wird Oppositionspartei. Was wollen Sie dann bewirken?

Poggenburg: Die AfD erhebt für sich den Anspruch die deutsche Politik gründlich reformieren zu wollen. Politik muss endlich wieder vom Volk für das Volk gemacht werden. Lobbyismus und Ideologieexperimenten muss entschieden der Kampf angesagt werden. Als liberal- und nationalkonservative Partei wird sich die AfD im Landtag neben vielen anderen Punkten vor allem den Schwerpunkten Innere Sicherheit, Asyl- und Zuwanderungspolitik, Bildung und Familie sowie direkte Demokratie widmen. Besonders das momentane, von den Regierungsparteien verursachte und von der linken Opposition noch vorangetriebene, Asylchaos muss sofort beendet werden.

„Unser Potenzial liegt bei 30 Prozent plus x“

Björn Höcke (AfD Thüringen)

Thüringens AfD-Fraktionsvorsitzender Björn Höcke über das Erfolgsrezept seiner Partei, Politik für das Volk und die Zukunftsfrage Demographie

Herr Höcke, kann und wird sich die AfD nach den Erfolgen bei den letzten Landtagswahlen als neue Volkspartei etablieren?

Björn Höcke: Der Weg dorthin ist vorgezeichnet. Wir sind ja schon eine gesamtdeutsche Partei, und mit Wahlergebnissen von über 20 Prozent in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern kann man zweifellos von einer werdenden, wachsenden Volkspartei sprechen.

Ist mit den 20 Prozent das Potenzial ausgeschöpft oder sehen Sie weiteres Potenzial nach oben?

Höcke: Selbstverständlich sehe ich Potenzial nach oben! Die AfD hat ihre Möglichkeiten bei Weitem noch nicht ausgeschöpft: Umfragen belegen, dass sich gut ein Drittel der Deutschen eine Partei rechts der Union wünscht. Diese Leute haben der CDU den Rücken gekehrt, weil die

Page 42

Union schon lange kein christlich-konservativ Gepräge mehr hat, sondern weit nach links abgelenkt ist. Unter Merkel hat sich die CDU sozialdemokratisiert und kann das klassische Bürgertum kaum noch erreichen. All diese Enttäuschten wenden sich ebenso wie viele bisherige Nichtwähler der AfD zu. Darum sehe ich das Potenzial der AfD mittelfristig bei über 30 Prozent. Können Sie mir schon etwas verraten, wie die Strategie aussehen wird, damit man 2017 in den Bundestag einzieht?

Höcke: Noch sind die Detailplanungen nicht abgeschlossen. Aber eines steht schon jetzt fest: Wir bleiben inhaltliche Fundamentalopposition! Wir haben in allen relevanten Politikfeldern eigene Positionen erarbeitet, die sich grundsätzlich vom Altparteien-Einerlei unterscheiden. Die Menschen in Deutschland werden zur Bundestagswahl 2017 tatsächlich die Wahl haben – AfD sei Dank.

In der Familienpolitik, aber auch in anderen Politikbereichen hat die AfD gänzlich andere Positionen. Aber warum wird die AfD in den Medien immer auf das Ausländer- und Einwanderungsthema reduziert?

Höcke: Weil die Medien, oder besser gesagt, das Meinungskartell von Medien und Altparteien in ihrem Kampf gegen die AfD inzwischen zum letzten Mittel greift: einer breit angelegten Stigmatisierungs- und Diffamierungskampagne. Wer das Wesen dieses Kartells durchschauen will, der muss sich anschauen, wie es mit der AfD umgeht. Es ist indoktrinär, anti-pluralistisch und folglich zutiefst undemokratisch. Die AfD hingegen ist basisdemokratisch, meinungspluralistisch und im fortschrittlichsten Sinn erneuerungsbegierig. Wie wir Deutschland erneuern wollen, das haben wir in unserem Parteiprogramm breit dargelegt.

Und welcher Themenbereich im AfD-Programm ist Ihnen persönlich besonders wichtig?

Höcke: Ich sehe die AfD als Hüterin der Interessen unseres Landes und seiner Bürger. Die Altparteien verspielen diese Interessen. Sie opfern sie einer ruinösen Euro- und Finanzpolitik, einer destruktiven Zuwanderungspolitik und einer Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, die alle jene, die 40 Jahre hart für ihre Rente gearbeitet haben, in die Altersarmut treibt. Die AfD ist Anwältin der Familien, der Arbeiter und Selbstständigen, sie ist der Garant zur Rückkehr in eine soziale Marktwirtschaft, die diese Bezeichnung auch tatsächlich wieder verdient.

Kanzlerin Merkel hat vor wenigen Tagen eine erste leichte Selbstkritik ihrer Flüchtlingspolitik anklingen lassen. Soll damit versucht werden, der AfD das Wasser abzugraben?

Höcke: Die desaströsen Wahlergebnisse haben Angela Merkel gezeigt, dass die Menschen ihr nicht mehr glauben. Sie übersieht aber, dass bei einer Frau, die ihre Bürger so schamlos belogen hat, auch jede Selbstkritik letztlich unglaubwürdig bleibt. Merkel und die Union können uns nicht „das Wasser abgraben“, wie Sie sagen. Sie könnten unser gesamtes Programm abschreiben und es als das ihre ausgeben: Es würde ihnen nicht helfen, weil ihnen der politische Wille, der sich aus einem gesunden Patriotismus speist, und die Kraft zur Umsetzung unserer Positionen fehlt. Die Altparteien sind viel zu weit vom Weg abgekommen, um noch rechtzeitig umkehren zu können. Sie haben den point of no return längst überschritten.

Das politische und mediale Establishment wirft der AfD ständig vor, nur anzukündigen und keine Taten folgen zu lassen. Wie sieht die parlamentarische Arbeit bei Ihnen in Thüringen aus?

Höcke: Wir arbeiten hart. Die Liste unserer Gesetzesvorlagen und parlamentarischen Anträge ist schon jetzt lang. Wir verstehen Fundamentalopposition aus der Notwendigkeit heraus, alternative Inhalte anbieten und im politischen Kampf auch durchhalten zu müssen. Unsere Schwerpunkte sind die Familienpolitik, die Bildungspolitik, die Demokratiebelebung – also die direkte Demokratie – und natürlich Asyl und Einwanderung. Aber wir sind auch Bewegungspartei, das heißt, wir sind neben der parlamentarischen Arbeit weiterhin im Land unterwegs. Wir führen Bürgerdialoge. Das sind Veranstaltungen, zu denen auch in kleinen Orten 200 bis 300 Zuhörer kommen und auf denen wir uns mit den Menschen austauschen.

Arbeiten die anderen Fraktionen im Landtag mit der AfD zusammen oder wird ausgegrenzt?

Höcke: Vor allem linke und grüne Abgeordnete, also die Fraktion der Antideutschen, ziehen an einem großlos vorbei. Kontakte mit CDU-Abgeordneten hängen von der politischen Großwetterlage ab. Und man hat das Gefühl, dass die CDU gerade hier im Land Thüringen in einem sehr intensiven Gärungsprozess ist. Es gibt keine allzu kleine Gruppe von CDU-

Page 44

Abgeordneten, die sich vielleicht auch einmal einen gemeinsamen bürgerlichen Kampf gegen die gesellschaftszersetzenden linken Kräfte im Landtag wünschen.

Wenn über die AfD berichtet wird, dann immer auch über angebliche interne Streitereien. Wie sieht es mit der Geschlossenheit aus?

Höcke: Es gibt in der AfD keine Flügelkämpfe. Ich bin jemand mit einem klaren Profil innerhalb der AfD, der aber trotz seiner klaren Standpunkte immer für eine möglichst breite politische Spannweite der Partei geworben hat. Sie muss die National-Konservativen ebenso erreichen und repräsentieren wie die National-Liberalen oder Libertären. Was uns verbindet, ist das Interesse daran, dass endlich wieder eine Politik für unser Volk und nicht gegen unser Volk gemacht wird. Dabei ist mir die soziale Frage besonders wichtig. Wir müssen die von den Altparteien zerstörte soziale Gerechtigkeit wieder herstellen. Das ist eine große Zukunftsfrage, gerade für Deutschland. Wir wollen, dass einfach wieder Normalität einzieht in die deutsche Politik. Es

müssen wieder deutsche Interessen formuliert und dann auch im Ausgleich mit den Partnern in der Welt durchgesetzt werden.

„Barmherzigkeit ist keine politische Kategorie“

Martin Renner (AfD NRW)

Martin E. Renner über Abschiebungen als Kosmetik der Merkel-Regierung und die Folgen von „Willkommenskultur“ und offener Grenzen

Die Bundestagswahl sowie wichtige Landtagswahlen wie bei Ihnen in Nordrhein-Westfalen nahen und die Zahl der Abschiebungen, z. B. nach Afghanistan, nimmt zu. Ist das ein Zufall oder steckt da auch der Gedanke dahinter, den Aufstieg der AfD zu stoppen?

Martin E. Renner: Das sind Camouflage-Aktionen der Regierung, denn erst vor ein paar Tagen hatte Frau Merkel gesagt, dass die Zahl der Wiederausschaffungen spürbar vergrößert werden muss. Das ist daher reine Kosmetik, um bei der Bundestagswahl – wenn ich mich jetzt in die Regierungsparteien hineinversetze – nicht gänzlich die Richtigkeit der Positionen der AfD durch Unterlassung zu bestärken.

Dann wurde also das Thema Abschiebungen bisher vernachlässigt?

Renner: In der Tat ist es so, dass administrative Aktivitäten, die darauf gerichtet sind, anstehende Abschiebungen – weil der Rechtsweg ausgeschöpft ist – durch eine Vielzahl von Gründen, die dann natürlich immer „humanitär“ kaschiert sind, verhindert werden. Wir müssten eigentlich heute schon Zehntausende, Hunderttausende von denen, die sich illegal hier aufhalten, schon abgeschoben haben.

Dass das aber nicht geschehen ist, hängt wohl mit der sogenannten Willkommenskultur zusammen.

Renner: Wenn man die Aussagen der politisch Entscheidenden der letzten zwei, drei Jahre hört, dann wird das Hereinkommen von Flüchtlingen begrüßt, obwohl sie eigentlich gar keine Flüchtlinge sind, weil sie rechtswidrig über die Grenze gekommen sind und die Asylgründe, wie sie unser Grundgesetz vorschreibt, ja erkennbar gar nicht vorliegen. Aber auch unter Hinnahme von Rechtsbrüchen sämtlicher Verträge wie Dublin oder Schengen kommen die Flüchtlinge herein und werden dann durch den Staat bestens versorgt. Hinzu kommt, dass es in der Sozialindustrie sehr viele Nutznießer gibt und das Ganze auch – und das sage ich als praktizierender Katholik – unter Zuhilfenahme der Kirchen unter dem Aspekt der Nächstenliebe und der Barmherzigkeit verkauft wird. Aber gerade in einer so existenziellen Frage ist Barmherzigkeit überhaupt keine Kategorie im politischen Raum! Es gibt Interessen und es gibt keine Interessen, es gibt rationale Entscheidungen und es gibt keine rationalen Entscheidungen.

Page 46

Sehen Sie Anzeichen, dass es zu Veränderungen hin zu einer Abschiedskultur statt einer Willkommenskultur kommen könnte?

Renner: Ich glaube, dass die Planungen innerhalb der politisch Agierenden letztlich mit einer weiteren Flutung von Zuwanderern, die ja keine Flüchtlinge sind, zum Inhalt haben. Zu groß sind einfach auch die Verdienstmöglichkeiten der mit den politischen Kräften verbundenen Gruppierungen wie Kirchen, Sozialinstitutionen, NGOs usw. Vor der Bundestagswahl und den Landtagswahlen, die jetzt anstehen, wird ein bisschen Tempo rausgenommen, aber grundsätzlich glaube ich, dass die Menge an Zuwanderern einfach akzeptiert werden soll – warum auch immer. Ist diese gewünschte Akzeptanz auch ein Grund dafür, dass Deutschland als wirtschaftlich stärkstes Land in der EU nicht auf einen effektiven Schutz der EU-Außengrenzen drängt?

Renner: Genau so ist es. Es gibt ja innerhalb der EU eine ganze Reihe von Mitgliedstaaten, die wieder zu Recht und Gesetz zurückkehren wollen. Aber in der Vergangenheit war es die schwarz-rote Koalition unter Merkel, die dann diesen rechtstreuen Partnern innerhalb der EU immer wieder die Leviten gelesen und gesagt hat, „nein, euer Vorgehen zum Sichern der Außengrenzen wollen wir so nicht teilen“, wenngleich die Sicherung von Außengrenzen genauso wie die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit letztlich einen staatslegitimierenden Faktor darstellt.

Wenn Sie sagen, dass wir ein wohlhabender Staat sind, dann ist das relativ. Denn durch diese Menge an Zuwanderung von ungebildeten Menschen in unser Sozialsystem hört die Kategorie „wohlhabender Staat“ recht schnell auf, weil die Finanzierung der Sozialsysteme dann nicht mehr möglich ist. Es sagt ja auch der Wirtschaftsnobelpreisträger Milton Friedman: Ein Staat kann offene Grenzen haben. Ein Staat kann ein Sozialsystem haben. Aber er kann niemals ein Sozialstaat sein und gleichzeitig offene Grenzen haben.

Anfang März hat der Bundesrat seine Zustimmung verweigert, Marokko, Algerien und Tunesien zu sicheren Drittländern zu erklären. Wie sehen Sie diese Entscheidung?

Renner: Sie ist dadurch beeinflusst, dass im Bundesrat SPD, Grüne und Linke die Stimmenmehrheit haben. Natürlich sind Tunesien, Marokko, sichere Drittstaaten, schließlich fahren ja viele Deutsche, Österreicher und Schweizer dorthin in den Urlaub.

Viele der sicheren Drittstaaten sind unkooperativ, wenn es darum geht, ihre eigenen Staatsbürger zurückzunehmen. Was sollte hier unternommen werden?

Renner: Ich plädiere dafür, dass die Europäische Union diese Staaten auffordert, ihre Staatsbürger wieder zurückzunehmen. Und wenn sie das nicht tun, dann muss man auch politische und wirtschaftliche Sanktionen mit ins Kalkül nehmen.

Wie sehen Sie eigentlich das Abkommen, das die Europäische Union im vergangenen Herbst mit Afghanistan abgeschlossen hat? Wäre das ein Modell für andere Abkommen?

Renner: Das Problem der Zuwanderung, die ja letztlich eine Armutsmigration ist, hat bereits ein Übermaß angenommen und droht noch größeres Übermaß anzunehmen. Wenn man dieses Problem lösen will, wird man nicht umhinkommen, die eine oder andere Vergünstigung zu geben, um die hier Befindlichen, die wieder zurückgebracht werden sollen, auch zur Rückkehr zu motivieren. Und auch die Regierungen der Herkunftsländer wird man durch Wirtschaftshilfe animieren müssen, ihre Staatsbürger wieder zurückzunehmen.

Aber es macht gar keinen Sinn, solche Vereinbarungen abzuschließen, wenn nicht gleichzeitig die Sicherung der EU-Außengrenzen stattfindet. Denn sonst gehen Zuwanderer mit etwas Geld zurück und kommen schlagartig wieder retour.

Sie haben vorhin die rot-rot-grüne Mehrheit Bundesrat erwähnt, die verhindert hat, dass Marokko, Algerien und Tunesien zu sicheren Drittländern erklärt werden. Ist das nicht auch eine Warnung

für die Bundestagswahl, wenn Rot-Rot-Grün eine Mehrheit haben sollte?
Renner: Darum werden wir als AfD diese Problematik auch thematisieren. Es wird immer so getan, dass die Alternative für Deutschland politisch letztlich nur das Thema der massenhaften Zuwanderung hätte. Aber das ist nicht wahr, weil die Euro-Problematik und die Frage der nationalen Identität auch eine große Rolle spielen. Aber natürlich treten wir als Alternative für Deutschland diesen Bestrebungen dieser links-ideologisch indoktrinierten Parteien, die letztlich auch die Verwüstungen in Deutschland als Ziel haben, entgegen und warnen davor. Wir zeigen

Page 48

auf, was passiert, wenn diese linken Ideologen sich auch unter Zuhilfenahme einer schwarzen CDU-Regierungspartei mit ihren Vorstellungen, wie Deutschland verändert werden soll, durchsetzen.

Martin E. Renner ist Gründungsmitglied der AfD, Sprecher der AfD Nordrhein-Westfalen und Spitzenkandidat in seinem Bundesland für die Bundestagswahl.

„Geradezu hasserfülltes Klima gegen die AfD“

Alexander Gauland,

AfD-Spitzenkandidat Alexander Gauland über Ausgrenzung durch die Gegner und die Grenzen von Vergleichen mit patriotischen Parteien im Ausland

Nach den Wahlen in den Niederlanden und Frankreich: Kann man von einem „patriotischen Frühling“ 2017 sprechen?

Alexander Gauland: Das ist ein Begriff, den die FPÖ gebraucht und den man verwenden kann oder auch nicht. Aber es war ohnedies kaum damit zu rechnen, dass sich Frau Le Pen gegen alle durchsetzen wird. Insofern kann man den Begriff weiter verwenden und ich habe kein Problem damit.

Wenn Sie die Strategien im Ausland analysieren, die gegen patriotische Parteien angewendet werden, welche Schlüsse ziehen Sie daraus für die Bundestagswahl?

Gauland: Ich ziehe aus Strategien in anderen Ländern selten Schlüsse, weil die Länder verschieden sind und deutsche Wähler aus anderen Gründen als französische Wähler Parteien, die uns wesensverwandt sind, wählen. Am ehesten kann man noch Vergleiche mit Österreich ziehen, weil es uns historisch, kulturell, traditionell am nächsten ist. Ich gehe davon aus, dass die FPÖ bei den nächsten Parlamentswahlen ein sehr gutes Ergebnis erzielen und vielleicht sogar die Regierung bilden kann. Insofern würde ich mir immer anschauen, was die FPÖ macht. Aber ich würde nicht den Front National oder Herrn Wilders zum Maßstab für deutsche Wahlpolitik

machen.

Was die FPÖ betrifft, ist ja im Dezember ihr Präsidentschaftskandidat Norbert Hofer aufgrund des Zusammenschlusses aller Gegner gescheitert. Wie sehen Sie das?

Gauland: Wenn sich alle zusammenschließen, um einen Bundespräsidenten Hofer zu verhindern, dann zeigt das doch eine gewisse Wirkung. Das muss man einfach zur Kenntnis nehmen. Ob das immer so funktioniert, wie es jetzt offensichtlich bei Macron funktioniert hat, hängt natürlich auch immer von den Umständen ab. Ich glaube aber nicht, dass solche Dinge in Stein gemeißelt sind. Wenn eine Stimmung in der Bevölkerung wirklich kippt – das sehen Sie ja in Amerika mit Donald Trump –, dann gibt es auch andere Ergebnisse. Aber wir müssen in der Demokratie damit leben, dass wir unter Umständen keine Mehrheit bekommen.

Nun herrscht in der Bundesrepublik die Strategie „alle gegen die AfD“ vor. Wie ist Ihre Gegenstrategie?

Gauland: Ich würde mich auf eine solche Diskussion gar nicht einlassen. Ja, wir vertreten eine andere Politik, dadurch sind alle im Bundestag vertretenen Parteien gegen uns. Aber wir punkten mit dem Programm und mit der Tatsache, dass wir die einzig echte politische Alternative in diesem Land sind und dass es damit ziemlich sinnlos ist, ob Sie CDU, SPD oder FDP wählen. Denn nur wenn Sie AfD wählen, wählen Sie wirklich eine echte Alternative und für die Zukunft auch eine echte Oppositionspartei. Das werden wir den Wählern deutlich sagen.

Hängt die politisch und medial gegen die AfD geschürte Hysterie vielleicht auch damit zusammen, dass die AfD aus der Mitte der Gesellschaft kommt?

Gauland: Das kann ich so nicht sagen. Die Hysterie, die gegen die AfD geschürt wird, hat eigentlich andere Gründe. Die anderen fürchten, dass wir ihnen die Fleischtöpfe wegnehmen, dass sie weniger Mandate bekommen, dass sie Verluste erleiden, dass sie – wie Sie es in

Page 50

Schleswig-Holstein an den Sozialdemokraten sehen können – nicht mehr regieren können. Wenn die Partei nicht aus der Mitte der Gesellschaft käme, hätte sie dieselben Probleme.

Am Sonntag ist der AfD in Schleswig-Holstein der Einzug in den zwölften von insgesamt 16 Landtagen gelungen. Anscheinend scheint die Ausgrenzungs- und Dämonisierungsstrategie doch nicht so zu funktionieren.

Gauland: Wobei man dann leider zu Schleswig-Holstein sagen muss, dass der gesellschaftliche Druck ungeheuerlich war. Praktisch sind alle Wahlplakate immer innerhalb kurzer Zeit vernichtet worden, es gab keine Versammlungssäle. Ich habe selber erlebt, wie die Leute von der Polizei begleitet werden mussten. Das Klima in Schleswig-Holstein war gegen die AfD geradezu hasserfüllt. Deshalb sind die sechs Prozent in Schleswig-Holstein ein großer Erfolg, weil ich von Menschen nicht erwarten kann, dass sie sich anspucken und angreifen lassen, um zu einer Wahlveranstaltung zu gehen. Das Wahlergebnis zeigt auch, dass die Dämonisierung nicht so möglich ist, wie sich andere das vorgestellt haben und das es wahrscheinlich nur ein Vorspiel zu dem war, was wir bei der Bundestagswahl erleben werden.

Wenn AfD-Wahlkampfveranstaltungen nur mehr unter massivem Polizeischutz stattfinden können, muss das doch ein Armutszeugnis für die Demokratie in der Bundesrepublik sein? Gauland: Das ist ein Armutszeugnis für die Art der demokratischen Auseinandersetzung in einer Gesellschaft und das muss man auch immer wieder anprangern. Ich glaube nur, dass die Wirkung eine gegenteilige ist: Je mehr Leute das erleben, desto mehr gibt es, die dann sagen, an dem, was die AfD vertritt, muss ja etwas dran sein. Von da her glaube ich nicht, dass es auf Dauer eine erfolgreiche Strategie unserer Gegner sein wird.

Die Themen Sorge um die eigene Identität, Skepsis gegenüber dem Islam, die Ablehnung undemokratischer supranationaler Organisationen finden sich in nahezu allen Programmen patriotischer Parteien in Europa. Sehen Sie ganz allgemein eine Gegenbewegung zum Establishment?

Gauland: Es gibt inzwischen fast überall in Europa Parteien, die eine Gegenbewegung gegen die gemeinsame Politik der Altparteien oder Systemparteien darstellen. Das ist aber in allen Ländern verschieden und mit ganz unterschiedlichen Schwerpunkten. Insofern kann man daraus keine Internationale der patriotischen Parteien machen und man muss sich jedes Land genau ansehen. Und was wäre da jetzt die Besonderheiten in Bezug auf die AfD und die Bundesrepublik Deutschland?

Gauland: Die Besonderheit ergibt sich daraus, dass in Deutschland andere Dinge eine Rolle spielen wie z. B. bei Trump in Amerika. Wenn die weiße Arbeiterschaft findet, dass der Rost-Belt keine Zukunft hat, dann ist das nicht ein Thema in Deutschland. Tatsächlich sind der Islam, die Einwanderung, die Flüchtlingskrise ein großes Thema, aber das ist durch die falsche Politik von Frau Merkel erst einmal eine deutsche Frage und nicht eine Frage, die alle gleichmäßig betrifft. Also muss man immer zuerst die Antworten aus der nationalen Politik des jeweiligen Landes heraus geben und die anderen haben Glück – sie haben nicht Frau Merkel, die diese falsche Einwanderungspolitik und diese Zerstörung der deutschen Identität betreibt.

Kommen wir nochmal kurz zum Wahlkampf zurück: Welches Ergebnis ist Ihre Wunschlatt?

Gauland: Ich beteilige mich nie an solchen Voraussagen, weil sie entweder zu hoch oder zu niedrig liegen und deshalb immer irgendwie falsch sind.

Aber ich nehme an, Sie sind optimistisch, dass der Einzug in den Bundestag gelingen wird.

Gauland: Ja, das hoffe ich sehr und daran glaube ich auch. Aber das will ich mit keiner Zahl verbinden.

Aktuell gibt es keine Opposition mehr

Interview Gauland

Zur Zeit sprach mit AfD-Spitzenkandidat Dr. Alexander Gauland

Page 52

Im Gespräch nimmt der AfD-Spitzenkandidat Dr. Alexander Gauland Stellung zum aktuellen Wahlkampfendspurt, das Aufkommen einer neuen Flüchtlingskrise, sowie die Lage der Demokratie in Deutschland und zum verworrenen Verhältnis der AfD mit den Medien. Das Gespräch führte Dirk J. Brockschmidt am 14. August im Potsdamer Landtag.

Herr Dr. Gauland, Sie waren Staatssekretär unter dem längst verstorbenen CDU-Ministerpräsidenten Walter Wallmann in Hessen. Dann gingen Sie in die Publizistik, waren Vordenker des konservativen Berliner Kreises und veröffentlichten das viel beachtete Buch >Anleitung zum Konservativsein<. Heute pflegen Sie ein besonders ausgeprägtes Verhältnis zur FPÖ. Wie vertragen sich Konservatismus und freiheitliche Politik?

AG: Die FPÖ ist eine freiheitliche, wie konservative Partei. Hier sehe ich auch keine Gegensätze, zumal der Gründer des Konservatismus, der Brite Edmund Burke, der freiheitlichen Tradition entstammte. Bei der FPÖ können wir sehen, dass sich konservative und freiheitliche Kräfte vertragen. Auch hier gehen freiheitliche Politik und die konservativen Idee Hand in Hand, da sie sich auf die gemeinsamen und gleichen Wurzeln begründen, wie die gemeinsame deutsch bzw. österreichische Geschichte.

In den vergangenen Monaten gab es häufig Kontakt zwischen den Spitzenkandidaten der AfD und der FPÖ. Zum Beispiel Ihr Besuch in Wien. In wie fern ist die FPÖ ein Vorbild für Sie und welche Lehren ziehen Sie aus der Geschichte der Partei?

AG: Die FPÖ ist länger im Geschäft und hat Fehler, die sie mal gemacht hat, die unter Haider zum Beispiel, korrigiert. Sie ist eigentlich die erfolgreichste, wie es schön heißt, populistische Partei in Europa und es ist völlig klar, dass uns die FPÖ aus sprachlichen, kulturellen und geschichtlichen Gründen näher steht, als der Front National oder Geert Wilders. Alles in allem ist die Verwandtschaft einfach viel enger und man schaut natürlich auch auf die Erfolge und Errungenschaften in der Sachpolitik.

Aufgrund Ihres Lebensstils bezeichnet man Sie gelegentlich als >very british<, außerdem haben Sie zwei Bücher über den britischen Adel veröffentlicht und kennen sich mit dem Stolz der Briten aus, da Sie beruflich in England tätig waren. Warum hat eine Mehrheit für den Brexit gestimmt?

AG: Da gibt es viele Gründe und letztlich kann ich die auch nicht besser beantworten, als die Untersuchungen, die es gegeben hat. Die Engländer sind ein sehr freiheitliches Volk und haben parlamentarische Traditionen, welche sich mit der gegenwärtigen Bürokratie in Brüssel nicht vertragen. Ich glaube, die nationale Identität der Briten verträgt sich ebenfalls schlecht mit einem Europa der Regelwut, wo selbst die Gurkenkrümmung geregelt ist. Aber auch die wirtschaftlichen Gründen und die Probleme der Zuwanderung aus den ehemaligen Kolonien sind Faktoren die zu diesem Ergebnis geführt haben.

Führt der Brexit zu einem Umdenken bei den verantwortlichen Köpfen der EU oder schreitet der Brüsseler Zentralismus voran?

AG: Ich fürchte das letztere ist der Fall. Ich hatte mir vom Brexit eine Vernunftsoffensive erhofft, die nicht eingetreten ist. Es scheint eher, die Brüsseler Bürokraten agieren nach dem Prinzip, jetzt erst recht. Dies wird der falsche Weg sein, den ich aber auch nicht verhindern kann.

Spielt bei Ihrem europolitischen Handeln, das Modell >Europa der Vaterländer< eine Rolle und wie würde ein alternatives Europa aussehen?

AG: Dies vertreten wir mehr als deutlich, das von de Gaulle geprägte Europa der Vaterländer. Wir sind sehr für den gemeinsamen Markt, aber wir sind gegen die Versuche einen europäischen Staat zu schaffen. Es fängt bei der gemeinsamen Währung an und führt bis zur europäischen Gerichtsbarkeit. Letztlich gibt es durch die verschiedenen Sprachen und Kulturen keine

Möglichkeit der Schaffung einer gemeinsamen Identität, da fehlt es an identitätsschaffenden Merkmalen.

Die AfD und besonders auch Sie treten für vernünftige Beziehungen zu Russland ein. Unter anderem fordern Sie die Abschaffung der europäischen Sanktionen. Mit welchen Initiativen würden Sie, aus dem Bundestag heraus, eine Verbesserung der Beziehungen fördern wollen?

Page 54

AG: Da müssen wir schauen, was auf der politischen Agenda steht. Es hat keinen Zweck, hier etwas ins Blaue hinein zu fordern. Die Russen werden die Krim nicht hergeben, was ich verstehe. Bei den Sanktionen, die nicht zum Ergebnis führen, strafen wir unsere Unternehmer und deshalb plädieren wir für eine schnelle Abschaffung.

In den vergangen Woche hat sich die Lage auf dem Mittelmeer dramatisch verschlechtert. Rechnen Sie mit einer erneuten Flüchtlingskrise, wie im Sommer 2015?

AG: Wir haben bereits eine Flüchtlingskrise. Nur die Leute kommen in Italien an, nicht bei uns. Wenn mehr Menschen in Italien ankommen und die damit nicht fertig werden, kann es zu einem erneuten Sommer 2015 kommen. Ich denke, wie der SPD Kanzlerkandidat Martin Schulz, es kommt zu einer Verschärfung der Situation und deshalb sollten wir das Thema in den Wahlkampf mit einfließen lassen, denn die Krise ist bislang nicht gelöst.

Mit welchen Vorschlägen würde die AfD die Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik verändern, damit sich die Flüchtlingskrise nicht wiederholt?

AG: Da haben wir unsere Positionen beibehalten. Wenn es uns nicht gelingt, die europäischen Außengrenzen zu schließen, dann müssen eben die eigenen Grenzen gesichert werden und nur Menschen ins Land gelassen werden, die wirklich politisch verfolgt werden. Wenn ein Asylantrag nicht bewilligt wird, ist muss der Antragsteller auch sofort wieder raus. Wir befürworten außerdem die Koppelung der Entwicklungshilfe mit dem Abbau von Fluchtursachen.

Zwischen der AfD und Journalisten gab es in der Vergangenheit diverse Auseinandersetzungen. Wie sollen die Medien mit der Partei und den Funktionären umgehen?

AG: Journalisten, die ihre Arbeit vernünftig und sachlich machen und ihr Handwerk verstehen, mit den haben wir kein Problem. Womit wir ein Problem haben, dass bestimmte Tatsachen nicht mehr genannt werden durften. Aber das ist ja eingesehen worden, wie zum Beispiel vom Zeit Chefredakteur Giovanni di Lorenzo in der Berichterstattung über die Flüchtlingskrise. Im Endeffekt ist es aber auch die Sache der Medien sich selbst zu korrigieren.

Leider kommt es auf journalistischer Ebene häufig vor, dass Begrifflichkeiten herausgestellt werden, mit anderem Inhalt gefüllt und somit gegen die AfD und auch gegen die Funktionäre verwendet werden. Wie kann man das ändern?

AG: Es kann immer nur im Einzelfall geändert werden. Zum Beispiel in dem bestimmte Journalisten keine Interviews mehr bekommen. Es gibt aber im vornherein keine Möglichkeiten

dies zu verhindern. Ich spreche mich dafür aus, sich jeden Journalisten, unabhängig vom Medium oder der Sendestation, einzeln anzuschauen und nicht mit einem allgemeinen Urteil rumzulaufen.

Sehen Sie einen Schaden für die Demokratie, wenn politische Mitbewerber fordern >das Personal der AfD zu attackieren, Medien nicht neutral berichten und der Wahlkampf sabotiert wird?

AG: Klar, all das ist es natürlich. Herr Stegner hat gefordert, uns anzugreifen und manche Medien treten uns feindlich in der Berichterstattung gegenüber, in dem sie nicht sachlich berichten. In der Kommentierung sind sie selbstverständlich frei. Aber wir brauchen nicht lange drüber reden, der Schaden ist da und dieser ist gewaltig.

In den großen Fragen, wie Flüchtlingskrise und auch die Griechenlandrettung war sich der gesamte Bundestag größtenteils einig. Sehen Sie aktuell eine Opposition?

AG: Aktuell gibt es keine Opposition mehr. Aber einzelne Abgeordnete der Parteien, die noch wissen was Opposition ist. Das gilt für Wolfgang Bosbach, Erika Steinbach und Sarah Wagenknecht. Es gibt eine Gesamthaltung der Alternativlosigkeit, die eben dazu führt, dass große Debatten nicht mehr geführt werden und dies wollen wir ändern.

Mit welcher Veränderung müssen die Regierenden rechnen, wenn die AfD als echte patriotische Opposition in den Bundestag einzieht?

AG: Der Bundestag ist eine andere Bühne für politische Rhetorik, als die Landtage. Es ist völlig klar, dass das öffentliche Interesse höher ist, wenn jemand von uns im Bundestag spricht, als in den Landtagen. Da entsteht auf die Regierenden ein anderer Druck, da sie direkt mit unseren politischen Themen konfrontiert werden.

Page 56

Gibt es schon Pläne für Initiativen, um aus der Opposition heraus, Einfluss auf das Regierungsgeschehen zu nehmen?

AG: Ich bin dankbar, wenn wir erstmal im Bundestag vertreten sind. Aber ein Anliegen wird zum Beispiel die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses sein, dass das Verhalten der Kanzlerin in der Flüchtlingskrise untersuchen soll, warum es nicht möglich sein soll, die Grenzen nicht zu schützen. Aber jetzt ist erste einmal Wahlkampf und nach der Wahl sehen wir weiter.

„Es werden Tabus konstruiert“

Markus Frohnmaier (Vorsitzender Junge Alternative)

Herr Frohnmaier, wir stehen vor einer Bundestagswahl, einer Richtungswahl in Deutschland,

sozusagen am Vorabend eines Wahlkampfes. Wo sehen Sie die großen thematischen Schwerpunkte, die in dieser Wahlauseinandersetzung eine wesentliche Rolle spielen werden?

Das wichtigste Thema ist sicher die sogenannte Flüchtlingskrise, die in Wirklichkeit eine massive Welle illegaler Einwanderung ist. Dieses Thema brennt den Menschen auf den Nägeln, sie erleben täglich, wie sich durch die illegale Einwanderung ihre Lebenswelt verändert, wie sich das Stadtbild wandelt. Wir erleben neue Formen der Gewalt, sexueller Gewalt, Kriminalität, Terror. Und zu allem Überfluss müssen die Bürger auch noch mit ihrem eigenen Geld dafür bezahlen, dass der Staat versäumt seine Grenzen zu schützen. Mit diesem Thema hängen weitere Themen eng zusammen, die Islamisierung, innere Sicherheit, das Wohlergehen und die Leistungsfähigkeit unserer Polizisten. Hinter diesen brennenden Themen ist der Euro etwas in den Hintergrund gerückt. Aber die AfD ist nach wie vor die einzige Partei, die tragfähige Konzepte anbietet, um die Finanzkrise zu überwinden.

Der Kurs von Angela Merkel, insbesondere im Zusammenhang mit der Zuwanderungsfrage der letzten Jahre, erwies sich als eine wahre Katastrophe. Blickt man in deutsche Lande so erkennt man im kleinsten Dorf, dass dort die Massenzuwanderung angekommen ist. Wie weit glauben Sie, dass die Deutschen diesen Kurs von Angela Merkel weiter tragen oder unter Umständen mit Protest oder anderem Wahlverhalten ablehnen werden?

Es ist wie mit dem Frosch im Kochtopf. Wirft man ihn ins heiße Wasser, dann springt er sofort wieder aus dem Topf, wenn er kann. Gibt man ihn dagegen in lauwarmes Wasser und erhitzt dieses, dann bleibt der Frosch im Topf, bis es kocht. Was die CDU betreibt, das ist ein „Cool Down“ der Debatte, während die Lage immer bedrohlicher wird. Die staatlich kontrollierten Medien sprechen über Gewalt im öffentlichen Nahverkehr, über sexuelle Belästigung durch Männer, über Einbrüche, ohne die Ursache all dieser Erscheinungen zu benennen. Es werden Tabus konstruiert, um das Staatsversagen zu verschleiern. Und an der Wahlurne wählen dann viele Bürger eine CDU, die sich als Partei der inneren Sicherheit präsentiert, weil sie sich nicht trauen, das Tabu zu durchbrechen und uns ihre Stimme zu geben. Das ist eine gefährliche Situation. Angela Merkel hat sich in ein Wettrennen mit der Realität begeben. Die größte Welle des Protests ist bereits abgeebbt, wie man am sinkenden Zulauf von Pegida sehen kann. Aber je mehr die Schönrederei von der Wirklichkeit eingeholt wird, desto größer ist die Chance, dass das Wahlverhalten sich zu unseren Gunsten verändert. Davor müssen wir den Wählern allerdings ein attraktives Angebot machen, das sie nur schwer ablehnen können.

Wie ist aus Ihrer Sicht das gesellschaftspolitische Abrücken nach Links von Merkel, Stichwort „Ehe für alle“, zu bewerten? Ist das der Versuch abseits ihrer klassischen Wählerschichten im konservativen Bereich neue Wähler zu finden?

Merkel hat der „Ehe für alle“ den Weg bereitet. Als sie erkannte, dass der Weg frei war, hat sie beschlossen, dagegen zu stimmen, um keine weiteren Stammwähler zu verprellen. Das ist leicht durchsichtig. Sicher steckte dahinter die Überlegung, vielleicht sogar Wähler von der AfD zurückzuholen. Die ständigen Medienkampagnen gegen uns machen solche Operationen ja leider einfach. Nur hat Merkel hier die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Wo regt sich denn in der Union Widerstand gegen die „Ehe für alle“, die am Ende eine Ehe für niemanden sein wird, weil die Ehe als Keimzelle der Familie aufgelöst wird? Wir sind doch die einzigen, die noch Werte verteidigen, die in der Union seit Jahren preisgegeben werden. Immer mehr Christen hören auf, sonntags in der Kirche den Predigten zu glauben, den staatsbesoldete Pfarrer gegen die AfD halten. Auf Dauer wird Merkel mit ihrem Etikettenschwindel keinen Erfolg haben!

Blickt man ins Frühjahr zurück und auf die entsprechenden deutschen Landtagswahlen, so muss man konstatieren, dass die SPD mit Martin Schulz keinerlei Aufwind verzeichnen konnte - im Gegenteil die Wahlen in Serie verlor. Wie sehen Sie diese Ausgangslage im Hinblick auf die Wahl im September?

Die Idee der SPD war zu Beginn ja gar nicht schlecht. Sie präsentierte den Wählern einen Kandidaten, der auf nationaler Bühne unverbraucht war. Der eine gewisse Männlichkeit ausstrahlte und somit als Gegenbild zur Rabenmutter Merkel erschien. Wer kannte schon den echten Martin Schulz, den Eurokraten und betonsozialistischen Bonzen? Aber nach und nach sah man: Die alten SPD-Gesichter waren noch alle da, zum Beispiel Hannelore Kraft in Nordrhein-Westfalen. Das wollten die Wähler nun doch nicht haben. Und dann war es für die CDU einfach, auf die SPD einzuprügeln, denn inhaltlich hatte die SPD dem Linkskurs der CDU zu keinem Zeitpunkt mehr entgegensetzen als die Parole „Noch mehr links!“ Um ehrlich zu sein, ich sehe diese Entwicklung mit Unbehagen. Die CDU ist auf Kosten der SPD wieder erstarkt, ohne sich gebessert zu haben. Und sie will uns in eine Rolle drängen, in der wir mit Sozialpopulismus der Linkspartei und der SPD Stimmen abknöpfen, nicht aber der Union. Ich denke, jeder, der Deutschland liebt, ist gut beraten, uns seine Stimme zu geben, auch Linke und Sozialdemokraten. Aber als konservative Partei sehen wir natürlich in der CDU unseren Hauptgegner.

Wie sehen Sie die Ausgangslage für die AfD zwei Monate vor der Bundestagswahl? Die AfD hat ja in der jüngsten Vergangenheit eher mit internen Querelen auf sich aufmerksam gemacht. Wie weit konnte man diese bei Seite schieben und wo glauben Sie wird man in der Wählergunst zum Liegen kommen?

Die Richtungskämpfe haben in unserem Spitzenduo, der freiheitlichen Alice Weidel und dem Wertkonservativen Alexander Gauland, eine gute Balance gefunden. Sie sind nicht entschieden, aber vielleicht muss man solche Kämpfe auch gar nicht entscheiden. Vielleicht wird erst die politische Entwicklung zeigen, aus welcher Richtung die richtigen Antworten auf die Probleme unserer Zeit kommen. Ich arbeite täglich im Wahlkampf, halte Vorträge und stehe in engem Kontakt zu den Spitzenkandidaten und auch zu den anderen Bundestagskandidaten. Und ich kann Ihnen sagen: Alle konzentrieren sich 100-prozentig auf den Wahlerfolg. Momentan liegen wir wieder im zweistelligen Bereich. Und wenn niemand aus der Reihe tanzt, weil er meint, sich auf Kosten der Partei profilieren zu müssen, dann sind die 15 Prozent gut möglich, die Alice Weidel nach ihrer Wahl an die Spitze ausgerufen hat.

Gehen wir davon aus, dass die AfD in den Bundestag einzieht. Was wären die wichtigsten und wesentlichsten Punkte, die seitens der AfD anzustreben wären, um Deutschland nach vorne zu bringen?

Wir werden uns nicht mit Kosmetik zufrieden geben, wir werden auch nicht bloß Populismus

betreiben. Unser Anspruch ist es, die Probleme, die ich oben angesprochen habe, an der Wurzel zu packen, egal, ob als Regierungspartei oder als Opposition. Wenn wir bald als einzige wahre Oppositionspartei im Bundestag sitzen, dann werden wir die Altparteien dazu drängen, Recht und Gesetz wieder einzuhalten. Asyl nur für Asylberechtigte, klare Regeln für Einwanderung.

Page 60

Wir sehen ja gerade, dass die Missachtung von Recht und Gesetz zu einer schleichenden Auflösung Deutschlands führt. Schluss mit dem Bruch des Vertrags von Maastricht, strikte Einhaltung der Nichtbeistandsklausel, damit die Schulden im Euroraum nicht länger sozialisiert werden und die Spareinlagen der Deutschen zerstört. Die wichtigste Aufgabe der AfD besteht genau darin, Deutschland wieder zu einem Rechtsstaat zu machen, der sich an Recht und Gesetze hält, so wie es vor der Ära Merkel zumindest die Regel war.

An welche Koalitions- bzw. Regierungsvarianten glauben Sie nach der Wahl? Wird es hier Veränderung geben oder mit Merkel einen Kurs wie bisher?

Im Augenblick sieht es ja nach Schwarz-Gelb aus. Im Ergebnis läuft es also auf eine große Koalition ohne SPD, dafür mit Steuerermäßigung für Hoteliers hinaus. Ob die SPD oder die FDP an der Regierung beteiligt ist, ergibt keinen spürbaren Unterschied. Es wird keine Obergrenze für die illegale Einwanderung geben, es wird keine Schließung der Grenzen geben, die Polizei wird weiter kaputtgespart, die Familie zerstört, und der deutsche Sparer rettet auch in Zukunft bankrotte Euro-Staaten, um im Alter später Flaschen sammeln zu gehen. Die AfD wird eine unangenehme Opposition sein, eine realpolitische Opposition, aber auch eine Systemopposition, wo die Fehler im System liegen. Im Grunde müssten wir schon 2017 an die Regierung, um das Schlimmste noch abzuwenden. Meine Hoffnung: Die CDU wird sich in einer weiteren Legislaturperiode unter Merkel zu Tode regieren. Und 2021 ist dann der Weg frei für eine bessere Politik, eine Politik für das Volk.

Frankreich

**Front National
(FN)**

„Franzosen zuerst“

Frankreichs Establishment zittert vorm Front National

Der Front National beschreibt sich selbst als „patriotisch“ und „national“ im Sinne von „französischer Identität, Tradition und Souveränität“. Ein zentrales Konzept des FN ist die „*préférence nationale*“, also die nationale organisierte Bevorzugung der Franzosen, gemäß dem Motto *Les Français d’abord* („Franzosen zuerst“, so auch ein Buchtitel von Jean-Marie Le Pen). So sollen französische Staatsbürger bei der Arbeitsplatzsuche und bei Sozialleistungen gegenüber Nichtfranzosen bessergestellt werden. Klassenwidersprüche sollen durch national-soziale Lösungen überwunden werden. Über die Vorstellung einer „sozial“ verstandenen Nation – „*social parceque national*“ („Sozial weil national“) – bleibt die Marktwirtschaft ein nationales Interesse. Das Rechts-links-Schema wird in Frankreich vor allem an der Wirtschafts- und Sozialpolitik festgemacht; der FN prägte daher das Motto *Ni Droite ni Gauche – français!*

(„Weder rechts noch links – französisch!“)

In den 1970er und 1980er Jahren konnte die Parteilinie in Abgrenzung zum Etatismus der regierenden Linksparteien als neoliberal verstanden werden, Zielgruppe waren vor allem kleine Selbständige und Mittelständler. Jedoch vollzog die Partei einen Kurswechsel hin zur Ablehnung der wirtschaftlichen Globalisierung und zum Protektionismus, sie spricht damit heute vermehrt Arbeiter und Arbeitslose an. So fordert die Partei u. a. die Nationalisierung der Banken, der Rüstungsindustrie und anderer Industriezweige, sowie die Einführung von Schutzzöllen zum Schutz der einheimischen Landwirtschaft und Industrie.

Den anderen Parteien wird vorgeworfen, sie zerstörten – besonders durch die Einwanderung – eine französische nationale Marktwirtschaft und seien damit verantwortlich für die Arbeitslosigkeit. Eine der wichtigsten Forderungen des FN ist die Beschränkung der Einwanderung, insbesondere der aus nichteuropäischen Ländern. Während der Präsidentschaftswahlen 1995 forderte der Parteivorsitzende Jean-Marie Le Pen die Rückführung von drei Millionen Nichteuropäern aus Frankreich; hier ist die Parteilinie inzwischen gemäßigter. Besonders die Einwanderung aus muslimischen Ländern wird kritisch gesehen; die Partei warnt vor einer „Islamisierung“ des Landes. Das Thema „Einwanderung“ ist seit den 1980ern das Hauptwahlkampfthema der Partei. Seit 2007 wird, im Sinne einer Modernisierung im Programm eine beschränkte Zuwanderung zugestanden.

Im Einzelnen fordert die Partei in ihrem Programm:

- Illegale Einwanderer, in Frankreich als sans-papiers bezeichnet, sollen ausgewiesen werden. Die nachträgliche Legalisierung der sans-papiers soll ebenso verboten werden wie Organisationen, die sich für deren Legalisierung oder deren Bleiberecht einsetzen.
- Die jährliche legale Zuwanderung nach Frankreich soll auf 10.000 Personen beschränkt werden.
- Wer als Ausländer straffällig wird, soll sofort, wer seine Arbeit verliert, nach einem Jahr das Aufenthaltsrecht in Frankreich verlieren.
- Das Asylrecht soll nach dem Vorbild Japans drastisch verschärft werden, um die Zahl der Asylbewerber und Asylberechtigten zu senken. Die Familienzusammenführung soll abgeschafft werden.
- Das ius soli zur Erlangung der französischen Staatsbürgerschaft soll gestrichen werden („La nationalité française s’hérite ou se mérite!“). Die Einbürgerung soll erschwert und die doppelte Staatsbürgerschaft außer für EU-Bürger abgeschafft werden.

- Für den Bau weiterer Moscheen sollen strenge Regeln gelten, etwa keine (auch indirekte) Finanzierung durch den französischen Staat und keine Finanzierung aus dem Ausland.

- „Sichtbare religiöse Symbole“ wie etwa das islamische Kopftuch sollen in öffentlichen Einrichtungen verboten werden.

Die Europäische Union soll zu einem „Europa der Nationen“ umgestaltet werden, das jedem Nationalstaat die Beibehaltung seiner nationalen Souveränität erlaubt. Gefordert wird auch der Austritt aus dem Schengener Abkommen oder zumindest eine Neuverhandlung, die Frankreich die Kontrolle seiner Staatsgrenzen ermöglicht.

Ebenso im Programm steht der Wunsch nach dem Austritt aus der Euro-Zone und dem Austritt aus der NATO, sowie der Wunsch nach größerer Unabhängigkeit gegenüber anderen internationalen Organisationen.

Bei den Präsidentschaftswahlen 2002 wurde das Thema „Recht und Gesetz“ stärker betont. Die Strafverschärfung, zu der auch die geforderte Wiedereinführung der Todesstrafe gehört, ist ein wichtiger Programmpunkt.

Ist Le Pen zu stoppen?

Der Front National am Vormarsch

Die französischen Regionalwahlen Ende letzten Jahres zeigen, dass der Front National ein allzu großes Problem für die etablierten Parteien darstellt, welches derzeit nur unter Selbstaufgabe gerade noch in Grenzen gehalten werden kann. Und so war nach Jubelrufen im Dezember war niemandem zumute. „Keine Erleichterung, kein Triumphgefühl“, mahnte der sozialistische Premier Manuel Valls, an die "Warnungen" der Wähler erinnerte der konservative Ex-Staatschef Nicolas Sarkozy und einzig optimistisch blickte die Chefin des Front National, Marine Le Pen nach vorne: "Nichts wird uns aufhalten können."

Tatsächlich kann sich nach den französischen Regionalwahlen, dem letzten großen Urnengang vor der Präsidentschaftswahl 2017, zwar niemand als Sieger fühlen – aber auch ein klarer Verlierer steht nicht fest.

Der Front National verpasste es zwar nach dem triumphalen Sieg im ersten Wahlgang, in einer Region eine Mehrheit zu erzielen - zugleich stimmten mit 6,8 Millionen Franzosen mehr Menschen für die einzige Partei Frankreichs, die sich klar gegen Massenzuwanderung stellt, als jemals zuvor. Sarkozys konservativ-bürgerliches Lager gewann als stärkste Kraft sieben der 13 Regionen - hatte aber auf deutlich mehr Siege gehofft und war teilweise auf die Unterstützung der Sozialisten angewiesen. Die Regierungspartei von Staatschef François Hollande wiederum konnte ihre Verluste begrenzen - verlor aber ihre bisherige Dominanz in den Regionen.

"Niederlage für alle", titelte die katholische Tageszeitung "La Croix" am Tag nach dem zweiten Wahlgang, "Wahl ohne Sieger" drehte die große Regionalzeitung "La Voix du Nord" die Formel um. Und die linke "Liberation" titelte mit Blick auf die FN-Schlappe "Erleichtert, aber..." und konstatierte: Der "Sieg" von Konservativen und Sozialisten gegen den Front National sei in erster Linie eine "Nicht-Niederlage".

Denn tatsächlich waren viele Menschen in der zweiten Wahlrunde zu den Urnen geströmt, um einen Sieg des Front National zu verhindern - nicht, weil sie begeistert waren von Politik und Kandidaten der Konservativen oder Sozialisten. Die "republikanische Sperre" gegen die angeblich „Rechtsextremen“ hielt, noch wollen offenbar die meisten Franzosen nicht von Front-National-Politikern regiert werden.

Aber wie lange dies in dem von Rekordarbeitslosigkeit und anhaltender Wirtschaftskrise gebeutelten Land anhält, ist unklar. Und im Frühjahr 2017 finden in Frankreich die Präsidentschaftswahlen statt, bei denen Le Pen zumindest in die Stichwahl einziehen will.

Premier Valls hatte während des Wahlkampfs wie kein zweiter gegen den Front National mobil gemacht und sogar vor einem "Bürgerkrieg" gewarnt, der Frankreich bei Wahlsiegen des Front National drohe. Die meisten Sozialisten versuchten gar nicht erst, die magere Bilanz der Regierung in Paris zu verteidigen, sondern konzentrierten sich auf Warnungen vor dem Front National.

Dass das mittelfristig nicht ausreichen wird, ist aber Sozialisten wie Republikanern klar. Schon unmittelbar nach den Regionalwahlen räumte Valls ein: Die Menschen müssten wieder davon überzeugt werden, dass es sich lohne "für" und nicht nur "gegen" etwas zu stimmen. "Wir

Page 69

müssen mehr auf die Franzosen hören, müssen ohne Unterlass und schnell handeln, um mehr Ergebnisse zu erzielen."

Unter Regierungsvertretern hieß es, es würden bereits "eine Reihe neuer Maßnahmen für die Beschäftigung" vorbereitet, die "schnell" umgesetzt werden sollten. Allerdings kämpfen Hollande und seine Sozialisten schon seit dreieinhalb Jahren erfolglos gegen die Rekordarbeitslosigkeit an. Die Präsentation der neuen Pläne zu Schaffung von Arbeitsplätzen dieser Tage in Paris durch den französischen Präsidenten lassen die Franzosen auch nicht darauf hoffen, dass es mit Frankreichs Arbeitsmarkt tatsächlich bergauf gehen wird.

Heillos zerstritten zeigen sich die Konservativen – statt Freude über kleine Wahlerfolge gab es viel Unruhe und Streit. Parteichef Sarkozy warf sogar seine Stellvertreterin Nathalie Kosciusko-Morizet aus der Parteiführung. Die 42-Jährige hatte es gewagt, seinen Kurs zu kritisieren, vor der zweiten Wahlrunde jede Zusammenarbeit mit den Sozialisten zu verweigern, während die Sozialisten zugunsten der Republikaner mehrere Wahllisten zurückzogen. Es sind die ersten Verbote für die Konflikte, die den Konservativen im kommenden Jahr bei der Wahl ihres Präsidentschaftskandidaten bevorstehen und die sich insbesondere um die Frage drehen dürften, ob die Partei neue Wähler mehr in der politischen Mitte oder am rechten Rand gewinnen will.

Die Regionalwahlen wurden schnell abgehakt. Alle Blicke richten sich auf 2017 – wo gerade eine aktuelle Umfrage zeigt: Die Franzosen wollen weder den regierenden Sozialisten Francois Hollande noch (Ex-Präsident) Nicolas Sarkozy als Präsidentschaftskandidaten für den Wahlgang 2017. 74 Prozent der Befragten sprachen sich nach einer Umfrage des Instituts Odoxa für die Zeitung "Le Parisien" gegen den Staatspräsidenten und seinen konservativen Vorgänger aus. Nur 24 Prozent äußerten sich für beide Politiker.

Am liebsten würden die Bürger den konservativen Ex-Premierminister Alain Juppe

als
Kandidaten für das höchste Staatsamt sehen. 56 Prozent befürworteten seine Kandidatur. Für die Parteichefin des Front National, Marine Le Pen, sprachen sich auch 37 Prozent aus – ein weiteres Zeichen, dass in Frankreich kein Stein auf dem anderen bleiben dürfte.

Volksabstimmung über EU-Austritt

Marine Le Pen begann ihren Präsidentschaftswahlkampf

Ihr Ziel ist die Präsidentschaft - und am vergangenen Wochenende hat Marine Le Pen ihren langen Weg begonnen. "Alles für das Volk - nichts ohne es, nichts gegen es", verspricht die Vorsitzende des Front National ihren Parteifreunden. Die über 3000 Anhänger im südfranzösischen Fréjus, fast 1000 Kilometer südlich von Paris, sind davon überzeugt, indem sie ihre 48-jährige Chefin bereits zur ersten Frau im Staate ausrufen: "Marine Présidente, Marine

Présidente!" hallten die Sprechchöre durch den "Espace Caquot", den Hangar eines früheren Militärstützpunktes der französischen Armee. Das Parteitreffen am Mittelmeerstrand läutete inoffiziell Le Pens Präsidentschaftswahlkampf ein. Die Inszenierung des zweitägigen Kongresses war völlig auf die Person der FN-Chefin ausgerichtet: Die traditionelle "Sommeruniversität" des FN wurde umgetauft zu "Estivales de Marine Le Pen".

Auf Schildern oder Stellwänden fehlten die zwei Buchstaben "FN" ebenso wie die blau-weiß-rot lodernnden Flammen, das Parteisymbol. Stattdessen sah man am Plakat eine Marine Le Pen mit einer einfache Botschaft: "La France apaisée", zu deutsch „Ein befriedetes Frankreich“. Und auf der blauen Bühne stand, hinter drei französischen Fahnen, das Kampagnenmotto: "Im Namen des Volkes".

In Fréjus versprach Le Pen, ihr „Feldzug“ für die Präsidentschaftswahl im Frühjahr kommenden Jahres werde "wie kein anderer" sein. Auf dem Spiel stehe nicht weniger als die nationale Zivilisation und die Frage: "Wird Frankreich Frankreich bleiben?" Unter dem Jubel ihrer Anhänger warnte Le Pen vor einem Vormarsch des Islam in Frankreich und der voranschreitenden Überfremdung: "Masseneinwanderung und Multikulti sind Kinder der EU!"

Sie forderte einen Stopp jeglicher Zuwanderung und kündigte an, als Präsidentin nach dem Vorbild des „Brexit“ eine Volksabstimmung über Frankreichs Austritt aus der EU durchzuführen: "Frankreichs Politik wird vom Ausland diktiert - von Berlin, von Brüssel oder von Washington!"

Laut Umfragen kann Le Pen damit rechnen, als Kandidatin mit den meisten Stimmen im ersten Wahlgang in die Stichwahl um die Präsidentschaft am 7. Mai 2017 zu gelangen. Einen Sieg im zweiten Wahlgang halten die meisten Demoskopien für eher unwahrscheinlich, weil angeblich eine Mehrheit Marine Le Pen als Staatsoberhaupt klar ablehnt.

Seit sie die Parteiführung vor mehr als fünf Jahren übernahm, ist es ihr jedoch gelungen, das Image des Front zu verbessern. Dazu trug bei, dass sie vor einem Jahr zumindest öffentlich den Bruch mit ihrem Vater, dem FN-Mitbegründer Jean-Marie Le Pen, vollzog. Allerdings baut die Partei weiterhin auf dessen Fonds "Cotelec", um 15 Millionen Euro für die Vorfinanzierung des Wahlkampfes zu mobilisieren.

Inzwischen ist die rechte Partei für weite Kreise in der Republik wählbar geworden. So gilt der FN seit Jahren als die stärkste Arbeiterpartei Frankreichs. Auch aus den Reihen von Polizei und Militär erhält sie viel Zulauf. Eine neue Studie des "Centre des recherches de Sciences-Po" analysiert, dass der FN inzwischen auch in traditionell linke Wählerschichten vordringt: In den Belegschaften von Staatsunternehmen wie unter Beamten im öffentlichen Dienst liegt die Partei inzwischen vor den regierenden Sozialisten.

Page 73

Zudem versucht Le Pen, ihr eigenes Image zu korrigieren. In der hitzigen Debatte nach den Terroranschlägen von Nizza und bei Rouen warnte sie, Frankreichs politische Klasse verliere ihre "Beherrschung" und „verkämpfe sich in Schikanen". Ausdrücklich widersprach sie Vorschlägen des konservativen Ex-Präsidenten Nicolas Sarkozy, der einen Sondergerichtshof für Terrortaten oder die präventive Internierung von Menschen gefordert hatte, die vom französischen Geheimdienst wegen möglicher Kontakte zu Islamisten überwacht werden.

Ebenso wiesen FN-Spitzenpolitiker die Einlassung der republikanischen Präsidentschaftskandidatin Nadine Morano zurück, Frankreich sei "ein Land der weißen Rasse". Der einflussreiche FN-Funktionär Sébastien Chenu scherzte jüngst, Sarkozy entwickle sich "zu einer Maschine, die neue FN-Wähler produziert".

Für Aufsehen sorgte zuletzt, dass der so rechte wie populäre Publizist Éric Zemmour Le Pen kürzlich vorhielt, sie sei "eine Linke" und kämpfe zu wenig um Frankreichs Identität, die vom Islam bedroht sei. Le Pen hatte zuvor erklärt, ethnische Herkunft oder religiöse Überzeugung seien für sie kein Hindernis, Franzose zu sein. Ein "aufgeklärter, laizistischer Islam" sei mit der Verfassung vereinbar.

Zum Manager ihres Wahlkampfs hat Le Pen den Gastgeber des Wochenendes gekürt, den Bürgermeister von Fréjus, David Rachline. Der erst 28 Jahre alte Senator war bereits vor 13 Jahren der Partei beigetreten und gilt als gut vernetzter Funktionär mit Kontakten zu allen Parteiströmungen. Zudem erfüllt er als Rathaus-Chef seit Frühjahr 2014 eine weitere Mission: Er soll beweisen, dass der FN regieren kann.

Le Pen legt Vorsitz nieder

Duell um Frankreich in vollem Gange

Die französische Rechtspopulistin Marine Le Pen hat vorübergehend den Vorsitz der ihrer Partei, der Front National (FN) niedergelegt, um sich auf ihre Präsidentschaftskandidatur zu konzentrieren. "Heute Abend bin ich nicht mehr Präsidentin der FN, ich bin Präsidentschaftskandidatin", sagte die 48-Jährige am vergangenen Montagabend im TV-Sender France 2.

Sie wolle die Franzosen sammeln für ein "Programm der Hoffnung, des Wohlstands, der Sicherheit", meinte Le Pen. Sie hatte am Sonntag in der ersten Runde der Präsidentschaftswahl 21,4 Prozent der Stimmen gewonnen und damit Platz zwei hinter dem sozialliberalen Bewerber Emmanuel Macron erreicht. Die entscheidende Stichwahl findet am 7. Mai statt. Macron gilt derzeit als Favorit für das Finale.

"Ich erkenne sehr deutlich, dass man sich dem entscheidenden Augenblick nähert", sagte Le Pen, die die Europäische Union in der derzeitigen Form bekämpft und aus dem Euro aussteigen will. Sie griff ihren Kontrahenten Macron direkt an: "Weder bei dem Programm noch beim Verhalten von Herrn Macron lässt sich die geringste Liebe für Frankreich erkennen (...)", hielt sie fest. Le Pen vertritt bekanntlich eine patriotische Linie und will beispielsweise wieder die französischen Grenzen kontrollieren.

Nach der ersten Runde der Präsidentschaftswahl in Frankreich wollen die unterlegenen Sozialisten und Konservativen dem linksliberalen Favoriten Emmanuel Macron den Weg ins höchste Staatsamt ebnen. Ziel ist es, Le Pen unter allen Umständen zu stoppen. Der scheidende Präsident Francois Hollande rief am Montag in Paris zur nationalen Einheit auf, um die „rechtsextreme Gefahr“ zu bannen. "Ich werde Macron wählen", sagte der Sozialist. Die Spitze der konservativen Republikaner gab zwar keine direkte Empfehlung für Macron ab, rief aber ihre Anhänger auf, Le Pen eine Niederlage zuzufügen.

Die Stichwahl am 7. Mai gilt als historische Richtungsentscheidung für Europa. Der sozialliberale Macron will die Zusammenarbeit in der Europäischen Union stärken, Le Pen will

aus dem Euro raus und die EU reformieren. Hollande warnte, eine Wahl der Chefin der Front National berge sowohl die Gefahr einer Isolation Frankreichs als auch eines Bruchs mit der EU. In Berlin und Brüssel sorgte der Ausgang der ersten Runde für ein Aufatmen, auch die Finanzmärkte reagierten positiv.

Der 39-jährige Macron hatte den ersten Wahlgang mit 24,0 Prozent gewonnen, seine Kontrahentin erreichte 21,4 Prozent, wie das Innenministerium am Montagabend mitteilte. Der vor Wochen noch favorisierte konservative Kandidat François Fillon schaffte nur 20,01 Prozent, der Linkspolitiker Jean-Luc Mélenchon landete bei 19,6 Prozent und der Sozialist Benoît Hamon bei 6,4 Prozent. Insgesamt waren elf Kandidaten angetreten. Die Wahlbeteiligung lag bei 77,8 Prozent. Vor fünf Jahren waren es noch rund 79,5 Prozent gewesen.

In der Stichwahl ist nach Umfragen ein klarer Sieg des Ex-Wirtschaftsministers zu erwarten. Die sogenannten Volksparteien kamen im ersten Wahlgang zusammen nur auf etwa 26 Prozent. Dass Hollande sich für Macron ausspricht, war erwartet worden. Das Verhältnis der beiden ist allerdings von Spannungen geprägt. Hollande hatte Macron als seinen "Ziehsohn" 2012 in den

Page 77

Elyseepalast geholt und ihn 2014 zum Minister gemacht. Dann schied Macron Mitte 2016 aus der Regierung aus und nahm selbst Kurs auf höchste Staatsamt. Manche sprachen von Verrat.

Der Wahlkampf für das Präsidentschaftsduell ist bereits im vollen Gange. Das Kampagnenchef von Le Pen warf Macron vor, er gehöre zum alten System und wolle zu wenig gegen den Terror, die entfesselte Globalisierung und die Einwanderung tun.

FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache begrüßte indes am vergangenen Dienstag in Wien die Entscheidung der französischen Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen, den Vorsitz in der rechtspopulistischen Front National ruhend zu stellen. Wenn Alexander Van der Bellen nichts mit den Grünen zu tun habe und Emmanuel Macron nichts mit den Sozialisten, "wird man das bald auch bei der Le Pen so berichten", sagte Strache.

Es sei ein "aus ihrer Sicht durchaus richtiger Schritt", den Wählern sichtbar zu machen, "dass sie nicht ausschließlich als Parteikandidatin antritt", sagte Strache, dessen FPÖ auf EU-Ebene eine Allianz mit der Front National geschlossen hat.

Große Hoffnungen auf einen Wahlsieg Le Pens macht sich Strache nicht. Dazu bräuchte es "ein politisches Wunder", weil sich "alle etablierten Parteienvertreter" für Macron ausgesprochen hätten. Man dürfe aber "nicht außer acht lassen", dass Macrons Gegner im ersten Wahlgang europakritisch gewesen seien, sagte Strache mit Blick auf den Konservativen Francois Fillon

und den Linkskandidaten Jean-Luc Melenchon, für den sogar ein EU-Austritt "kein Tabu" sei.

Macron sei der "einzige EU-Hurraschreier" gewesen, und habe 25 Prozent der Stimmen erhalten. Der Rest der Stimmen habe sich auf europakritische Kandidaten verteilt. "Kritik an der EU war ein wesentliches Wahlmotiv". Dies könnte in der Stichwahl "zu einer Dynamik führen", so Strache.

Brüssel ist „glücklich“

11 Millionen Franzosen stimmten für Le Pen – Linksliberaler Macron gewann dennoch

FPÖ-Bundesparteibmann Heinz-Christian Strache hat der französischen Rechtspopulistin Marine Le Pen am vergangenen Sonntagabend seinen "Respekt zum Achtungserfolg" bei der Stichwahl um die französische Präsidentschaft ausgesprochen. Le Pen habe mit "über 34,5 Prozent das beste Ergebnis einer Kandidatin des Front National erzielt", betonte Strache auf Facebook. Das seien "elf Millionen Wähler".

Strache ortete "exzellente Ausgangsposition für Marine Le Pen für die in wenigen Wochen stattfindende Wahl zur französischen Nationalversammlung". Le Pen sei nunmehr die stärkste Oppositionskraft gegen Macron in Frankreich. "Es ist daher heute der Beginn und Startschuss für einen weiteren historischen Erfolgsweg des Front National in Frankreich gegeben worden."

Macron werde von vielen als "Trojanisches Pferd (als globaler Bankenvertreter)" gesehen, schrieb Strache auf Facebook. Und weiter: "Von der Systemelite strategisch vor eineinhalb Jahren als pseudo-unabhängig positioniert, als verlängerter Arm für eine EU-Dauersubventionierungspolitik (sog. Vergemeinschaftung der EU-Schulden) der EU-Nettozahler für weitere Quersubventionierungen in Richtung Griechenland, etc., auf Kosten der Steuerzahler (ESM)."

Die EU-Zentralisten würden heute wieder einmal aufatmen, erklärte der FPÖ-Obmann aus Facebook: "Sie sind mit einem "blauen Auge" davon gekommen. Sie werden leider weiter nicht bereit sein, die notwendigen EU-Reformen umzusetzen. Ich lasse mich aber gerne vom Gegenteil überzeugen!"

Der „parteilose Pro-Europäer“ Emmanuel Macron hat die Präsidentschaftswahl in Frankreich klar gewonnen. Der frühere Wirtschaftsminister setzte sich bei der Stichwahl am Sonntag mit großem Vorsprung gegen die Le Pen durch. Der 39-jährige wirtschaftsliberale Kandidat kam auf mehr als 65 Prozent.

Die Front-National-Kandidatin und EU-Gegnerin Le Pen landete entsprechend bei unter 35 Prozent. Mit ihrer Niederlage ist aus Sicht des EU-Establishments die Gefahr eines französischen EU-Austritts gebannt.

Macron wird der jüngste Präsident in Frankreichs Geschichte. Die Nachfolge des scheidenden Staatschefs Francois Hollande wird er spätestens am kommenden Sonntag antreten. Macron plant sozialliberale Reformen in Frankreich und will die Zusammenarbeit in der EU und in der Eurozone vertiefen. Ob er auch eine Regierungsmehrheit bekommt, wird sich erst bei der Parlamentswahl im Juni entscheiden.

Macron äußerte sich in einer ersten Reaktion optimistisch über die Zukunft seines Landes. Er sagte der Nachrichtenagentur AFP am Sonntagabend, mit seinem Sieg in der Stichwahl öffne sich "ein neues Kapitel" - das "der Hoffnung und der wiedergewonnenen Zuversicht".

Le Pen hatte ihm zuvor zu seinem Sieg gratuliert und ihre Niederlage eingeräumt. Frankreich habe am Sonntag für Kontinuität gestimmt, erklärte die Front-National-Chefin am Abend. Das Land sei gespalten zwischen Patrioten und Globalisierern. Ihr Abschneiden mit rund 35 Prozent

Page 81

sei historisch, ihre Partei sei nun die wichtigste Oppositionskraft in Frankreich, sagte sie mit Blick auf die bevorstehenden Parlamentswahlen.

Der Sieg Macrons wurde von zahlreichen europäischen Ländern einhellig begrüßt. Bundespräsident Alexander van der Bellen schrieb auf Twitter: "Ein Sieg für ein starkes Europa." Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ) twitterte: "Mit seinem Sieg haben sich in Frankreich die Kräfte durchgesetzt, die für Offenheit und ein starkes Europa stehen." Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP) sah in dem Erfolg des früheren Sozialisten Macron gar, dass "linke Politik klar abgewählt" worden sei.

Deutschland zeigte sich ebenfalls erleichtert über das Ergebnis. Macrons Wahl sei "ein Sieg für ein starkes geeintes Europa und für die deutsch-französische Freundschaft", erklärte Regierungssprecher Steffen Seibert am Sonntagabend über den Kurzbotschaftendienst Twitter.

Die britische Premierministerin Theresa May gratulierte ebenfalls. "Frankreich ist einer unserer engsten Verbündeten und wir freuen uns darauf, mit dem neuen Präsidenten an einer Reihe von gemeinsamen Prioritäten zusammenzuarbeiten", hieß es in einer Mitteilung der Regierung am Sonntag.

Vertreter der EU haben sich auch erleichtert über die Wahl des Pro-Europäers Macron gezeigt. Als einer der ersten gratulierte am Sonntagabend EU-Parlamentspräsident Antonio Tajani. "Wir zählen auf ein Frankreich im Herzen Europas, um die gesamte Union zu verändern und sie näher an die Bürger zu bringen", schrieb der Italiener auf Twitter.

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zeigte sich "glücklich, dass die Franzosen eine europäische Zukunft gewählt haben". Er plädierte dafür, gemeinsam "für ein stärkeres und gerechtes Europa" einzutreten. EU-Ratspräsident Donald Tusk gratulierte "dem französischen Volk", das sich für "Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" und nicht für "Tyrannei und Fake News" entschieden habe.

Der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders sandte unterdessen tröstende Worte an die gescheiterte rechtspopulistische Kandidatin Le Pen. "Trotzdem gut gemacht", twitterte er. "Millionen von Patrioten haben für Dich gestimmt", schrieb er an die Front-National-Chefin gerichtet. "Du gewinnst das nächste Mal - und ich auch!" Wilders' Partei PVV war aus den Parlamentswahlen in den Niederlanden im März als zweitstärkste Kraft hervorgegangen.

Le Pen stark bei Parlamentswahl

Macron trat nicht überall an

Nach ihrer Niederlage bei der Präsidentschaftswahl tritt die französische Rechtspopulistin Marine Le Pen bei der Parlamentswahl im Juni an. "Ja, ich werde Kandidatin", sagte Le Pen letzte Woche im Fernsehsender TF1. Sie werde im nordfranzösischen Wahlkreis Henin-Baumont antreten, einer Hochburg ihrer Partei Front National (FN).

Dort hatte sie bereits - vergeblich - in den Jahren 2007 und 2012 für das Parlament kandidiert.

Sie könne sich nicht vorstellen, "nicht an der Spitze meiner Truppen zu stehen in einem Kampf, den ich als fundamental betrachte", fügte Le Pen hinzu. Sollte sie den Wahlkreis gewinnen, müsste sie ihr Mandat als Abgeordnete des Europaparlaments niederlegen.

Die FN-Parteichefin räumte zudem ein, dass die Fernsehdebatte zwischen den beiden Kandidaten der Stichwahl um das Präsidentenamt "misslungen" sei. Sie habe die großen Bedenken zum Ausdruck bringen wollen, die sie gegenüber ihrem Herausforderer Emmanuel Macron gehabt habe. "Ich habe das mit Ungestüm, Leidenschaft gemacht, vielleicht zu ungestüm, zu leidenschaftlich", sagte sie.

In der Stichwahl unterlag Le Pen mit knapp 34 Prozent dem unabhängigen Pro-Europäer Macron. Sie erzielte zwar ein Rekordergebnis für die Front National, gleichwohl war der Ausgang der Wahl eine Enttäuschung für die Rechtspopulisten: Le Pen hatte 40 Prozent oder mehr anvisiert.

Bei der Front National führte das zu teils heftigen Auseinandersetzungen über den Kurs der Partei. Kritik wurde insbesondere an Le Pens eurokritischem Wahlkampf laut. Die Rechtspopulistin soll mit ihrer Forderung nach einem Austritt aus der Eurozone viele Wähler abgeschreckt haben.

Le Pen übernimmt nach ihrer Niederlage bei der Präsidentschaftswahl wieder die Parteispitze des Front National. "Kurs auf die Parlamentswahl", schrieb der Europaabgeordnete und Bürgermeister der FN-Hochburg Henin-Beaumont - Le Pen wird ihre Partei in die Wahl zur Nationalversammlung im Juni führen.

Die Rechtspopulistin hatten den Front-National-Vorsitz nach der ersten Runde der Präsidentschaftswahl am 23. April vorübergehend niedergelegt. Sie wollte nach eigenen Angaben "über den Parteiinteressen" stehen und in der Stichwahl vom 7. Mai möglichst viele Franzosen hinter sich vereinen.

Indes tritt die Partei des neugewählten französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron bei der Parlamentswahl im Juni nicht in allen Wahlkreisen an. 51 der zusammen 577 Bezirke bleiben unbesetzt, teilte "La Republique en Marche!" in Paris mit.

Der Mitte-Links-Politiker Macron will eine Parlamentsmehrheit erringen, um regieren zu können. Seine Partei hatte bereits angekündigt, im Wahlkreis des früheren sozialistischen

Page 85

Premiers Manuel Valls auf einen Gegenkandidaten zu verzichten. Valls war bei "La République en Marche!" nicht als Kandidat zugelassen worden, weil er nicht alle Bedingungen erfüllte.

Laut Medienberichten erhielten einige frühere Regierungsmitglieder wie Ex-Arbeitsministerin Myriam El Khomri bewusst keinen Gegner der Macron-Partei. Auch prominente Vertreter der Konservativen wie Thierry Solère oder Xavier Bertrand würden "geschont", berichtete die Nachrichtenagentur AFP. Macron hatte bei der Regierungsbildung Politiker aus verschiedenen politischen Lager berücksichtigt.

Die bei der Präsidentenwahl unterlegene Rechtspopulistin Marine Le Pen hatte angekündigt, bei der Parlamentswahl im nordfranzösischen Hénin-Beaumont anzutreten, dies ist eine Hochburg ihrer Partei Front National (FN). Die Wahl ist am 11. und 18. Juni geplant. Die Frist für die Hinterlegung der Kandidatenlisten lief am Freitag aus.

Starke Stimme gegen Macron

Le Pen zieht in französische Nationalversammlung ein

Marine Le Pen dürfte eine gewisse Genugtuung verspürt haben. Vor einem Monat erlitt die Chefin der rechtspopulistischen Front National bei der Präsidentschaftswahl in Frankreich gegen das versammelt Establishment eine Schlappe. Bei der Parlamentswahl hat Le Pen jetzt einen lang ersehnten Erfolg erzielt: Sie gewann klar in ihrem nordfranzösischen Wahlkreis und zieht erstmals als Abgeordnete in die Nationalversammlung ein.

Dort will sie Fundamentalopposition gegen die Politik von Staatschef Emmanuel Macron machen - doch zugleich muss sie ihre zerstrittene Partei wieder unter Kontrolle bekommen.

Im ehrwürdigen Pariser Palais Bourbon, dem Sitz der Nationalversammlung, dürfte sie auf die harten Töne setzen, mit denen sie schon als Europaabgeordnete immer wieder für Empörung beim Establishment sorgte. Einen Vorgeschmack gab sie gleich am Wahlabend: "Wir sind die einzige Kraft des Widerstands gegen die Auflösung Frankreichs", rief sie ihren Anhängern zu. Die anderen Parteien würden nur die "Interessen der Oligarchie" vertreten.

Ihre einwanderungskritische Front National gewann insgesamt acht Sitze in der Nationalversammlung. Das ist viermal mehr als die zwei Abgeordneten, die die FN bisher stellte. Aber auch deutlich weniger, als die Partei sich noch vor einigen Wochen erhofft hatte. Eine eigene Fraktion können die Rechtspopulisten nicht bilden, dafür wären mindestens 15 Abgeordnete nötig.

Für Marine Le Pen ist der Wahlsonntag trotzdem ein Erfolg. Vor fünf Jahren hatte sie den Einzug in die Nationalversammlung denkbar knapp verpasst - 118 Stimmen fehlten ihr damals. Auch 2007 war sie gescheitert. Jetzt gewann sie mit knapp 59 Prozent der Stimmen in ihrer politischen Wahlheimat im nordfranzösischen Henin-Beaumont, in einer von Deindustrialisierung und hoher Arbeitslosigkeit geplagten früheren Bergbauregion.

Eine erneute Wahlschlappe wäre verheerend für die Tochter von FN-Gründer Jean-Marie Le Pen gewesen, die ihren Vater 2011 an der Parteispitze beerbte. Denn die Präsidentschaftswahl hatte ihre Führungsrolle in der Front National stark geschwächt. Zwar erzielte sie in der Stichwahl gegen Emmanuel Macron fast elf Millionen Wählerstimmen und stellte damit einen neuen Rekord für ihre Partei auf. Doch die 33,9 Prozent lagen deutlich unter den anvisierten 40 Prozent.

Zuvor hatte die Parteichefin ein Fernsehduell mit Macron dermaßen in den Sand gesetzt, dass sich dem Vernehmen nach sogar ihre engsten Vertrauten die Haare gerauft haben sollen. Anstelle von Argumenten setzte die gelernte Anwältin auf deftige Attacken gegen ihren jungen Kontrahenten - und verprellte damit zahlreiche Wähler. Zumal es sich als strategische Fehlentscheidung erwies, einen Austritt aus dem Euro zum zentralen Wahlkampfthema zu machen. Davon wollen die meisten Franzosen offenbar nichts wissen.

Le Pens schwaches Abschneiden bei der Präsidentschaftswahl ließ die alten Konflikte in der rechtspopulistischen Partei wieder aufflammen. Ihre Nichte Marion Marechal-Le Pen, die 27-jährige Ikone des traditionalistischen Parteiflügels, zog sich vorübergehend aus der Politik zurück.

Page 88

Nicht nur fremdeln Teile der Partei mit dem Kurs einer "Entteufelung", mit dem Le Pen bei der Jagd nach Wählerstimmen den Parteidiskurs zähmte und offen rassistische und antisemitische Parolen verbannte. In der Kritik steht auch Le Pens Chefstrategie Florian Philippot, für den der Euro-Ausstieg ein wahres Mantra ist. Philippot wiederum drohte offen mit einem Parteiaustritt, sollte die FN nicht mehr die Abkehr von der europäischen Gemeinschaftswährung fordern.

Der 35-jährige Parteivize unterlag am Sonntag in seinem ostfranzösischen Wahlkreis, das wird seinen parteiinternen Gegnern neue Argumente liefern. Marine Le Pen aber hat mit ihrem persönlichen Wahlerfolg ihre Position gefestigt und zieht mit mehreren ihrer engsten Vertrauten in die Nationalversammlung ein, unter ihnen ihr Lebenspartner Louis Aliot. Sie wird im Abgeordnetenhaus mit barschem Ton gegen Macrons Reformprojekte wettern - und zugleich in ihrer Partei die Zügel wieder anziehen.

In einer ersten Stellungnahme zu den Wahlen für die Nationalversammlung in Frankreich vergangenen Sonntag zeigte sich FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache erfreut über den erstmaligen Einzug von Marine Le Pen in die französische Nationalversammlung. „Ich gratuliere Marine Le Pen zu diesem tollen Erfolg der Vervierfachung in der Nationalversammlung von zwei auf acht Mandate und wünsche ihr für ihre neue Aufgabe in Paris alles Gute“, so Strache, der hoffnungsvoll ist, dass es der frisch gewählten Abgeordneten gelingen wird mit anderen Abgeordneten eine Fraktion zu bilden, wofür mindestens 15 Mandatare nötig sind.

Auch der freiheitliche Delegationsleiter im EU-Parlament, Generalsekretär Harald Vilimsky sieht im Abschneiden des Front National einen Erfolg und eine deutliche Steigerung gegenüber dem Jahr 2012. „Am Sonntag war der Front National mit 120 Kandidaten in ebenso vielen Wahlkreisen angetreten. Das sind mehr als doppelt so viele wie im Jahr 2012 und zeigt den weiteren Ausbau der Partei.“ Laut Vilimsky lasse sich dieser Aufwärtstrend auch in absoluten Zahlen messen. So hätte der Front National 2012 in der zweiten Runde 842.695 (3,6%) der Stimmen errungen, während es gestern mit knapp 1.600.000 Stimmen rund doppelt so viele waren.

In Hinblick auf das französische Wahlrecht zeigten sich Strache und Vilimsky sehr kritisch. Wenn der Sieger mit einer klaren absoluten Mehrheit an Mandaten nicht einmal 43% der abgegebenen Stimmen erringt bzw. überhaupt nur knapp 17% der Wahlberechtigten auf sich vereinen kann, dann gibt diese Wahl nicht das wahre Stimmungsbild im Volk wieder und erweckt somit berechtigte Zweifel, so die beiden Freiheitlichen.

Europa zahlt Preis für Politik von „Uncle Sam“

Interview Gollnisch

Als Sie von dem Anschlag auf „Charlie Hebdo“ hörten, waren Sie überrascht oder hatten Sie schon zuvor befürchtet, daß Islamisten einen Anschlag in Frankreich verüben werden?
Bruno Gollnisch: Trotz der bemerkenswerten Arbeit unserer Geheimdienste, die in den letzten Jahren mehrere Attentate auf französischem Boden verhindern konnten, wußten wir: Es gibt eine ernsthafte Wahrscheinlichkeit, daß islamistische Terroristen durch das Netz durchrutschen und in Frankreich zuschlagen könnten. Außerdem hat der „Kalif“ Baghdadi, der Chef des Islamischen Staates, wie bereits vorher auch die Führer von Al-Qaida, aufgrund des militärischen Engagements Frankreichs in der Sahel-Zone gegen Al Qaida im Maghreb und in der Folge unserer Luftwaffeneinsätze im Irak Dschihadisten aufgerufen, französisches Blut zu vergießen.

Page 90

Der islamistische Anschlag in Paris war nicht der erste in Europa, es gab ja Anschläge 2004 in Madrid und 2005 in London. Wurde Europa zu etwas wie einem Kriegsschauplatz zwischen dem Islam oder dem Westen oder eines „Kriegs der Kulturen“?

Gollnisch: Europa, besonders die NATO-Mitgliedstaaten, die in der Vergangenheit an der Seite Amerikas im Irak und in Afghanistan militärisch eingegriffen haben, sind in der Tat ein Ziel. Es ist nicht übertrieben zu behaupten, daß Europa den Preis für die Ausrichtung an der Politik von „Uncle Sam“ im Nahen Osten bezahlt. Aber nicht nur das: Unabhängig davon wird das christliche, aber „dekadente“ Europa von einigen Fanatikern als Eroberungsraum betrachtet, die auch auf ein Unterstützungsnetz innerhalb eines Teiles der muslimischen Gemeinschaft zurückgreifen können

Wir gehen sehr vorsichtig mit dem Begriff „Kampf der Kulturen“ aus dem berühmten Buch von Samuel Huntington, der vielfach von den Neocons verwendet wird, um. Diese Theorie, von der einige Aspekte offensichtlich zutreffen, hat einen wichtiger Beitrag zur Rechtfertigung des katastrophalen Krieges im Irak von 2003 geleistet. Wir sehen heute die desaströsen Auswirkungen und dieser Begriff steht für die allgemeine Bereitschaft zur Neugestaltung des Nahen Ostens, die in ihren Auswirkungen genauso chaotisch ist.

Muß man an dieser Stelle an die Hilfe der Westmächte erinnern, die sie den islamischen Milizen in ihrem Kampf gegen Baschar al Assad in Syrien hat zukommen lassen? Oder an die Folgen der französischen Intervention in Libyen, um das Gaddafi-Regime zu stürzen? Wir bezahlen einen gewaltigen Preis für unsere kolossalen geopolitischen Fehler.

Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen den Angriffen und Frankreichs Teilnahme an den von den USA geführten Luftschlägen gegen den sogenannten Islamischen Staat?

Gollnisch : Das waren offensichtlich die Brüder Kouachi, die die Mitglieder des Magazins „Charlie Hebdo“ erschossen haben, um sie für die, in ihren Augen blasphemischen, Karikaturen

des Propheten Mohammed zu bestrafen. Aber sie haben sich dabei auch auf den Islamischen Staat berufen.

Um weitere islamistische Angriffe in Frankreich oder anderen europäischen Ländern zu verhindern: Sind verstärkte Sicherheitsvorkehrungen ausreichend oder braucht es weitere Maßnahmen wie eine Begrenzung der Einwanderung aus islamischen Ländern oder eine Aussetzung des Schengen-Abkommens?

Gollnisch: Die aktuellen Maßnahmen sind natürlich unzulänglich. Die durch das Jus soli (Geburtsortprinzip, Anm.) bedingten Einbürgerungen sind an sich schon ein Absurdität. Die Brüder Kouachi waren sowohl algerische als auch französische Staatsbürger. Sie hatten französische Ausweise, wie sich auch der Großteil der hunderten, wenn nicht tausenden Dschihadisten besitzen, die Frankreich Richtung Irak und Syrien verlassen haben, um den „heiligen Krieg“ zu führen.

Wenn Sie dazu noch die Einwanderung aus vornehmlich islamischen Ländern betrachten, der ein Migrationsfluß ist, der dank seiner gewaltigen Dimension eine richtige Assimilationsbremse darstellt, dann haben Sie eine ungefähre Vorstellung von den Herausforderungen, die sich uns stellen.

Hinsichtlich der seinerzeitigen Abschaffung der Grenzkontrollen im Schengenraum ist zu sagen, daß das ein wahrer Glücksfall für terroristische Netzwerke ist, für all jene, die Frankreich destabilisieren und zerschlagen wollen, die seinen Ursprung und seine Erscheinungsform ändern wollen...

Es wird oft gesagt, die Anschläge von Paris waren Angriffe auf die europäischen Werte. Aber es scheint, in Europa wurden Hedonismus und Spaßgesellschaft zu „Werten“. Sehen Sie die Notwendigkeit zur Rückbesinnung auf christlich-abendländische Werte, um Europa zu stärken?

Gollnisch: Unsere Kirchen sind leer, die Moscheen sind voll. Es handelt sich eben auch um ein spirituelles Vakuum des Abendlandes. Unsere sogenannten fortschrittlichen, aber vor allem desillusionierenden Nationen sind es, in den der Islam gedeiht. Welche anderen Werte außer Materialismus, Hedonismus, Handel und Relativismus haben wir dem erstarkenden Islam entgegenzusetzen? Die Suche nach dem Schönen, Guten und Wahren, die seit der griechischen Antike den Geist angeregt hat, der Genius unserer Zivilisation, ist doch bereits zerbrochen.

Page 92

Durch die Ablehnung der christlichen Wurzeln Europas hat die Brüsseler Bürokratie das Spiel des radikalen Islams gespielt, indem sie die Seelen entwaffnet und Herz und Geist geschwächt hat.

Beim Gedenkmarsch in Paris wurde einerseits die Einheit der Nation beschworen, aber der anderen Seite war Ihre Partei, der Front National (FN), unerwünscht. Wie sehen Sie diese Haltung des politischen Establishments?

Gollnisch: In der Tat wurden die Millionen Wähler des Front National durch die Linke, die nun mal an der Macht ist, von der großen Demonstration in Paris am 11. Jänner ausgeschlossen. Das hat viele unserer Freunde nicht daran gehindert, sich an anderen Orten den Demonstrationen anzuschließen.

anzuschließen, wie es Marine Le Pen in der von einem FN-Bürgermeister geführten Stadt Beaucaire gemacht hat.

Der Ausschluss des Front National, der immerhin bei der EU-Wahl im vergangenen Juni zur stärksten politischen Kraft wurde, ist ein erbärmliches politisches Manöver, das, wie ich glaube, die Franzosen jedoch nicht blenden wird. Unsere Landsleute fallen nicht auf jene Parteien herein, die so viel zum identitären, moralischen, wirtschaftlichen und sozialen Verfall von Frankreich beigetragen haben. Die nächsten Wahlen sind eine gute Gelegenheit, ihnen das in Erinnerung zu rufen.

Welche Auswirkungen werden die jüngsten Terroranschläge auf die Innenpolitik und die Wahlen im Jahr 2017 haben?

Gollnisch: Es wird bis dahin nicht sehr viel passieren. Aber es ist denkbar, daß die eindrucksvolle und leider blutige Bestätigung der Entwicklungen, vor denen der Front National bereits seit 40 Jahren warnt, sowie der Ruf unserer Landsleute in den letzten Tagen nach mehr Gesetz und Ordnung, nach mehr Sicherheit und der Bewahrung unserer Identität und Werte von Vorteil für die Kandidatur von Marine Le Pen sein wird.

“Die Franzosen erwarten tiefgreifenden Wandel”

Bruno Gollnisch

Meinungsumfragen zufolge soll Emmanuel Macron in der Stichwahl klar gegen Marine Le Pen gewinnen. Was ist von solchen Umfragen zu halten? Soll damit Stimmung gegen Marine Le Pen gemacht werden?

Bruno Gollnisch: Ich glaube, 2016 hat bewiesen, dass Meinungsumfragen heutzutage nicht wirklich glaubwürdig sind – sofern sie es jemals waren. In der Tat ist die französische Präsidentenwahl 2017 eine wirklich untypische: Neue Gesichter, ein wichtiger Kandidat ist in Skandale verstrickt, usw. Ich kann daher verstehen, dass die Meinungsforscher ihre Geduld verloren haben. Aber ich erinnere auch daran, dass sie immer auch in Versuchung waren, die Umfragen zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung zu nutzen. Was es aber wirklich gibt, ist eine starke politische Dynamik hinter Marine Le Pen. Wir arbeiten alle daran, diese Dynamik in einen Sieg zu verwandeln.

Frühere Wahlen in Europa – erst kürzlich in den Niederlanden – haben gezeigt, dass das Establishment nahezu alles versucht, um den Sieg eines patriotischen Kandidaten bzw. Partei zu verhindern. Was erwarten Sie diesbezüglich für den restlichen Wahlkampf in Frankreich?

Gollnisch: Ich denke, es wird noch härter und rauher werden. Das Establishment hat es bereits mit finanziellem Druck versucht, mit der Weigerung französischer Banken, für den Wahlkampf Krediten zu gewähren, mit Verleumdung und gerichtlicher Verfolgung, mit dem sogenannten „Skandal über parlamentarische Mitarbeiter“, mit Einschüchterung, Angriffen auf Busse von Unterstützern nach Wahlkampfveranstaltungen, mit dem Hirngespinnst einer ausländischen Einmischung, mit Putin als den großen Manipulator von Umfragen, mit besorgniserregenden Vorhersagen von der Panik der Märkte bis hin zum Bürgerkrieg. Die Phantasie kennt wie die Angst keine Grenzen. Aber die Franzosen lassen sich von dem nicht zum Narren halten. Sie

Page 94

erwarten einen echten und tiefgreifenden politischen Wandel und Marine Le Pen ist die einzige „außerhalb des Systems“, die einzige, die ihre Erwartungen erfüllen kann.

In den Hauptstrommedien, auch in Österreich, wird Macron sehr positiv dargestellt. Aber was würde ein Sieg von Macron sowohl für Frankreich als auch für Europa bedeuten?

Gollnisch: Es ist keine Überraschung, dass die Hauptstrommedien ihn unterstützen. Macron ist das Produkt des Establishments: Banker, Berater von Präsident Hollande und dann Regierungsmitglied, ein ehemaliger Student der Elite-Verwaltungs-Hochschule ENA, die dafür berühmt ist, Mainstream-Entscheidungsträger zu produzieren. Also wäre sein Sieg die Garantie dafür, dass sich nichts verändert, dass die Politik der von ihm geführten Regierung alle der in Brüssel oder von den Finanzmärkten beschlossenen Kriterien erfüllt – das genau Gegenteil dessen, was die Franzosen wollen.

Kann man es auch so sehen, dass der Kampf zwischen Marine Le Pen und Macron auch ein Kampf zwischen den Patrioten auf der einen und den Globalisten und Multikulturalisten auf der anderen Seite ist?

Gollnisch: In Frankreich besteht diese politische Kluft schon seit mehreren Jahren. Es ist sehr wichtig, dass die traditionellen Parteien, sowohl Sozialisten und Konservative, in dieser neuen Konfrontation ausgeklammert werden. Diese Kluft hat sich auf der ganzen Welt, einschließlich der USA, wegen der Verschlechterung durch die wirtschaftliche Globalisierung und der Masseneinwanderung verbreitet. Heute verkörpert Marine Le Pen das Lager der nationalen Identität. Niemand sonst verteidigt das Recht der Franzosen, für sich selbst zu entscheiden ohne vorher in Brüssel oder anderswo um Erlaubnis zu fragen. All ihre Konkurrenten stehen für den Globalismus, ob die nun an die Vorteile der Märkte oder an die Vermischung der Völker glauben. Bis zu welchem Ausmaß hat die EU eigentlich schon die Identitäten der europäischen Völker zerstört?

Gollnisch: Jahrhundertealte Identitäten kann man nicht so leicht zerstören. Ich würde daher sagen, dass das Bewusstsein der Europäer über ihren kulturellen und zivilisatorischen Reichtum nach Jahrzehnten der Schuld, Versuchen der Gleichmachung und eines relativistischen Materialismus eingeschlafen ist. Die europäische Integration, wie die gemacht wurde, spielte auch eine Rolle. Aber angesichts der Bedrohungen wie Terrorismus oder Kommunitarismus scheint die Zeit des Erwachens gekommen zu sein. Meinungsumfragen zeigen das.

Marine Le Pen hat für den Fall ihrer Wahl eine Volksabstimmung über den EU-Austritt angekündigt. Ein Austritt Frankreichs wäre wohl das Ende der EU. Wie sehen Sie das?

Gollnisch: Marine Le Pen möchte zuerst Bedingungen der französischen EU-Mitgliedschaft neu verhandeln und das Verhandlungsergebnis einer Volksabstimmung unterziehen. Genau das machten zwei britische Regierungen, 1974 und 2016. Ich denke in der Tat, dass ein „Frexit“ zum Ende der Europäischen Union führen würde. Aber die EU ist nicht Europa: Sie ist nur ein Mittel, ein Weg, um die Zusammenarbeit zwischen europäischen Ländern zu organisieren. Sie ist für eine Welt konzipiert, die nicht länger existiert, weshalb dieses Werkzeug obsolet ist: Zu zentralisiert, zu bürokratisch, sie macht zu vieles und das schlecht, ist unfähig, die derzeitigen Herausforderungen für die europäischen Nationen zu bewältigen, aber hindert sie daran, selbst zu handeln. Ich denke, dass der Vorschlag von Marine Le Pen eine echte Chance ist, die

europäische Zusammenarbeit auf eine konkrete und wirksamere Weise neu zu gestalten. Ich glaube, dass mehrere Mitgliedsstaaten das Innerselbst unterstützen.

Kürzlich traf Marine Le Pen in Moskau mit Wladimir Putin zusammen. Wie wichtig ist eine Verbesserung der Beziehungen zu Russland – nicht nur wirtschaftlich, sondern auch um ein Gegengewicht zu Globalisierung und „Neuer Weltordnung“ zu schaffen?

Gollnisch: Marine Le Pen sagte selbst: Wir wollen ausgewogene Beziehungen zwischen Frankreich und anderen Ländern. Wir brauchen Russland im Staatenbündnis gegen den Terrorismus. Wir haben gemeinsame Interessen in der Wiederherstellung der kulturellen, wirtschaftlichen und strategischen Bande zu Russland. Außerdem möchte Marine Le Pen die französischen diplomatischen Traditionen und ihre Besonderheiten wie eine besondere Aufmerksamkeit für Afrika, eine ausgewogene Haltung im Nahen Osten zum gegenseitigen

Page 96

Nutzen von Frankreich und seinen Partnern wiederbeleben. Schließlich glauben wir, dass die Welt multipolar sein sollte.

Heuer wird in Frankreich auch ein neues Parlament gewählt. Welche Chancen hat der Front National, der ja durch das Mehrheitswahlrecht entscheidend benachteiligt wird?

Gollnisch: Wegen des Zeitplanes der Wahlen hat das Ergebnis der Präsidentenwahl einen offenkundigen Einfluss auf die Parlamentswahlen, weil die französischen Wähler schlüssig wählen. Ich denke, wenn Marine Le Pen zur Präsidentin gewählt wird, bekommt sie eine Mehrheit. Ohnedies werden mehrere Dutzend patriotische Abgeordnete gewählt werden. Immerhin ist der Front National seit 2014 die stärkste Kraft in Frankreich.

Bruno Gollnisch

„Hollande ist unfähig, Frankreich zu führen“

Herr Gollnisch, am 2. Oktober finden in Österreich Bundespräsidentenwahlen statt. Verfolgen Sie den Wahlkampf in Österreich?

Bruno Gollnisch: Ich muss zugeben, ich verfolge diese Wahl nur in französischen Medien. Fürs Erste gibt es nur sehr wenige Informationen, außer dass manche Meinungsumfragen für den freiheitlichen Kandidaten Hofer vielversprechend zu sein scheinen. Ich hoffe, dass es einen Sieg Hofers und der österreichischen Patrioten geben wird.

Im nächsten Jahr finden in Frankreich Präsidentenwahlen statt. Wie ist die Ausgangslage? Wie stehen die Chancen, dass Marine Le Pen die nächste Präsidentin Frankreichs wird?

Gollnisch: Derzeit kennen wir noch nicht einmal die Kandidaten! Die Republikaner und sogar die sozialistische Partei – obwohl einen Francois Hollande ihr natürlicher Favorit sein sollte – organisieren Vorwahlen, um ihre Kandidaten zu bestimmen. Das zeigt fehlende Führungskraft uns ein fehlendes Programm und ich denke, dass die Tatsache, dass wir über unseren Kandidaten keinen Zweifel haben, ist ein echter Vorteil. Ich denke, Marine und das nationale und patriotische Lager werden in der ersten Wahlrunde einen sehr großen Zuspruch erhalten. Aber ich erinnere

mich auch an das Jahr 2002 und die Fähigkeit des „Systems“, sich selbst zu schützen. Selbst wenn ihr Sieg der Mehrheit der französischen Bürger entsprechen würde, besteht die Möglichkeit, dass sie betrogen und um den Sieg gebracht wird...

Ex-Präsident Sarkozy kündigte an, dass er sich um die Wahl 2017 bewerben will. Wie sehen Sie seine Chancen für eine Rückkehr in den Elysee-Palast?

Gollnisch: Bisweilen ist er der einzige Kandidat, der ein „wirklicher“ Kandidat ist. Obwohl Alain Juppé, ein ehemaliger Premierminister von Jacques Chirac, beliebter zu sein scheint, denke ich, dass wahrscheinlich Sarkozy in den Vorwahlen der Republikaner das Rennen machen wird. Und wenn Gott will, dass er ein Herausforderer wird, so hoffe ich, dass er nicht Präsident wird. Denn seine fünf Jahre an der Spitze des französischen Staates sind nicht in guter Erinnerung.

Wie es derzeit aussieht, wird Hollande nur eine Periode im Amt bleiben. Welche Fehler hat er gemacht, dass er so unbeliebt ist?

Gollnisch: Er tut mir leid, aber ich verleitet zu sagen: weil er das ist, was er ist! Er wollte „normal“ sein, aber niemand in Frankreich will, dass ein Normaler das Land führt. Nach unserer kollektiven Meinung nach muss der Präsident außergewöhnlich sein. In wirtschaftlichen und politischen Fragen machte Hollande keine Reformen außer denen, die von der Europäischen Union diktiert wurden. Was er tat, war, mit gesellschaftlichen Reformen wie der Homo-Ehe bestimmten Minderheiten „Rechte“ zu geben, aber diese Aktionen sind weder sinnvoll noch tragen sie zur Lösung der Probleme bei, denen Frankreich gegenübersteht: Arbeitslosigkeit, Islamismus, Terrorismus, Sicherheit etc.

Im internationalen Vergleich hat in Frankreich der Präsident aufgrund der Verfassung eine starke Stellung. Sind die Befugnisse Ihrer Meinung nach ausreichend oder sollten sie zur Lösung der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Probleme ausgebaut oder eingeschränkt werden?

Gollnisch: In Frankreich haben wir ein eigenes System, in dem der Präsident in außen- und sicherheitspolitischen Fragen die höchste Autorität ist. Z. B. ist er Oberbefehlshaber der Streitkräfte, und darum ist die Präsidentenwahl auch so wichtig: Er bekleidet nicht bloß eine symbolische Funktion, sondern bestimmten Fällen, insbesondere in Krisen, muss er handeln.

Page 98

Verfassungsrechtlich gesprochen ist er derjenige, der die Politik bestimmt und die Richtung vorgibt und der Premierminister ist für die Umsetzung verantwortlich. Unglücklicherweise hängt die Fähigkeit eines Präsidenten, die Dinge zu ändern, von seiner Fähigkeit ab, eine umfassende Vision zu haben und den Willen, diese auch umzusetzen. Der derzeitige Präsident hat nichts von dem.

Wie unabhängig kann der Präsident handeln? Oder ist er eine Marionette einflussreicher Gruppen der Bilderberger oder der Trilateralen Kommission?

Gollnisch: Theoretisch ist jeder unabhängig. Aber es kann passieren, dass die politischen und philosophischen Ansichten ein Individuum unter den Einfluss von Lobbies oder zumindest des Zeitgeists bringen. Die Franzosen erinnern sich noch, was der Kandidat Hollande 2012 über die

weltweite Finanzindustrie sagte – er war nicht ihr Freund. Und sie wissen auch, was er tat und tut – nämlich nichts. Manche Politiker meinen, sie müssen sich selbst und die Gesellschaft an eine sogenannte unausweichliche Zukunft anpassen. Aber dabei ist Politik genau das Gegenteil: Politik ist dazu da, ein Ziel zu definieren, selbst wenn es vermutlich zu vielen Veränderung führt, und sich die Mittel zu geben, um das Ziel zu erreichen.

Haben Hollande und seine Vorgänger in der EU die nationalen Interessen Frankreichs ausreichend vertreten oder haben sie als „überzeugte Europäer“ die Interessen Frankreichs verraten?

Gollnisch: Persönlich denke ich, sie haben französische und europäische Interessen vermischt. Wenn sie miteinander in Widerstreit gerieten, bevorzugten sie die EU-Interessen, die tatsächlich aber mehr globalistisch als wirklich europäisch sind. Und ich denke, sie handelten so, weil sie weder eine Liebe noch ein Gespür für französische Interessen hatten.

Sollte Frankreich dem Beispiel der Briten folgen und aus der EU austreten, um seine nationale Souveränität zurückzugewinnen?

Gollnisch: Natürlich. In unserem offiziellen Programm werden grundlegende Veränderungen sowohl für die Beziehungen zur EU – z. B. Austritt aus dem Schengen-Abkommen oder aus dem Euro – als auch für Richtlinien der EU bezüglich internationalem Handel, öffentlichen Dienstleistungen, Wettbewerbspolitik, entsendete Arbeitnehmer usw. verlangt. Das Ergebnis der Verhandlungen, die wir mit der EU anstreben, werden einer Volksabstimmung unterzogen um die Bürger zu fragen, ob sie wollen, dass Frankreich in der EU bleibt oder austritt. Solche entscheidenden Fragen über die Unabhängigkeit der nationalen Politik sollten mit einer Befragung des Volkes entschieden werden.

Ein großes Problem für Frankreich und die Franzosen ist die fortschreitende Islamisierung. Kann sie noch aufgehalten werden oder ist es schon zu spät?

Gollnisch: Es ist in der Tat sehr spät, aber ich hoffe nicht zu spät, auch wenn die Zahlen keinen Grund zum Optimismus geben. Zuerst einmal haben wir die Einwanderung sehr streng zu kontrollieren, denn in Frankreich ist ein Fünftel der Bevölkerung ausländischer Herkunft. Für gewöhnlich ist es bei einer europäischen Herkunft kein Problem, aber ich lehne es ab zu sagen, wir können nichts machen: wir können nicht willkommene Menschen wie straffällige kriminelle Ausländer in ihr Heimatland zurückschicken. Wir können jenen die französische Staatsbürgerschaft entziehen, die zeigen, dass sie nicht in die französische Gesellschaft integriert sind und sich nicht integrieren wollen, wir können den Zugang zur französischen Staatsbürgerschaft reformieren. Die Politik, die umgesetzt werden muss, ist sehr komplex, aber die Grundsätze sind: Es muss das uneingeschränkte Recht eines Landes sein zu entscheiden, wer unter welchen Bedingungen das Recht hat einzureisen und zu bleiben; beim Zugang zum Sozialsystem, zu Wohnungen, zum Arbeitsmarkt usw. sind unsere eigenen Bürger zu bevorzugen. Das allein könnte andere Leute davon abzuhalten zu kommen, und dazu führen, dass viele Ausländer Frankreich verlassen und heimkehren.

„Massenüberwachung bereits Realität“

Gilles Lebreton (Front National)

Page 100

EU-Abg. Gilles Lebreton (Front National) über die Gefahr islamistischer Anschläge, den Ausnahmezustand und die innenpolitische Lage in Frankreich

Die französischen Städte, in denen die Spiele der Fußball-Europameisterschaften ausgetragen werden, gleichen Hochsicherheitszonen. Wie groß ist die Gefahr von Terroranschlägen tatsächlich?

Gilles Lebreton: Ich denke, die Gefahr ist sehr groß. Die Regierung ist das Risiko eingegangen, außerhalb der Stadien sogenannten Fanzonen zu erlauben. Und das macht uns sicher verwundbar.

Im Mai wurde der Ausnahmezustand verlängert. Wie sehen Sie diese Maßnahme? Kann der Ausnahmezustand künftige Terroranschläge verhindern?

Lebreton: Der Ausnahmezustand war nach den Anschlägen vom November 2015 notwendig, um die Untersuchungen durchzuführen. Nun ist er aber nicht mehr notwendig, weil alle Verdächtigen mittlerweile gefasst wurden. Heute wäre es für die Gewährleistung der Sicherheit bei der Fußball-Europameisterschaft der beste Weg, möglichst viele Sicherheitskräfte vor Ort einzusetzen.

Der Ausnahmezustand bedeutet auch eine Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten. Ist ein dauerhafter Ausnahmezustand deshalb nicht auch eine Vorstufe zu einem Polizeistaat mit Massenüberwachung der Bürger?

Lebreton: Der Ausnahmezustand gilt schon viel zu lange, aber möglicherweise wird er im Herbst aufgehoben. Allerdings erlaubt es das „loi Renseignement“ (Nachrichtendienstgesetz, Anm.) vom 24. Juli 2015 dem Ministerpräsidenten, alleine zu entscheiden, jede Person mit Wohnsitz in Frankreich unter Spionageverdacht zu stellen. Das ist, wenn man es so betrachten will, eine permanente Strafverfolgung. Die Massenüberwachung ist bereits Wirklichkeit geworden. Bei den Anschlägen in Paris im Jänner und im November 2015 waren die Attentäter Einwanderer oder Kinder von Einwanderern aus islamischen Ländern. Wäre nicht auch eine drastische Verschärfung der Einwanderungsgesetze erforderlich?

Lebreton: Meiner Meinung nach liegt eine der angemessenen Antworten auf den Terrorismus in der Verschärfung der der Einwanderungsgesetze. Zu allererst müssen aber das Schengen-Abkommen annulliert und die nationalen Grenzkontrollen wieder hergestellt werden.

Während der Fußball-EM wird nun an den französischen Grenzen kontrolliert. Können durch die vorübergehende Aussetzung des grenzenlosen Reisens Anschläge verhindert werden?

Lebreton: Ich fürchte, dass die nunmehrigen Kontrollen an den französischen Grenzen nicht ernsthaft sind und es auch nicht sein werden. Denn Präsident Francois Hollande und Ministerpräsident Manuel Valls sind einfach zu ehrerbietig gegenüber Schengen und der EU um jene überzeugenden Maßnahmen zu ergreifen, die die Situation erfordert.

Was können eigentlich wir in Österreich von den tragischen Erfahrungen Frankreichs mit dem islamistischen Terror lernen?

Lebreton: Österreich sollte der Bildung und Erziehung junger Moslems, die im Land leben, besondere Aufmerksamkeit schenken, damit verhindert wird, dass sie in den Fundamentalismus abrutschen.

In den vergangenen Wochen gab in Frankreich Streiks und gewalttätige Auseinandersetzungen werden der umstrittenen Arbeitsmarktformen von Präsident Hollande. Fürchten Sie eine

Eskalation, weil während der Fußball-EM die ganze Welt auf Frankreich blickt?

Lebreton: In der Tat fürchte ich eine Eskalation! Die Gewerkschaften werden die Fußball-EM ausnützen, um ihren Druck auf die Regierung ins Rampenlicht zu rücken.

Wie es scheint hat Frankreich ein Problem mit gewaltbereiten Linksextremisten. Was sollte zur Lösung dieses Problems unternommen werden?

Lebreton: Diese linksgerichteten Milizen sollten gemäß dem, was nach französischem Recht erlaubt ist, per Dekret vom Ministerrat aufgelöst werden. Auch sollten wir der Polizei die Anweisungen erteilen, um systematisch die Schlägertypen zu stoppen, die planmäßig Städte wie Paris, Nantes oder Rennes heimsuchen. Die Polizisten selbst warten schon ungeduldig auf solche Anweisungen!

Page 102

Wann wird Präsident Hollande zurücktreten? Und wie stehen die Chancen, dass seine Nachfolgerin Marine Le Pen sein wird?

Lebreton: Hollande wird nicht zurücktreten, weil er das Ausmaß seiner Unbeliebtheit nicht wahrnimmt. Marine Le Pen hat eine gute Chance, die Präsidentenwahl 2017 zu gewinnen. Alle Umfragen sagen ihr bei einer Stichwahl gegen Ex-Präsident Sarkozy und dem ehemaligen Premier Juppé voraus, weil die beiden Männer bereits hohe Ämter innehatten und enttäuschten.

57

Page 103

Italien

**Lega Nord
(LN)**

Italiens älteste Partei für mehr Autonomie

Die Lega Nord gilt als positive politische Kraft Italiens abseits des Establishments

Die Lega Nord , mit dem vollständigen Namen Lega Nord per l'indipendenza della Padania, zu Deutsch Lega Nord für die Unabhängigkeit Padaniens, ist eine rechtspopulistische und zuwanderungskritische Partei in Italien. Sie ist hauptsächlich im Norden, mittlerweile aber auch in anderen Gegenden Italiens aktiv und tritt für die Föderalisierung des Landes und die

Übertragung von Kompetenzen des Zentralstaates auf die Regionen („Devolution“) ein. Zeitweilig forderte die separatistische Partei die Abspaltung des wohlhabenderen Norditalien von Süditalien. Aufgrund der zahlreichen Umwälzungen des politischen Systems und der vielen Neugründungen innerhalb sämtlicher politischer Lager ist die Lega Nord Italiens älteste noch aktive Großpartei.

Der 2001 verstorbene Gianfranco Miglio, der die staatsrechtlichen und nationalökonomischen Theorien von Lorenz von Stein und Carl Schmitt propagierte, wird als „Chefideologe“ der Lega Nord bezeichnet. Er galt als intellektuelles Aushängeschild eines Netzwerkes der Neuen Rechten, der Synergies Européennes.

Das kulturelle Selbstverständnis der Lega Nord ist eine Mischung aus Stolz über das kulturelle Erbe Norditaliens, insbesondere mit historischen Bezügen zu dem Lombardenbund (die Partei trägt das Abbild von Alberto da Giussano, dem Sieger der Schlacht von Legnano, in ihrem Wappen), Ressentiments gegenüber Südtalienern, Förderung des Föderalismus und Regionalismus, was mit der Betonung einer eigenen norditalienischen, angeblich am antiken Keltentum inspirierten Kultur einhergeht. Die vermeintlich fleißigeren, tüchtigeren und intelligenteren Bürger Norditaliens würden sich angeblich ethnisch von den zurückgebliebenen Regionen des Südens unterscheiden.

Besonders ausgeprägt ist die Ablehnung des italienischen Zentralstaates und seiner Symbole (Hymne, Flagge etc.). Parteimitglieder singen die Nationalhymne Fratelli d'Italia nicht mit, auf Kundgebungen wird sie sogar ausgepiffen. Bei Veranstaltungen der Lega Nord wird hingegen der bekannte Freiheitschor *Va pensiero, sull'ali dorate* aus Verdis *Nabucco* gesungen. Zudem haben Bossis Äußerungen über die italienische Tricolore für große Empörung gesorgt.

Des Weiteren betrachtet sich die Lega als unabhängige, freiheitliche und vor allem regionalistisch-norditalienische („padanische“, abgeleitet vom Po, lateinisch *padanus*, der die Region durchfließt) Kraft, die großen zentralistischen (Staats-)Gebilden bzw. Organisationen prinzipiell kritisch gegenübersteht, was weltumspannende eher „geheime“ Organisationen, die großen politischen Einfluss besitzen, mit einschließt. So gehört die Lega Nord zu den wenigen italienischen Parteien, die Freimaurern den Eintritt in die Partei verwehrt. Sie ist der Auffassung, dass nur kleine und tendenziell sozial bzw. ethnisch homogene Gebilde überlebensfähig seien und als Identitätsbezug bestehen können. Aufgrund ihres regionalistisch-autonomistischen Selbstverständnisses solidarisiert sich die Lega mit Autonomie- bzw. Sezessionsbestrebungen auf der ganzen Welt, wie z. B. jener Tibets vom chinesischen Zentralstaat, die vom Vlaams Belang propagierte und im flämischen Teil Belgiens bestehende Abspaltung Flanderns sowie die korsischen Unabhängigkeitsbestrebungen von Frankreich.

Das Parteiprogramm der Lega Nord ist eine Kombination aus politischem und fiskalischem Föderalismus und Regionalismus. So unterstützt die Partei in den norditalienischen Regionen, in

Page 106

denen sie aktiv ist, den Schutz der jeweiligen (lombardischen, venetischen, piemontischen etc.) Kultur, Tradition und Sprachen (Dialekte). So kann die ideologische Basis der Lega Nord als eine Ansammlung verschiedener regionalistischer Bestrebungen, die unter dem Deckmantel des Föderalismus zusammengefasst wurden, beschrieben werden. Aus diesem Grund scheint es prinzipiell möglich, dass die Lega sich mit weiteren Autonomiebewegungen aus Mittel- und Süditalien verbünden und auf diese Weise ihren politischen Wirkungsbereich erweitern könnte. Tatsächlich führt die Lega Gespräche mit Autonomiebewegungen aus ganz Italien, wie z. B. der Union Valdôtaine, der im Trentino ansässigen Partito Autonomista Trentino Tirolese, des sizilianischen Movimento per le Autonomie, sowie der sardischen Partito Sardo d'Azione. Die süditalienische Lega Sud Ausonia gilt als Schwesterpartei.

Ein erster Erfolg dieser Gespräche war der zu den italienischen Parlamentswahlen 2006 erfolgte gemeinsame Wahlantritt mit dem sizilianischen Movimento per le Autonomie unter der gemeinsamen Liste Lega Nord-MPA.

In den Anfangsjahren blieben die eigentlichen Ziele der Lega Nord durch das bis dahin wenig bis gar nicht ausgeprägte Parteiprogramm zunächst unklar: Schon damals befürworteten einige Exponenten der Partei radikalen Sezessionismus nach jugoslawischem Stil, andere sprachen sich in einem viel moderateren Ton für mehr Autonomie für die norditalienischen Regionen aus. Schließlich erklärte die Lega den Föderalismus als ihr wichtigstes politisches Anliegen, der schnell von den übrigen italienischen Parteien als ein beliebtes Schlagwort für eine Reform des italienischen Zentralstaates übernommen wurde – mit Ausnahme der Neofaschisten und Kommunisten. Erstere betrachteten den Föderalismus als eine Zersplitterung der Heimat und ein Synonym für Kleinstaaterei, letztere als einen Versuch die überregionale Solidarität zu untergraben, was besonders im Zusammenhang mit dem für Italien charakteristischen wirtschaftlichen Nord-Süd-Gefälle betrachtet werden muss.

Nach dem Wahlerfolg 1996 (10,4 % der Stimmen auf Nationalebene, Spitzenwert von 35,8 % im Wahlkreis Lombardei 2, das beste Resultat in ihrer Geschichte) radikalisierte sich die Lega Nord in ihren Autonomiebestrebungen, vertrat nun offenen Sezessionismus und verkündete die Spaltung Italiens in drei Makroregionen die von dem bekannten und als „Chefideologen“ der Lega Nord angesehenen Politikwissenschaftler Gianfranco Miglio definiert wurden: Padanien für die norditalienische, Etrurien für die mittellitalienische und Ausonia als Bezeichnung für die süditalienische Makroregion. Als ein symbolischer Akt zur Geburt der neuen Nation füllte Bossi eine Phiole mit Quellwasser des Po und ließ sie wenige Tage später im Rahmen einer kultisch-patriotischen Festivität von einem kleinen Mädchen bei Venedig ins Meer schütten.

Zudem wurde aus Freiwilligen eine militante aber unbewaffnete Truppe gegründet: Die sogenannten Grünhemden (Grün ist die Farbe Padaniens). Kritiker bezeichneten daraufhin die neu gegründete Gruppierung als ein Pendant zu den Schwarzhemden des faschistischen Italiens unter Benito Mussolini, jedoch bekannten sich die Grünhemden zur Gewaltfreiheit und auch geheimer Waffenbesitz konnte ihnen nie nachgewiesen werden.

Mehr als nur ein Thema

Obwohl die Föderalisierung des italienischen Zentralstaates bzw. die Erlangung von Autonomie für den Norden Italiens nach wie vor das unbestrittene Hauptziel der Lega ist und sie sogar bei Erlangung dieses Zieles die Einstellung ihrer politischen Aktivitäten in Aussicht stellt, ist die Lega im Gegensatz zu ihrem Anfangsjahren keine Ein-Themen-Partei mehr.

Der derzeit zentrale Programmpunkt der Partei ist die Verlagerung von Kompetenzen des italienischen Zentralstaates auf die italienischen Regionen („Devolution“).

Page 108

Konkret und als einen ersten Schritt in Richtung Devolution fordert die Lega Nord die Übertragung exklusiver Kompetenzen des italienischen Zentralstaates in den Bereichen Dabei soll die eigentliche Kompetenzübertragung stufenweise in einem System der „zwei Geschwindigkeiten“ erfolgen: Regionen, die bestimmte administrative Voraussetzungen, wie Ressourcen und Verwaltungskapazitäten, erfüllen, sollen die zusätzlichen Kompetenzen sofort wahrnehmen können. Regionen, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, sollen jene Kompetenzen zu einem späteren Zeitpunkt übertragen bekommen.

Die Lega Nord verbindet in ihrer Wirtschaftspolitik vor allem wirtschaftsliberale Grundsätze mit regionalistischen Elementen. So soll die Wirtschaftsförderungspraxis sich an der lokal vorhandenen Arbeitskraft orientieren und klein- sowie mittelständische Betriebe, insbesondere aber Familienunternehmen, gefördert werden. Dieser Programmpunkt kann als Schutzprogramm speziell für die lokalen Wirtschaftsstrukturen der Lombardei und Venetien betrachtet werden, in denen eine große Dichte an kleinen Familienunternehmen vorherrscht. Des Weiteren fordert sie eine radikale Entbürokratisierung, auch sollen lokale Industrien „keine Einmischung staatlicher Behörden mehr zu erdulden haben“.

In der Finanzpolitik kritisiert die Lega das zentralistische Steuersystem Italiens mit seinen Umverteilungsmechanismen von den finanzstarken (nördlichen) Regionen zu den wirtschaftsschwachen (südlichen) Regionen. Konkret fordert die Lega, dass Steuern zukünftig ausschließlich auf regionaler Ebene erhoben werden sollen, was mit der Forderung einer Schwächung des überregionalen Finanzausgleiches einhergeht.

Die praktizierte Förderungspolitik zur Entwicklung strukturschwacher Regionen (insbesondere im Süden), die aufgrund der Umverteilung hauptsächlich mit norditalienischen Steuergeldern finanziert wird, wird scharf angegriffen, wobei Rom als Synonym für die italienische Zentralgewalt als *Roma ladrona* (italienisch für „diebisches Rom“) verunglimpft und als Institution, die die Gelder des reichen Nordens verprasst, dargestellt wird. Vor dem Hintergrund der Mani-pulite-Ermittlungen gegen korrupte Politiker und Wirtschaftsführer, die letztendlich zum Zusammenbruch des politischen System der ersten Italienischen Republik führten, sowie

der Steuererhöhungen der Mitte-links-Regierung Amato (Einführung einer Steuer auf Immobilienbesitz), gipfelte diese kritische Haltung 1996 in einem Aufruf der Lega Nord, in der die Partei ihre Anhänger gar zum Steuerprotest aufrief. Die Bürger wurden aufgefordert, lediglich kleine Geldbeträge, unabhängig von ihrer eigentlichen Steuerbelastung, an den Fiskus zu überweisen und keine festverzinslichen Staatsanleihen mehr zu zeichnen. Letztendlich endete der Aufruf zum Steuerprotest in einem Fehlschlag, da weder eine nennenswerte Zahl von Bürgern ihm folgte noch die Zeichnung von Staatsanleihen zurückging.

Steuerpolitisch tritt die Lega ferner für Steuersenkungen, insbesondere zugunsten von Familien sowie klein- und mittelständischen (Familien-)Unternehmen ein, wobei die Priorität von Unternehmensteuersenkungen in der politischen Rangfolge der Lega höher angesiedelt ist als eine Absenkung der Einkommensteuer.

Dementsprechend erklärte der damalige Arbeits- und Sozialminister Roberto Maroni in der vorhergehenden Debatte um das am 26. November 2004 vom italienischen Abgeordnetenhaus angenommene Steuersenkungspaket der Regierung Berlusconi, die Priorität der Steuersenkungen lieber auf eine Abschaffung der Unternehmenssteuer Irap, anstatt auf eine Senkung der Einkommenssteuer zu setzen.

Auch fordert die Lega ein Ende von staatlichen Finanzhilfen für angeschlagene und krisengeschüttelte italienische Traditions- und Großunternehmen wie es bei Fiat oder Alitalia geschehen ist.

Page 110

In Fragen der inneren Sicherheit tritt die Lega für ein hartes Durchgreifen der Sicherheitskräfte gegenüber Kriminalität, illegaler Einwanderung (insbesondere jene aus muslimischen und afrikanischen Ländern) und Terrorismus ein. Zudem tritt sie für ein Recht auf Selbstverteidigung bei Angriffen auf die eigene Person oder das eigene Eigentum ein. So waren es Politiker der Lega (allerdings auch der Alleanza Nazionale und von La Destra), die seit Mitte 2008 auf die gesetzliche Verankerung von so genannten „Bürgerwehren“ drängten: Unbewaffnete Bürger, die – um die Polizei von dieser Aufgabe zu entlasten – durch die Städte patrouillieren, um Kleinkriminelle, Straßenhändler und illegale Einwanderer aufzuspüren.

In der Einwanderungspolitik wendet sich die Lega Nord gegen weitere Zuwanderung nach Italien – insbesondere aus muslimischen und afrikanischen Ländern. Teile der Partei befürworten hingegen die Einwanderung aus europäischen Ländern mit „christlich-abendländischer Tradition“, um die sogenannte „christliche Identität“ Italiens und Europas zu schützen.

Eine multikulturelle Gesellschaft wird als „Bruch mit dem für den Menschen lebensnotwendigen Gleichgewicht“ ebenso abgelehnt, wie der Bau von Moscheen in Italien. Letzteres wird mit z. T. umstrittenen Aktionen begleitet. So trieben Anhänger der Lega Nord eine Herde Schweine – im Islam als „unrein“ angesehene Tiere – auf ein noch unbebautes Grundstück im norditalienischen Lodi nahe Mailand, um den dort geplanten Bau einer Moschee zu verhindern.

Obwohl die Lega Nord noch in ihrem Wahlprogramm zu den italienischen Parlamentswahlen 1994 die EU und den Vertrag von Maastricht grundsätzlich positiv bewertet hat, profiliert sie sich inzwischen als eine scharfe Kritikerin der Europäischen Union. So war sie die einzige Partei des Mitte-rechts-Bündnisses Casa delle Libertà, die zusammen mit der Partei der Kommunistischen Wiedergründung im italienischen Parlament gegen den europäischen Verfassungsvertrag gestimmt hat.

Dabei sieht sich die Lega in ihrem Selbstverständnis nicht als europafeindlich. Der bekannte Wahlspruch der Lega Più lontani da Roma, più vicini all'Europa („Je weiter weg von Rom, desto näher an Europa“) soll ihre positive Haltung gegenüber Europa und die ablehnende Haltung gegenüber dem italienischen Zentralismus verdeutlichen. Dabei werden jedoch nur die Regionen Norditaliens als „europafähig“ bezeichnet, der Süden wird vielmehr als Hindernis auf dem Weg zu Europa gesehen.

Die Kritik der Partei konzentriert sich hauptsächlich auf die Übertragung von Kompetenzen der Nationalstaaten auf die Europäische Union bzw. ihrer Institutionen, was als Bedrohung der norditalienischen Autonomiebestrebungen angesehen wird. Sie kritisiert das heutige politische System der EU als „Errichtung eines europäischen Superstaats“ und setzt diesem die Idee eines „Europas der Regionen“ entgegen. Zudem lehnt die Lega Nord einen EU-Beitritt der Türkei ab.

Berlusconi feiert Erfolg bei Bürgermeister-

Mitte-rechts-Block siegte in 16 der 22 größten am Urnengang beteiligten Städten - Renzi enttäuscht

Bei der Bürgermeister-Stichwahl am vergangenen Sonntag, zu der 4,3 Millionen italienischen Wahlberechtigte in 111 Gemeinden aufgerufen waren, hat die Mitte-Rechts-Allianz nach Jahren tiefer Krise unerwartet gut abgeschnitten. Der Block um die Forza Italia von Ex-Premier Silvio Berlusconi behauptete sich in 16 der größten am Urnengang beteiligten Städten, unter anderem in Genua, Verona, La Spezia und L'Aquila.

In Genua, einer traditionellen linken Hochburg, siegte laut endgültigen Ergebnissen der Mitte-Rechts-Bewerber Marco Bucci im Duell gegen Mitte-Links-Kandidaten Gianni Crivello. Die Hafenstadt war jahrelang von Bürgermeistern des Mitte-Links-Lagers regiert worden.

In Verona hatte der Mitte-Rechts-Kandidat Federico Sboarina die Nase vorn im Duell gegen die Senatorin Patrizia Bisinella, die an der Spitze der Bürgerliste "Fare" stand. Auch in Görz, L'Aquila und Catanzaro, der Hauptstadt Sardinien, gewann ein Mitte-Rechts-Kandidat.

In Parma schaffte der seit 2012 amtierende Bürgermeister Federico Pizzarotti, den die populistische Fünf Sterne-Bewegung vor einiger Zeit aus der Partei ausgeschlossen hatte, die Wiederwahl. Pizzarotti behauptete sich bei der Stichwahl gegen den Mitte-Links-Kandidaten Paolo Scarpa.

"Der Wind des Wandels weht. Die Mitte-rechts-Allianz siegt in Italien wieder", kommentierte der Fraktionschef der Forza Italia in der Abgeordnetenkammer Renato Brunetta. Die Berlusconi-Partei ging in mehreren Städten Allianzen mit der ausländerfeindlichen Lega Nord von Matteo Salvini ein.

Der Chef der Demokratischen Partei (PD), Ex-Premier Matteo Renzi, konnte seine Enttäuschung nicht verbergen. "Wir hätten besser abschneiden können", gab Renzi zu.

In der piemontesischen Stadt Asti verfehlte der einzige Kandidat der Fünf Sterne-Bewegung, der zu Stichwahlen zugelassen war, die Wahl zum Bürgermeister zugunsten eines Mitte-rechts-Kandidaten. Dies ist eine weitere Enttäuschung für die populistische Gruppierung des Starkomikers Beppe Grillo, die bereits beim ersten Wahldurchgang am 11. Juni schlecht abgeschnitten hatte. Insgesamt schafften es Kandidaten der europakritischen Fünf-Sterne-Bewegung in nur acht der 140 Gemeinden mit über 15.000 Einwohnern in den zweiten Wahlgang.

Die Wähler mussten dort, wo in der ersten Runde am 11. Juni keiner der Kandidaten eine absolute Mehrheit erreichte, zwischen den beiden bestplatzierten Bürgermeister-Kandidaten entscheiden. Die Wahlbeteiligung war besonders niedrig. Sie lag laut dem Innenministerium bei 46 Prozent, was als Rekordtief gilt.

Die Kommunalwahlen in 1.005 Gemeinden, zu denen 9,2 Millionen Italiener aufgerufen waren, galten als wichtiger Stimmungstest für die Parlamentswahlen, die spätestens im Frühjahr 2018 abgehalten werden.

Page 114

Die lange Durststrecke ist also zu Ende. Nach jahrelanger Krise spürt die Forza Italia, die Partei um Italiens Ex-Premier Silvio Berlusconi, wieder Rückenwind.

"Der Wind des Wandels weht. Die Mitte-rechts-Allianz siegt wieder in Italien", kommentierte der Fraktionschef der Forza Italia in der Abgeordnetenkammer Renato Brunetta. Nach Jahren tiefer Krise seit Berlusconis Austritt aus dem Parlament im Jahr 2013 ist die Forza Italia laut Umfragen wieder im Aufwind. Sie ging in mehreren Städten Allianzen mit der ausländerfeindlichen Lega Nord von Matteo Salvini ein. Jetzt hofft sie, bei den nächsten Parlamentswahlen spätestens im Frühjahr 2018 wieder an die Regierung zu gelangen. Mit Berlusconi an der Spitze hatte die Forza Italia die italienische Politik im Zeitraum 1994-2003 beherrscht. Berlusconi hatte zwischen 1994 und 2011 vier Mal als Regierungschef amtiert.

Mit Slogans gegen die Einwanderung, aber mit einer Europa-treuen Linie und der Forderung nach Steuersenkungen scheint die Mitte-rechts-Allianz um die Forza Italia wieder verstärkt die Gunst der Wählerschaft zu genießen. Obwohl die Kommunalwahlen, zu denen beim ersten Wahlgang am 11. Juni insgesamt 9,2 Millionen Italiener aufgerufen waren, einen stark lokalen Charakter haben, könne man aus den Wahlergebnissen Schlüsse auf nationale Trends ziehen, behaupten politische Beobachter. Obwohl immer noch kein wahrer Nachfolger des 80-jährigen Berlusconis an der Spitze der Forza Italia in Sicht ist, profitiert die Gruppierung von dem starken Imageverlust der Demokratischen Partei (PD) um Ex-Premier Matteo Renzi.

Auch aus der Allianz mit der Lega Nord, deren Chef Matteo Salvini sich zum neuen starken Mann der italienischen Rechten profilieren will, scheint das Berlusconi-Bündnis Nutzen zu ziehen. Die Lega Nord, die zwischenzeitlich in Umfragen auf vier Prozent Zustimmung gesunken war, kommt derzeit auf bis zu zwölf Prozent und will als moderne Rechtspartei nach Modell des Front National von Marine Le Pen in Frankreich immer mehr auch in Süditalien durchdringen. Sie verzichtet dabei auf ihre föderalistische Identität, auf die sie in den 80er-Jahren ihren politischen Erfolg aufgebaut hatte. .

Berlusconi kündigte vergangene Woche an, er wolle sich politisch wieder verstärkt aktiv engagieren, um die populistische Fünf-Sterne-Bewegung zu stoppen. Die Gruppierung des

Starkomikers Beppe Grillo sei regierungsunfähig und habe kein wahres politisches Programm, so Berlusconi. Sie sei für Italien "gefährlich". Die Grillo-Partei hatte bei den Kommunalwahlen enttäuschend abgeschnitten.

Berlusconi wartet jetzt auf eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg, wo er eine Aufhebung des Ämterverbots beantragt hat. Der Ex-Premier darf wegen der Verurteilung wegen Steuerbetrugs derzeit nicht für politische Ämter kandidieren. Der TV-Tycoon hofft auf ein Urteil aus Straßburg in den kommenden Monaten, damit er als Spitzenkandidat des Mitte-rechts-Blocks als Premierkandidat bei Parlamentswahlen ins Rennen gehen kann.

„Linke verliert wieder an Boden“

Interview Salvini

Herr Salvini, Sie haben den Wahlsieg von Syriza mit den folgenden Worten kommentiert: „Die griechische Wahl ist eine Ohrfeige für die europäische Sowjetunion des Euro, der Arbeitslosigkeit und der Banken.“ Glauben Sie, daß es nun zu einer grundlegenden Änderung der europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik kommen wird?

Matteo Salvini: Symbolisch betrachtet ist der Sieg von Syriza zweifelsohne wichtig. Aber ehrlich gesagt glaube ich dennoch nicht, daß der Wahlsieg von Syriza selbst ausreichend sein wird, um

Page 116

die Europäische Union zu veranlassen, ihre Entscheidungen grundlegend zu überdenken. Syriza wird nur dann bedeutende Ergebnisse erzielen können, wenn sie mit anderen Parteien und Bewegungen zusammenarbeitet, die in fast allen europäischen Ländern die Schlacht zur Veränderung dieses Europas organisieren.

Was würde es für die anderen EU-Ländern, also auch für Italien, bedeuten, wenn Tsipras – wie er in seinem Wahlkampf angekündigt hat – einen Teil der griechischen Schulden nicht zurückzahlt? Wäre das der Anfang vom Ende des Euro?

Salvini: In meinen Augen ist der Euro ein lebender Toter, ein gescheitertes Experiment. Jedenfalls fürchte ich, daß die EU, wenn Griechenland einen Teil seiner Schulden nicht zurückzahlt, versuchen wird, andere Mitgliedstaaten, einschließlich Italien, in die Pflicht zu nehmen. Das Ergebnis wären erneute drastische Kürzungen im Gesundheits- und Bildungswesen, beim öffentlichen Verkehr und in vielen anderen Bereichen.

Syriza ist eine linksgerichtete Partei und Spanien hat die linksgerichtete Podemos-Partei gute Chancen, die Parlamentswahl zu Jahresende zu gewinnen. Fürchten Sie den Aufwind für die Linke, zumal sich deren politisches Programm in vielen Bereichen – Beispiel:

Einwanderungspolitik – völlig entgegengesetzt von dem patriotischer Parteien wie der Lega Nord unterscheidet?

Salvini: In den vergangenen Jahren, mit Millionen Arbeitslosen und zu vielen Europäern, die nicht genug Geld haben, um Nahrungsmittel kaufen oder ihre Steuern und Rechnungen bezahlen zu können, scheint es offenkundig, daß es die Pflicht eines jeden in der Regierung sein sollte, zuerst seine eigenen Bürger zu schützen. Unglücklicherweise weigern sich manche Linke, diese Realität anzuerkennen und wollen nicht verstehen, daß unsere Länder – die relativ klein sind und sich bereits in einer Krise befinden – mit Sicherheit nicht die Ressourcen haben, alle Armen der Welt aufzunehmen.

Auf jeden Fall ist einer der Gründe des Erfolgs bestimmter Parteien auf der linken Seite, daß in manchen Ländern eine starke und glaubwürdige politische Zielperson fehlt, die den Bürgern eine stichhaltige Alternative anbieten kann. In vielen europäischen Ländern sind die Dinge im Wandel und ich bin überzeugt, daß die Linke in den kommenden Jahren eindeutig an Boden verlieren wird.

Im nördlichen Europa, z. B. in Österreich, sind EU-kritische Parteien traditionell patriotische, aber in Südeuropa vorwiegend linksgerichtete. Haben Sie dafür eine Erklärung? Hängt das damit zusammen, daß Länder wie Griechenland in der Vergangenheit starke kommunistische Parteien hatten?

Salvini: Das ist sicher einer der Gründe. Wo die Linke regiert hat jahrelang – sei es auf nationaler oder auf lokaler Ebene – hat sie ein engmaschiges Netz von Beziehungen und Interessen mit einem bestimmten Teil der Bevölkerung geknüpft. Dieses Netz wird oft dazu genutzt, um zu versuchen, jene Parteien und Bewegungen zu isolieren, die ihrerseits der Träger einer wirklichen Veränderung sein wollen und die alte Ideologien ablehnen, die sich als gescheitert erwiesen haben.

Gerade in südeuropäischen Ländern ist die Ablehnung der Sparpolitik weitverbreitet. Was werden Sie in Italien tun, damit davon die Lega Nord profitiert und nicht linke Parteien? Salvini: Die Lega beschäftigt sich damit, konkrete Antworten auf die wahren Probleme unserer Bürger zu geben: Arbeitslosigkeit, dem Fehlen von Sicherheit, zu niedrigen Pensionen und den deutlich erhöhten finanziellen Druck. Während die Parteien auf der linken Seite immer nur darüber reden, Verbesserungen in Betracht zu ziehen, sich dann aber darauf beschränken, die Interessen jener Mächte zu vertreten, die sie unterstützen, steht die Lega an der Seite der ehrlichen Bürger, die die Verhältnisse unserem Land sowie in Europa verbessern und freier machen wollen.

Wie groß ist die Möglichkeit, daß in Italien eine Syriza ähnliche Partei entsteht?

Salvini: Für mich ist schwer vorstellbar, daß in Italien eine Partei dieses Typs entstehen könnte: Auf der Linken werden alle Bereiche vom Partito Democratico von Ministerpräsident Renzi besetzt, die sich darüber hinaus als absolut unfähig erweist, Italien gut zu regieren. Die einzig wahre Alternative zu einer gefährlichen und unfähigen Linken ist heute die Lega Nord.

In Griechenland bildet die rechtsgerichtete Partei der „Unabhängigen Griechen“ eine Koalition mit Syriza, weil beide Parteien die Sparmaßnahmen, die von der sogenannten Troika angeordnet wurden, ablehnen. Wie sehen Sie diese Koalition? Würde die Lega Nord auch eine Koalition mit einer linksgerichteten Partei eingehen, um das EU-Establishment zu bekämpfen?

Salvini: Ich glaube an den Dialog und nicht für eine Konfrontation, mit wem auch immer, bereit. Klar ist, daß jede Koalition auf klaren Zielen und genauen Übereinkünften aufbauen muß. Wenn sich eine Partei der linken Seite z. B. entscheidet, unseren Kampf für die Bürger zu unterstützen, würden wir ihre Unterstützung natürlich akzeptieren. Trotzdem erscheint mir eine Koalition wirklich unwahrscheinlich, nicht zuletzt deshalb, weil die italienische Linke bei vielen grundlegenden Themen – von der Einwanderung bis hin zum Euro – Positionen unterstützt, die für uns vollkommen unannehmbar sind.

“Ich zögere nicht, von Invasion zu sprechen”

Matteo Salvini

Herr Salvini, der Internationalen Organisation für Migration zufolge haben 2016 mehr als 100.000 Einwanderer per Boot Italien erreicht. Was bedeutet diese große Zahl für Italien?

Matteo Salvini: Die Zahlen sprechen für sich selbst. Es ist klar, dass wegen dieser unglaublichen Einwanderung, eine Welle, die ein echter Tsunami geworden ist, unsere Sozial- und Strafverfolgungsbehörden unter einem Druck stehen, unter dem sie vielleicht zusammenbrechen werden. In einem Land, das von einer der höchsten Arbeitslosenraten in der EU betroffen ist, sind die Chancen, dass diese Masse von nicht ausgebildeten, ungebildeten Menschen eine echte Arbeit finden, gleich null. Sie hängen völlig von staatlichen Hilfen ab, die die bereits angespannten finanziellen Mittel des italienischen Sozialstaates aufzehren. Außerdem gehen viele von ihnen einer Vielzahl von kriminellen Aktivitäten nach, wobei sich der Bogen von Drogenhandel über Waffenschmuggel bis hin zu terroristischen Handlungen spannt.

Dann stieg also in Italien die Kriminalität wegen der Massenzuwanderung?

Salvini: Absolut! Fast ein Drittel der Gefängnisinsassen in Italien sind weder Italiener noch EU-Bürger, die Kriminalitätsrate unter Einwanderern ist viel höher als unter Italienern. Oft haben illegale Einwanderer keine Dokumente und wechseln oft zwischen verschiedenen – aber genauso falschen – Identitäten, was die Ermittlungen gegen sie extrem erschwert.

Die meisten Einwanderer sind keine politisch Verfolgten im Sinne der Genfer Konvention, sondern Wirtschaftsflüchtlinge. Was sollte getan werden, damit nur mehr politisch Verfolgte nach Europa kommen können?

Salvini: Europäische Regierungen sollten die Voraussetzungen schaffen, damit in ihren Botschaften in afrikanischen Ländern Asylanträge an Ort und Stelle geprüft werden können. Auch wäre es eine Möglichkeit, in Nordafrika eigene Einrichtungen zu schaffen, wo Leute ihren Asylantrag stellen und bis zur Entscheidung darüber bleiben können, ohne dass sie im Meer ihr Leben riskieren. Langfristig liegt die einzige Lösung jedenfalls in einer Hilfe zur Stabilisierung und Entwicklung der afrikanischen Länder. Das bedeutet u. a., dass der Islamische Staat, der Teile Afrikas in einen weltweiten Stützpunkt des internationalen islamistischen Terrors umwandelt, so rasch wie möglich zerstört wird. Das muss rasch geschehen, weil vertriebene Afrikaner in Europa weder uns noch ihnen nützen. Und offenkundig hat Europa weder den Platz noch die Mittel, um eine Milliarde armer Afrikaner unterzubringen und zu ernähren. Es geht

nicht um Egoismus: Es ist eine Tatsache, dass die Mittel begrenzt sind und die Masseneinwanderung das soziale und wirtschaftliche Gleichgewicht in den betroffenen Ländern, insbesondere in Italien, aus dem Lot bringt.

Page 120

Wie sehen Sie den EUNAVFOR-Med-Einsatz der EU im zentralen Mittelmeer? Provokant gesprochen scheint dieser EU-Einsatz nicht anderes als staatlich unterstützte Schlepperei zu sein.

Salvini: An dieser Wahrheit ist nichts provokativ. Die EU fördert den Menschenschmuggel, der dem organisierten Verbrechen und dem internationalen Terrorismus Geld und frische Humanressourcen bringt. Es sieht wie eine verrückte Selbstmordstrategie aus, aber tatsächlich ist es ein Weg für Leute, die aus dieser Masseneinwanderung ein Geschäft machen, schnelles Geld zu verdienen.

Es stellt sich die Grundsatzfrage, ob in der EU überhaupt ein politischer Wille zur Bekämpfung der illegalen Masseneinwanderung besteht.

Salvini: Nur Oppositionsparteien wie die FPÖ und die Lega Nord erheben in den europäischen Institutionen ihre Stimme und fordern eine rasche und vernünftige Antwort auf diese dramatische Lage. Sowohl die Kommission als auch die Mainstream-Fraktionen singen weiterhin das gleiche alte, scheinheilige Lied über den Multikulturalismus und die Idee, Grenzen zu überwinden. Gleichzeitig beweisen die feigen, von islamischen Fanatikern in Frankreich und Belgien verübten Anschläge, wie verrückt dieser Denkansatz ist. Aber nach diesen tragischen Ereignissen hat sich in der EU-Einwanderungspolitik nichts verändert. Wie Sie sagten, es das Problem ist der fehlende politische Wille.

Wenn die Masseneinwanderung aus Afrika und dem Nahen Osten nicht gestoppt oder dramatisch reduziert wird: Wie wird sich Europa in den nächsten zwei, drei Jahrzehnten verändern?

Salvini: Ich zögere nicht, das als Invasion und, langfristig gesehen, als Austausch der Europäer zu bezeichnen. Unsere Länder wurden von unseren Vorfahren unter außerordentlichen Anstrengungen und Opfern aufgebaut, aber das Wohlstands- und Freiheitsniveau, das wir erreicht haben, darf nicht als selbstverständlich gelten. Extremisten, die Unschuldige köpfen, Kinder für Selbstmordanschläge ausbilden und Frauen wie Sachen behandeln, haben sich bereits unter uns versteckt und bewiesen, dass sie in der Lage sind, die Symbole unserer Länder und unserer Freiheit anzugreifen und hunderte Unschuldige zu töten. Die europäischen Länder, wie wir sie kennen, könnten bald aus der Weltgeschichte verschwinden, wenn die Masseneinwanderung nicht begrenzt wird. Jedenfalls haben die Menschen in Italien, in Österreich, in Frankreich die Situation satt, und die kommenden Wahlen werden nur Parteien wie der FPÖ und der Lega, für ein Ende der Invasion arbeiten, Erfolge bringen.

Ein anderes Problem ist die Lage in Libyen. Unter Gaddafi wurden illegale Einwanderer an der

Überquerung des Mittelmeers gehindert. Zahlt Europa einen hohen Preis für die Unterstützung der USA beim Sturz Gaddafis?

Salvini: Ich würde Gaddafi bestimmt nicht als den bestmöglichen Führer eines demokratischen Staates bezeichnen. Aber als er regierte, lebten die Libyer in Frieden. Gaddafi zu stürzen, das Land ins Chaos zu stürzen, ohne einen funktionierenden Staat, der in der Lage ist, die islamistischen Gruppen zu bekämpfen, die weite Teile des Landes unter ihre Kontrolle brachten, war natürlich nicht klug. Nun bezahlt Europa, vor allem anderer, den Preis für den Fehler, den jemand anders gemacht hat.

Um die Masseneinwanderung zu beenden, wäre eine Stabilisierung Libyens wesentlich. Wäre ein Militäreinsatz in Libyen, zumindest in den Küstengebieten, sinnvoll, oder wäre die Gefahr, ins libysche Chaos hineingezogen werden, zu groß?

Salvini: Ein Marineeinsatz, um die Boote aufzuhalten, die voll mit Einwanderern sind, ist dringend und notwendig – sowohl im Interesse unserer Länder als auch um zu verhindern, dass noch mehr ertrinken. Die Entsendung von Bodentruppen ist etwas anderes: Aber wenn es zur Stabilisierung Libyens eine internationale Koalition mit einem starken Mandat und einen ernsthaften plan gibt, würde diese Annahme nicht ausschließen.

Wie es scheint sind viele afrikanische Länder froh darüber, dass ihre Bürger nach Europa gehen wollen. Wie können die afrikanischen Heimatländer der Einwanderer dazu gebracht werden, mit der EU bei der Bekämpfung der illegalen Einwanderung zusammenzuarbeiten?

Page 122

Salvini: Afrikanische Länder sehen in der Massenmigration eine Art Entlastungsventil, um Leute loszuwerden, die von der eigenen Regierung als Last betrachtet werden. Afrikanische Länder müssen in die soziale und kulturelle Entwicklung ihrer Bürger investieren, statt sie nach Europa, das als Eldorado gehen wird, zu schicken. Die EU könnte eine Schlüsselrolle einnehmen, um diese Staaten stärker in die Pflicht zu nehmen. Künftig ist jede Wirtschaftshilfe unauflöslich mit zuverlässigen und nachvollziehbaren Anstrengungen dieser Länder bei der Verhinderung der Masseneinwanderung zu verbinden. Allerdings ist es eine Tatsache, dass die EU genau das Gegenteil von dem macht!

„Aktivitäten der NGOs genau durchleuchten“

Interview Salvini

Herr Salvini, seit Jahresbeginn wurden mehr als 50.000 sogenannte Bootsflüchtlinge „gerettet“, viele mit Hilfe von NGOs. Wie sehen Sie die Tätigkeit dieser NGOs?

Matteo Salvini: Aufgrund unbestreitbarer Tatsachen über diese NGOs sehe ich das sehr negativ. In Sizilien hat der Staatsanwalt von Catania die Verbindungen zwischen manchen NGOs und

dem organisierten Verbrechen offen verurteilt. In der Tat ist es oftmals schwierig, die Tätigkeit dieser NGOs von der Tätigkeit von Schleusern, die für die illegale Einwanderung Geld verlangen, auseinanderzuhalten.

Nach Angaben des Innenministeriums rechnet Italien in diesem Jahr mit rund 200.000 sogenannten Flüchtlingen. Wie kann Italien diesen Ansturm bewältigen?

Salvini: Kurz und bündig gesagt: Wir können es nicht. Kein Staat kann eine Einwanderungswelle solchen Ausmaßes bewältigen. Es ist wichtig hervorzuheben, dass weniger als zehn Prozent der Asylanträge positiv beschieden werden, und die Verfahren dauern oft etliche Monate. Das bedeutet, dass fast 90 Prozent dieser sogenannten Flüchtlinge einfach Wirtschaftsmigranten sind, die nach internationalem Recht kein Recht haben, Italien zu betreten und hier oder anderswo in Europa sich ansiedeln.

Wenn illegale Einwanderer einmal italienischen Boden betreten haben, ist es unwahrscheinlich, dass sie, wenn ihre Asylanträge abgelehnt werden, abgeschoben werden. Wäre es nicht besser, zu verhindern, dass sie überhaupt italienischen Boden betreten können und was sollte diesbezüglich unternommen werden?

Salvini: Natürlich wäre es besser. Es wäre die einzige rationale Wahl, wenn wir in Italien eine Regierung hätten, die ernsthaft daran interessiert ist, das Land und sein Volk zu verteidigen. Allerdings ist die illegale Einwanderung ein riesiges Geschäft, und viele Leute machen Geld daraus: Diese Regierung hat weder den politischen Willen noch die Kraft die Grenzen zu schließen, um das Land vor illegalen Einwanderern zu schützen und indirekt auch Europa vor dieser beispiellosen Einwanderungswelle.

Im Mittelmeer gibt es bereits die Operation Sophia der EU, die aber nicht sehr erfolgreich zu sein scheint. Was sind die Gründe dafür?

Salvini: Wie in Italien ist auch in der EU das Fehlen des politischen Willens das Problem. Wegen des G7-Gipfels in Taormina wurden die italienischen Grenzen geschlossen und keinen Einwanderern für einige Tage, bis zum Ende des Gipfeltreffens, erlaubt, nach Italien zu kommen. Das beweist, dass die EU, wenn sie ihre Grenzen schützen will, dazu auch in der Lage ist. Aber die Operation Sophia ist nicht effektiv, weil die EU die illegale Einwanderung einfach nicht stoppen will.

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán wurde scharf kritisiert, weil er die Schengen-Außengrenze schützte. Aber wäre Orbán nicht ein Vorbild in Sachen Grenzschutz?

Salvini: Ich glaube, dass es Orbán für richtig, für seine Pflicht hält, die Rechte und Interessen des ungarischen Volkes zu schützen und nicht dem Diktat von Herrn Juncker oder Frau Merkel zu folgen. Ich denke, dass Viktor Orbán für sein Land gute Arbeit leistet und sicherlich als Vorbild für den Kampf gegen die illegale Einwanderung angesehen werden kann.

müssten die Mitarbeiter bestimmter NGOs vor Gericht gestellt werden. Glauben Sie, dass das geschehen wird oder sind manche NGOs bereits zu einflussreich?

Salvini: Ich vermute, dass manche NGOs zu viel Geld und zu viele Verbindungen und Absicherungen zu einflussreichen Kreisen haben, weshalb ich nicht zu optimistisch bin. Allerdings habe ich die Bemühungen von Herrn Zuccaro sehr geschätzt, diese unannehmbare Situation anzuprangern und zu versuchen, die Verantwortlichen zu verfolgen. Ich hoffe sehr, er wird in der Lage sein, die Aktivitäten dieser NGOs gründlich zu durchleuchten.

Vor allem auf EU-Ebene werden NGOs auf Kosten der Mitgliedstaaten immer wichtiger. Wie sehen Sie diese Entwicklung? Gefährdet diese Entwicklung die Demokratie?

Salvini: Oft ist nicht klar, wo diese NGOs so viel Geld finden können, dass sie es sich leisten können, Schiffe zu kaufen und über Monate zu betreiben. Wenn sich unter den Financiers dieser NGOs Leute wie Herr Soros befinden, die sicher nicht wie Unterstützer der Demokratie und der Rechte der europäischen Völker aussehen, dann ist besonders deutlich, dass die Tätigkeiten dieser NGOs eine Gefahr für die Demokratie sind und unter Beobachtung gestellt werden sollten.

Italien wird Flüchtlingszentren im Tschad und Niger finanzieren. Ist das ein Weg zur Lösung der sogenannten Migrationskrise?

Salvini: Es kann helfen, aber nur in Kombination mit einer echten Schließung der Grenzen und der Abschiebung jener Leute, die Italien illegal betreten haben und denen die Voraussetzungen für die Gewährung von Asyl fehlen. Geschieht das aber nicht, dann wird die Finanzierung von Flüchtlingszentren nicht helfen können, die illegale Einwanderung zu stoppen. Leute, denen die Voraussetzungen für die Asylgewährung fehlen, werden weiterhin versuchen, illegal nach Europa zu gelangen, wenn sie wissen, dass keine wirkungsvollen Gegenmaßnahmen umgesetzt werden.

Spätestens im Frühjahr 2018 finden in Italien Parlamentswahlen statt. Wie sind Ihre Erwartungen?

Salvini: Ich erwarte, dass wir bei den nächsten Parlamentswahlen ein großartiges Ergebnis machen werden, egal, welches Wahlrecht gelten wird. Die Menschen haben diese Regierung, die nichts als Einwanderung, einen Mangel an Arbeitsplätzen, einen Mangel an Sicherheit anbietet, satt. Unsere Zeit kommt!

„Von Anfang a schlecht gehandhabt“

Lorenzo Fontana (Lega Nord)

Herr Fontana, wegen der sogenannten Flüchtlingskrise und der Überlegungen Österreichs, am Brenner wieder Grenzkontrollen einzuführen, gibt es zwischen Rom und Wien immer mehr Spannungen. Wird die Flüchtlingskrise zu einem Spaltpilz für Europa?

Lorenzo Fontana: Die Flüchtlingskrise zeigt die Widersprüche der EU: Brüssel wäre gerne für Solidarität, aber in Wirklichkeit gibt es eine starke Teilung. Wir sind erstaunt, weil wir sehen, dass jene, die sehr proeuropäisch denken wie Herr Macron, die Grenzen schließen und, wie in Ventimiglia, die Einwanderer zurückschicken und den Hafen schließen möchten.

Am 19. Juli hatte ich das Vergnügen, mich in Bozen mit meinem Kollegen Harald Vilimsky zu treffen. Wir stellten eine gemeinsame Strategie für die Bekämpfung der illegalen Einwanderung und eine mögliche Lösung der Libyen-Krise vor. Dieser Plan sieht die gemeinsame Nutzung der italienischen und österreichischen Polizei und Armee in einem gemeinsamen Projekt vor, um Menschenhandel zu stoppen, die Küsten zu schützen, unrechtmäßige Abfahrten zu stoppen und mit dem Friedensprozess in Libyen beginnen. Wären Lega Nord und FPÖ in der Regierung,

würde Italien und Österreich bei gemeinsamen Zielen zusammenarbeiten.

Bitte berichten Sie uns etwas über die Lage in Italien: Kann das Ausmaß der illegalen Masseneinwanderung bewältigt werden?

Page 126

Fontana: Zuerst ist es wichtig, sich auf die Zahlen zu konzentrieren: Letztes Jahr kamen mehr als 181.000 Einwanderer in Italien an. Heuer ist im ersten Halbjahr die Zahl im Vergleich zu 2016 um 18 Prozent gestiegen, was bedeutet, dass heuer mehr als 220.000 Einwanderer die italienischen Küsten erreichen werden. Jeden Tag kommen tausende Leute an, die meisten von ihnen sind unbegleitete Minderjährige. Es gibt nur etwas mehr als 7.000 Abschiebverfahren – bei einer Prognose von insgesamt 40.000 heuer, nur 13 Prozent der illegalen Personen werden repatriert.

Die Lage wird dauernd schlimmer, weil die gegenwärtige italienische Regierung nicht entschieden genug für eine europäische Lösung ausspricht und Italien das einzige Land ist, das für die Lösung dieser Situation zuständig ist. Die Demokratische Partei hat beschlossen, jeden willkommen zu heißen, was für die Steuerzahler bedeutet, jedes Jahr fünf Milliarden Euro zu zahlen. Da niemals eine europäische Hilfe beschlossen wurde, sollten wir von uns aus handeln und wir müssen nun das Richtige tun: Die illegale Einwanderung bekämpfen, und, wenn die FPÖ in der Regierung ist, ein bilaterales Abkommen erreichen, das eine starke gemeinsame Aktion zwischen Österreich und Italien wäre und mit Sicherheit die EU aufwecken würde.

Wie es scheint ist die EU gescheitert, die unkontrollierte Masseneinwanderung nach Europa zu stoppen und ein Verbot, Schlauchboote nach Libyen zu verkaufen, wird das Problem wohl nicht lösen. Was sind die Gründe für das Scheitern der EU? Fehlt der politische Wille?

Fontana: Grundsätzlich gibt es zwei Hauptfaktoren: Einerseits ist die EU in wichtigen Politikbereichen wie der Einwanderung gespalten. Andererseits ist die italienische Regierung unfähig, ihren Standpunkt durchzusetzen. Ich meine, einerseits gibt es eine EU, die auf Globalismus und Einwanderung aufbaut, wo multinationale Konzerne Billig Arbeitskräfte brauchen. Andererseits hat die Regierung in Rom bis jetzt auf eine Zusammenarbeit mit der EU gewartet und war nicht so mutig, selbst das Heft in die Hand zu nehmen um das nationale Interesse zu sichern.

Wie sehen Sie den Verhaltenskodex für NGOs? Ist das ein sinnvolles Mittel im Kampf gegen die illegale Masseneinwanderung von Libyen nach Italien?

Fontana: Die Situation wurde von Anfang an sehr schlecht gehandhabt. Viele Monate lang haben wir – auch in offiziellen Dokumenten des EU-Parlaments – angeprangert, dass bestimmte NGOs auf fragwürdige Weise handeln und wir wurden dafür kritisiert. Nun ist die italienische Regierung draufgekommen, dass manche ausländische NGOs ein Problem darstellen. Es war falsch, so vielen Einwanderern zu erlauben, in Italien anzukommen, denn das hat für Italien Chaos bedeutet. Die Folgen dieser Wahl, die auf dem völligen Willkommenheißen von Einwanderern beruht, wurden unterschätzt und nun zeigt sich leider das schädliche Potenzial.

Für die Beendigung der Masseneinwanderung ist die Lage in Libyen entscheidend, das seit dem Ende von Gaddafis Herrschaft ein „gescheitertes Staat“ ist. Was könnte und sollte zur Stabilisierung unternommen werden, vor allem zum Schutz der libyschen Küste und zum Stopp des Menschen Schmuggels?

Fontana: Am 25. Juli gab es in Paris einen Gipfel zwischen Sarradsch und Haftar, die die beiden verschiedenen libyschen Regierungen repräsentieren. Eigentlich hätte Italien eine Schlüsselrolle spielen sollen, aber stattdessen war Macron da. Es ist paradox: Frankreich drängte auf einen Militäreinsatz in Libyen, es trägt die Hauptverantwortung für die Destabilisierung dieses Landes und nun versucht es, eine Schlüsselrolle im Friedensprozess zu spielen. Die italienische Regierung wartet nur ab und sieht als Zaungast zu.

Historisch betrachtet hatte die Italien enge Beziehungen zu Libyen und ist nun jenes Land, dass am stärksten dem Einwanderungsdruck ausgesetzt ist. Ein weiteres Paradoxon ist, dass die „Pro-Europäer“ Einzelinitiativen haben wollen, während die sogenannten Populisten und Euroskeptiker in Bezug auf Libyen eine gemeinsame EU-Aktion umsetzen, Polizeieinheiten und Armeen einsetzen wollen. Wer sind denn nun jetzt die Pro-Europäer?

Wir wissen nicht, wie sich die Dinge in Libyen in den kommenden Monaten oder ein, zwei Jahren entwickeln werden. Ist für Sie ein Militäreinsatz in Libyen eine Option?

Fontana: Wir finden, dass zwei Dinge notwendig sind: Eine Seeblockade ist unabdingbar, um weitere Abfahrten zu verhindern, und es müssen Flüchtlingslager in Afrika geschaffen werden.

Page 128

Wir schlagen auch die Schaffung ein paar „humanitären Korridoren“ vor für jene, die tatsächlich vor einem Konflikt flüchten, mit sicheren Transportwegen, mit Willkommensmodellen, die bereits getestet wurden sowie mit einer Solidarität, die von Strukturen gewährt wird, die Flüchtlinge willkommen heißen mögen.

In Italien wurde dieses Modell erfolgreich von der St.-Egidio-Gemeinde getestet, und es war sehr effizient, nachhaltig und steht nur für Menschen in Not offen. Es kann keine Auswirkungen auf das Budget der Regierung und auch keine Folgen betreffend die öffentliche Sicherheit.

Spätestens im Frühjahr 2018 finden in Italien Parlamentswahlen statt. Wie stark wird die Einwanderungsproblematik den Ausgang dieser Wahl bestimmen?

Fontana: Die Einwanderung wurde zu einem fundamentalen Thema, es wurde niemals von der Mitte-Links-Regierung angegangen, aber es ist das einzige Thema, das den Ausgang der nächsten Wahl bestimmen wird. Sicherlich hat die Handhabung der Einwanderung klar gezeigt, dass die Politik sowohl der gegenwärtigen Regierung als auch der EU nicht ausreichen. Die italienische Regierung war unfähig, an das nationale Interesse zu denken, und die EU hat gezeigt, dass sie von einem riesigen Problem eines Mitgliedstaates weit weg ist. Wir sind die Alternative, wir können auf unser Programm zählen, das auf mutigen und radikalen Reformen aufbaut. In jedem Bereich sind politische Bewegungen wie die Lega Nord oder die FPÖ die letzte Hoffnung für Länder, denen von den falschen Entscheidungen linker Parteien oder europäischer „großer Koalitionen“ ernsthafter Schaden zugefügt wird.

Großbritannien

United Kingdom Independence Party (UKIP)

Los von Brüssel

Die „UKIP“ tritt wie keine andere europäische Rechtspartei vehement für einen Austritt aus der EU ein

Die „UK Independence Party“, kurz „UKIP“ genannt, zu deutsch „Partei für die Unabhängigkeit des Vereinigten Königreichs“ ist eine EU-skeptische und rechtspopulistische, gelegentlich auch als radikalliberal bezeichnete britische Partei, deren Hauptziel der Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union ist – Stichwort „Brexit“. Parteichef der UKIP ist Nigel Farage (MdEP), der im November 2010 das Amt von Malcolm Pearson übernahm, nachdem er es nur ein Jahr zuvor selbst an diesen abgegeben hatte. Die Partei ist in zwölf regionale Unterorganisationen gegliedert.

1994 trat die UKIP erstmals zur Europawahl an und bekam ein Prozent der Stimmen. Bei der Europawahl 1999 wurde im Vereinigten Königreich erstmals das Verhältniswahlrecht in zwölf Wahlregionen angewandt. Die UKIP erreichte 7,0 % der Wählerstimmen und konnte damit drei Mandate erreichen. Gewählt wurden Nigel Farage (South East England), Jeffrey Titford (East of England) und Michael Holmes (South West England). Sie schlossen sich der Fraktion für das Europa der Demokratien und der Unterschiede an.

Bei der Europawahl im Juni 2004 erzielte die UKIP 16,8 % der Wählerstimmen und zwölf Sitze im Europäischen Parlament. Nach dem Ausschluss von Ashley Mote (MdEP, fraktionslos) aus der Partei schlossen sich die elf verbliebenen UKIP-Mitglieder der europakritischen Fraktion Unabhängigkeit und Demokratie (Ind/DEM) an. Später verließ das Zugpferd der Europawahlkampagne, der bekannte Fernsehtalkmaster Robert Kilroy-Silk, der in den 1980er Jahren für die Labour Party im Unterhaus gesessen hatte, die UKIP und gründete die Partei Veritas.

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Vereinigten Königreich 2009 wurde die UKIP mit 16,5 % die zweitstärkste Partei. Die 13 gewählten Mitglieder des Europäischen Parlaments saßen in der neu gegründeten Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie, mit Ausnahme von Trevor Colman. Die Abgeordneten Nikki Sinclair („We-Demand-a-Referendum“-Partei), Mike Nattrass („An Independence Party“), Godfrey Bloom, Marta Andreasen und David Campbell Bannerman (Konservative) verließen während der Legislaturperiode die Partei und Fraktion. Der für die Konservativen gewählte Roger Helmer trat dagegen zur UKIP und EFD über. Im Herbst 2010 gründete der UKIP-Europaabgeordnete Godfrey Bloom mit Abgeordneten der österreichischen FPÖ und weiteren Parteien aus sechs Ländern die Europäische Allianz für Freiheit (EAF). Die Gründung der EAF war innerparteilich umstritten und Bloom trat schließlich 2014 aus der UKIP aus.

Und bei der jüngsten Wahl zum EU-Parlament im Vereinigten Königreich 2014 erreichte die UKIP 28 % und wurde mit 24 Sitzen stärkste britische Partei.

Bei den Unterhauswahlen am 5. Mai 2005 erreichte die UKIP rund 2,3 % der Stimmen und konnte in keinem der 646 Wahlkreise einen Sieg für sich verbuchen. Auch bei den Unterhauswahlen 2010 errang die UKIP keinen Sitz im Unterhaus, konnte aber den Stimmenanteil auf 3,1 % erhöhen. Bei Regionalwahlen im Mai 2013 in England und Wales konnte die UKIP 147 (6,2 %) der insgesamt 2362 zur Wahl stehenden Gemeinderatssitze (nicht

Page 133

in allen Kommunen wurde gewählt) in England gewinnen, was einem Zugewinn von 5,9 Prozentpunkten entsprach.

Die UKIP hat derzeit drei Mitglieder im House of Lords. Am 9. Oktober 2014 gewann der UKIP-Kandidat Douglas Carswell die Nachwahl im südenglischen Wahlkreis Clacton mit 12.404 Stimmen Mehrheit. Er gewann knapp 60 % der Stimmen, während der nächstplatzierte Kandidat der Konservativen nur auf 25 % kam. Carswell war damit der erste direkt ins Unterhaus gewählte Abgeordnete der UKIP. Er war zuvor gewählter Abgeordneter der Konservativen Partei für diesen Wahlkreis gewesen, hatte aber dann seinen Wechsel zur UKIP bekanntgegeben und sein Abgeordnetenmandat niedergelegt, weswegen die Nachwahl notwendig wurde. In der Nachwahl trat er als UKIP-Kandidat an. Eine zweite Nachwahl im nordenglischen Wahlkreis Heywood and Middleton, einem seit 1983 immer sicher von Labour gewonnenen Wahlkreis, wurde am selben Tag nur sehr knapp von der Kandidatin der Labour Party mit 617 Stimmen Vorsprung gegenüber dem UKIP-Kandidaten gewonnen. UKIP-Parteichef Farage äußerte nach dem Erfolg die Erwartung, dass noch weitere gewählte Unterhausabgeordnete zur UKIP überlaufen könnten.

Am 20. November 2014 gewann der UKIP-Kandidat Mark Reckless in einer Nachwahl den Wahlkreis Rochester in Kent mit 16.867 Stimmen (42,1 %), gegenüber der zweitplatzierten Mitbewerberin Kelly Tolhurst von der Konservativen Partei, die 13.947 Stimmen auf sich vereinte. Auch Reckless war von den Konservativen zur UKIP gewechselt und hatte anschließend sein Parlamentsmandat zurückgegeben, um sich in der Nachwahl erneut den Wählern zu stellen. Bei der letzten Unterhauswahl 2010 hatten die Konservativen den Wahlkreis noch mit 9.000 Stimmen Vorsprung gewonnen.

Bei den Unterhauswahlen am 7. Mai 2015 konnte die UKIP 12,6 % der Stimmen erreichen. Wegen des Mehrheitswahlrechts gewann die UKIP mit Carswell in Clacton nur ein Mandat. Da Parteichef Farage in seinem Wahlkreis South Thanet nicht gewählt wurde, trat er, wie angekündigt, am Wahlabend vom Parteivorsitz zurück. Vier Tage später erklärte Farage jedoch, dass sein Rücktritt von der UKIP-Parteivorstand abgelehnt worden sei und er sich daher überlegt habe, die Partei weiter zu leiten. Damit zeigten sich einige UKIP-Parteifunktionäre nicht einverstanden, die Farage eine Auszeit empfahlen.

Neben dem Austritt aus der Europäischen Union, der bis zu 120 Milliarden Britische Pfund sparen solle, setzt sich die Partei für verschiedene weitere Ziele ein, darunter etwa die Einführung verbindlicher Referenden (Volksentscheide), oder eine Reform des britischen Wahlrechts, bei der die UKIP das 'Alternative-Vote-Plus'-Verfahren bevorzugt, d. h. ein

Wahlrecht, bei dem ein Teil der Kandidaten in Wahlkreisen nach einem Rangfolgewahlrecht gewählt wird, ein anderer Teil über Partei-Regionallisten, so dass sich insgesamt eine proportionale Repräsentation der Parteien ergibt. Wesentlich auch die Forderungen nach einem Stopp der „unkontrollierten Einwanderung nach Großbritannien“, nach der drastischen Verschärfung des Strafrechts, sowie die Ablehnung von „Multikulturalismus“ und Förderung einer einheitlichen britischen Kultur.

„Danke, Großbritannien“

Nur die patriotischen Bewegungen Europas sehen „Brexit“ als Chance und verlangen echte Konsequenzen

Die Europäische Union und ihr Establishment reiben sich nach dem Brexit-Votum der Briten verwundert die Augen, aber inmitten der schockierten und fassungslosen Reaktionen gab es auch positive Reaktionen. „Sieg der Freiheit“, sagte etwa in Frankreich die Parteichefin des Front National, Marine Le Pen, der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders twitterte ein „Hurra auf die Briten“ und die FPÖ forderte den Rücktritt von EU-Spitzen.

Rechte und patriotische Parteien quer in Europa feiern das Nein der Briten zur EU - und viele fordern Volksabstimmungen über einen Verbleib in der Europäischen Union auch in ihren Ländern. „Jetzt sind wir an der Reihe! Zeit für ein niederländisches Referendum“, verlangt Wilders und hofft schon auf einen „Nexit“, einen Austritt der Niederlande aus der EU.

„Danke Großbritannien, jetzt sind wir an der Reihe“, verkündet unisono Matteo Salvini, der Vorsitzende von Italiens Lega Nord. Und Front-National-Chefin Le Pen erklärt: „Wie ich es seit Jahren fordere, brauchen wir jetzt ein gleiches Referendum in Frankreich und anderen EU-

Ländern“

Die Alternative für Deutschland (AfD) sieht das Brexit-Votum zwar als „Watsche“ für die Europäische Union - Forderungen nach einer ähnlichen Volksentscheidung in Deutschland gibt es in den Reihen der Partei aber nur vereinzelt. „Ich weiß, auch das deutsche Volk will mehrheitlich raus aus der EU-Sklaverei“, erklärt etwa die Vorsitzende der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag, Björn Höcke. In ihrem Grundsatzprogramm fordert die AfD eine Volksabstimmung über den Euro, nicht aber über einen EU-Austritt.

Die FPÖ fordert indes den Rückzug von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und EU-Parlamentspräsident Martin Schulz. „Wir gratulieren den Briten zu ihrer wiedererlangten Souveränität. Das Ergebnis ihres Referendums ist eine Weichenstellung für die Demokratie und gegen den politischen Zentralismus, aber auch gegen den anhaltenden Migrationswahn“, so der FPÖ-Obmann HC Strache und FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky zum „leave“ der Briten. „Wir haben Respekt vor der Entscheidung der Briten und wir verstehen dieses Mehrheitsvotum. Wenn die Europäische Union nicht sofort einen umfassenden und tiefen Reformprozess einläutet, dann wird dies ihr Ende sein.“ Im konkreten würde dies bedeuten: Massive Redimensionierung der europäischen Institutionen, umfassende Rückgabe von Entscheidungskompetenzen aus Brüssel an die Parlamente der Mitgliedsstaaten sowie auch die Sistierung von Schengen in dieser chaotischen internationalen Situation. Aber auch die direkte Demokratie müsse wieder hohe Bedeutung in Europa erlangen und über Unionsrecht angesiedelt sein. So die Forderungen der beiden FPÖ-Politiker.

Für Strache und Vilimsky steht überdies fest: „Reformen in Europa können nur ohne Personen wie Schulz und Juncker erfolgen. Diese stehen für die Fleisch gewordene Fehlentwicklung in Europa. Mit etwas Anstand sowie auch Respekt vor einer guten Zukunft Europas sollen sich diese sofort zurückziehen.“ Was die Briten betrifft, mögen sich diese jetzt raschest aus allen europäischen Institutionen zurückziehen und beweisen, dass sie auch auf bilateraler Ebene ein guter Kooperationspartner sein werden.

Sollte jedoch die EU an ihrer Reformunwilligkeit weiter erlahmen und auch noch Länder wie die Türkei hereinholen, dann sei auch für Österreich eine Abstimmung über den weiteren Verbleib in der EU eine politische Zielerklärung, so Strache und Vilimsky.

Die EU und der Euro sind schon lange erklärte Feindbilder von rechten und patriotischen Bewegungen, die auf die nationale Souveränität pochen. Im Zuge der Massenwanderungskrise und angesichts von wachsender Frustration mit den Regierungsparteien haben Parteien vom rechten Rand in vielen Ländern starken Zulauf, und auch ihre EU-kritischen Sprüche kommen

Page 137

bei den Menschen gut an. Doch könnte auf den Brexit irgendwann wirklich ein Nexit oder ein Frexit, ein EU-Austritt Frankreichs, folgen?

„Es kann einen Dominoeffekt geben“, warnt der französische Politikwissenschaftler Dominique Moisi. „Nicht so sehr in Frankreich, aber es gibt anfälligeren Länder wie die Niederlande oder Dänemark.“ „Das Vertrauen der Menschen in das System ist weggeschmolzen, und die EU lässt

sich nur sehr schwer gut verkaufen", meint auch die britische Politikwissenschaftlerin Melanie Sully. „Das gilt für Großbritannien und für andere Länder in Europa.“

Die Niederländer hatten schon im April bei einer Volksabstimmung gegen ein Assoziierungsabkommen der EU mit der Ukraine gestimmt, ein Votum, das in erster Linie als Denkzettel für die EU insgesamt gewertet wurde. Die nächsten Wahlen in den Niederlanden stehen im kommenden März bevor. Wilders, dessen Partei für die Freiheit (PVV) durch die Zuwanderungskrise neuen Auftrieb bekommen hat, will bei einem Wahlsieg ein Referendum zur EU ansetzen - und hofft mit diesem Versprechen auf Wählerstimmen.

Darauf setzt in Frankreich auch Marine Le Pen, die bei den Präsidentschaftswahlen im kommenden Frühjahr beste Chancen hat, zumindest in die Stichwahl einzuziehen. „Europa wird im Herzen der nächsten Präsidentschaftswahlen stehen“, sagt sie klar.

In Frankreich hat Europaskepsis eine lange Tradition, 2005 stimmten die Franzosen bei einer Volksabstimmung gegen eine europäische Verfassung. Eine kürzlich vorgestellte Studie der Bertelsmann-Stiftung ergab, dass bei einem Referendum nur eine knappe Mehrheit von 52 Prozent der Franzosen für einen Verbleib ihres Landes in der EU stimmen würde.

Le Pen sieht durch das Brexit-Votum eine ganz neue Dynamik entstehen. „Was vor wenigen Monaten noch niemand zu glauben wagte, ist jetzt Wirklichkeit geworden“, sagt sie. „Ja, es ist möglich die EU zu verlassen.“

UKIP in Nöten

Nach Obmanns Farages Rücktritt ist Nachfolge-Frage weiter ungeklärt

Der Rückzug des Favoriten für den Vorsitz der rechtspopulistischen UKIP in Großbritannien, Steven Woolfe, hat die EU-kritische Partei in weitere Turbulenzen gestürzt. Der Europaabgeordnete Woolfe erklärte Mitte Oktober, er verlasse die Partei.

Der 49-Jährige war vor einem Monat in ein Straßburger Krankenhaus gebracht worden, nachdem er nach eigener Darstellung von seinem Parteikollegen Mike Hookem niedergeschlagen worden war. Hookem bestreitet diesen Vorwurf.

Woolfe erklärte, er sei zu dem Schluss gekommen, dass die UKIP ohne ihren langjährigen Chef Nigel Farage an der Spitze "nicht regierbar" sei. Die Partei sei durch interne Machtkämpfe und "Stellvertreterkriege" zwischen rivalisierenden Lagern zerrissen. Nach seiner Genesung wolle er dem EU-Parlament als unabhängiger Abgeordneter angehören.

Der kulturpolitische Sprecher der UKIP, Peter Whittle, rief seine Partei zur Einheit auf. UKIP befinde sich mitnichten in einer "Todesspirale", versicherte er im Kurznachrichtendienst Twitter. "Wir sind die Partei der Zukunft."

Woolfe galt als aussichtsreichster Kandidat für den UKIP-Parteivorsitz, nachdem die bisherige UKIP-Chefin Diane James nach nur 18 Tagen von diesem Posten zurückgetreten war. Ihr Vorgänger Farage hatte den Parteivorsitz nach dem Votum der Briten für einen Austritt aus der EU abgegeben. Mit der Entscheidung für einen EU-Austritt habe er sein politisches Ziel erreicht, begründete er Anfang Juli die Entscheidung zum Rückzug.

Derzeit leitet Woolfe die Partei bis zur Wahl eines Nachfolgers als Interims-Vorsitzender. Seit Mitte Oktober können Anwärter für den Parteivorsitz nominiert werden, die Frist lief bis zum 31. Oktober. Die EU-kritische Partei will dann am 28. November einen neuen Vorsitzenden bestimmen.

Die Handgreiflichkeiten zwischen den beiden UKIP-Europaabgeordneten werden ein juristisches Nachspiel haben. Die medizinischen Untersuchungen hätten ergeben, dass der UKIP-

Abgeordnete Steven Woolfe von einem Schlag gegen den Kopf getroffen worden sei, teilte EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) Ende Oktober in Straßburg mit.

Nach dem aus Parteisicht erfolgreichen „Brexit-Referendum“ kam es zu einer Führungskrise und einer programmatischen Krise bei UKIP. Nigel Farage erklärte am 4. Juli 2016 seinen Rücktritt als Vorsitzender. Seine Nachfolgerin wurde MdEP Diane James. Diese trat allerdings nach 18 Tagen am 5. Oktober 2016 zurück, weil ihr „die Autorität und der Rückhalt in der Partei“ fehlten.

Am 23. Oktober 2016 meldeten Suzanne Evans und Paul Nuttall ihre Kandidatur an. Zuvor hatte der Europaparlamentsabgeordnete Steven Woolfe, der ebenfalls als Kandidat gehandelt worden war, nach einer tätlichen Auseinandersetzung mit einem Parteikollegen öffentlich seine Absage erklärt und seinen baldigen Parteiaustritt angekündigt. UKIP befinde sich „in einer Abwärtsspirale“.

Page 141

Die Parteiführung hat auch bestätigt, dass Raheem Kassam, Chefredakteur des London-Ablegers des rechtskonservativen US-Internetportals Breitbart, für den Posten des Parteichefs kandidieren wird. Das Motto seiner Kampagne: "Make Ukip Great Again!"

Die Referenz auf den Wahlkampflogan von Donald Trump ("Make America Great Again") kommt nicht von ungefähr. Übergangsparteichef Nigel Farage befindet sich derzeit auf einem Ausflug durch den US-Wahlkampf und unterstützt und – glaubt man einigen Berichten – berät Donald Trump bei seinem Bemühen, US-Präsident zu werden. Bei einer Wahlkampfveranstaltung Trumps Ende August erklärte Farage offenbar überraschten Trump-Unterstützern, er würde "nicht für Clinton stimmen, selbst wenn man mich dafür bezahlen würde".

Nach dem Bekanntwerden von Trumps anstößigen Kommentaren über Frauen nahm Farage Trump in Schutz. Natürlich seien die Äußerungen "hässlich" gewesen, sagte Farage. Aber das sei doch nur "Alphamännchenprahlerei" gewesen. "Wenn wir mal ehrlich sind: Das ist diese Art von Dingen, die Männer machen. Sie sitzen zusammen, trinken was und sagen solche Sachen." Trump wolle ja nicht Papst werden, sagte Farage dann, sondern US-Präsident. In einem CNN-Interview führte Farage Ende Oktober aus, was Trump in der dritten Debatte gegen Clinton mache müsse, um das Ruder herumzureißen.

Dänemark

**Dänische Volkspartei
(DFP)**

Stärkung des „Dänentums“

Die Dänische Volkspartei ist eine der stärksten politischen Kräfte in Dänemark – hat aber ihre liebe Not mit Partnern in Europa

Die Dansk Folkeparti, kurz DF und zu Deutsch die „Dänische Volkspartei“, ist eine Partei in Dänemark. Sie wurde 1995 gegründet und arbeitete von 2001 bis 2011 im dänischen Parlament mit einer liberal-konservativen Minderheitsregierung zusammen. Seit der Wahl 2015 stellt die DF die zweitstärkste Fraktion und stützt eine Venstre-Minderheitsregierung.

Die Programmatik der Dansk Folkeparti weist sowohl starke konservative wie auch sozialdemokratische Elemente auf. Die Partei vertritt eine dezidiert konservative Wertepolitik, die oftmals mit dem Slogan "Gott, König und Vaterland" paraphrasiert wird. Die Partei wird in Meinungsumfragen mehr als alle anderen Parteien mit spezifisch "dänischen Werten" wie Hyggelighed, Geborgenheit und Bescheidenheit assoziiert. Dagegen ist die Sozialpolitik der Partei eher sozialdemokratisch geprägt (Verteilungspolitik) und auf die Erhaltung des dänischen Wohlfahrtsstaates ausgerichtet. In Dänemark wird die Dansk Folkeparti oftmals als Bedrohung vor allem für die Sozialdemokraten gesehen. Andere sehen in der Partei jedoch eher eine Bedrohung für die Konservativen, von denen die Partei viele Stimmen gewinnen konnte. Die Dansk Folkeparti ist globalisierungskritisch und EU-kritisch eingestellt. Zudem tritt sie für strenge Integrations- und Einwanderungsgesetze ein. Unter ihrer Mitwirkung wurde die Einwanderungsgesetzgebung in Dänemark merklich verschärft. Weitere Themen und Forderungen der Partei sind ein kritischerer Umgang mit dem politischen Islam, die Förderung von bürgerlichen Freiheitsrechten, Senioren- und Familienförderung, Tierschutz, Ausbau des Gesundheitswesens und eine Verschärfung der inneren Sicherheitsgesetze. Die Partei vertritt eine dezidiert pro-israelische Politik. Die Initiative Boycott, Divestment and Sanctions wird strikt abgelehnt. Der DF war es zwischen 2001 und 2011 gelungen, eine rigide Migrationspolitik durchzusetzen. Am 10. November 2010 setzte sie gemeinsam mit der liberal-konservativen Koalition strengere Regelungen für den Nachzug von Familienangehörigen bzw. frisch angetrauten Ehepartnern aus dem Ausland um. Diese Regelungen, die von der sozialdemokratischen Regierung (2011 bis 2015) teilweise wieder zurückgenommen wurden, zielten ausdrücklich auf einen „Stopp für nicht-westliche Einwanderung“ ab. Seit der Folketingswahl 2015 befindet sich die Dansk Folkeparti wie schon zwischen 2001 und 2011 wieder in der Rolle einer Stützpartei für die liberal-konservative Venstre. Seit Sommer 2015 wurde die dänische Flüchtlingspolitik mit den Stimmen der Dansk Folkeparti erneut erheblich verschärft, wobei viele Forderungen der Partei umgesetzt wurden.

Die Dansk Folkeparti ging 1995 aus der von Mogens Glistrup gegründeten Fortschrittspartei hervor. Die damalige Parteichefin Pia Kjærsgaard verließ mit Kristian Thulesen Dahl, Poul Nødgaard, Ole Donner u.a. die Partei aus Protest gegen die Reaktivierung des provokativ-querulanten Parteigründers. Die DF übernahm die kritische Haltung gegenüber Einwanderung und der Europäischen Union, ersetzte jedoch die ultraliberale, steuer- und staatsfeindliche Stoßrichtung der Fortschrittspartei durch eine sozialdemokratisch beeinflusste Sozialpolitik. Die frühere Parteichefin Kjærsgaard pflegte einen hierarchischen Führungsstil und bestimmte das äußere Erscheinungsbild der Partei maßgeblich mit.

Internationale Zusammenarbeit

Die Partei pflegt relativ wenige internationale Kontakte. Insbesondere wird auf Distanz zu Parteien in anderen Ländern geachtet, die durch radikale Positionen wie Antisemitismus oder Rassismus gekennzeichnet sind. Im Jahr 2010 wurde jedoch erstmals eine Zusammenarbeit mit

Page 146

den Schwedendemokraten ins Auge gefasst. Die traditionell israelfreundliche Dansk Folkeparti unterhält Kontakte nach Israel unter anderem über die Organisation Friends of Israel. Im Europaparlament ist die Partei Mitglied der Fraktion Europäische Konservative und Reformen. Die DF war von 2002 bis 2007 Mitglied der Europäischen Partei Allianz für das Europa der Nationen und der von 2011 bis 2015 existierenden Bewegung für ein Europa der Freiheit und der Demokratie (MELD). Laut eigener Aussage sei der DF keine bestimmte Ideologie zu eigen, vielmehr vertrete die Partei bestimmte Haltungen ausgehend von der Frage, was Dänemark und den Dänen nutze. Gleichwohl fänden sich in der Programmatik und der praktischen Politik der Partei bestimmte konservative, liberale und sozialdemokratische Elemente. Die dänischen Parteienforscher Molgaard und Roslyng-Jensen ordnen die DF als sozialliberal ein. Die Partei nehme eine Position zwischen Sozialdemokratie auf der einen Seite und Konservativen auf der anderen Seite ein.

Andere Parteienforscher ordnen die DF als „rechtspopulistische Partei“ ein. So distanzieren sich Vertreter etwa der dänischen und norwegischen Fortschrittsparteien wie der Dansk Folkeparti in der Vergangenheit zweitweise von angeblich und so genannten „rechtsextremistischen Flügelparteien“ wie der Front National.

Das aktuelle Grundsatzprogramm wurde im Oktober 2002 angenommen. Zentrale Aussagen lauten: Stärkung der nationalen Souveränität, Bewahrung von Demokratie, Rechtsstaat und Monarchie, Bewahrung der Sonderstellung der Dänischen Volkskirche; Garantie der Glaubens- und Bekenntnisfreiheit, Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung in Dänemark und weltweit, Ablehnung der Europäischen Union, effektive Strafverfolgung und zügige Rechtsprechung, Stärkung des „Dänentums“ im In- und Ausland, leistungsfähiges Sozial- und Gesundheitswesen, Schutz der Familie als Kernzelle der Gesellschaft, oder etwa, dass sich Fleiß und Tüchtigkeit wieder lohnen müssen.

Bei der Folketingswahl 1998 trat die Partei erstmals an und erzielte mit 7,4 % der Wählerstimmen 13 Abgeordnetensitze. 2001 konnte sie sich auf 22 Mandate steigern und spielte seitdem eine Schlüsselrolle im dänischen Parlament, während die Fortschrittspartei sämtliche Mandate einbüßte. Bei der Folketingswahl 2005 stieg die DF mit 13,3 % zur drittstärksten Partei Dänemarks auf, bei der Folketingswahl 2015 wurde die DF mit 21,1 % die zweitstärkste Partei nach den Sozialdemokraten mit 26,3 %. Bei der Europawahl 2009 erreichte die Partei bei einer Wahlbeteiligung von 59,5 Prozent mit insgesamt 357.942 Stimmen 15,3 Prozent der Stimmen und damit zwei Sitze. Bei der Europawahl 2014 wurde die DF bei geringfügig niedrigerer Wahlbeteiligung von 56,3 Prozent mit 605.889 Stimmen (26,6 Prozent der gültigen Stimmen) stärkste Kraft in Dänemark und errang vier Sitze im Europaparlament. Die DF wechselte zur Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten. Mit dem Austritt von Rikke Karlsson schrumpfte die DF-Delegation im Oktober 2015 auf drei Mitglieder.

Page 148

Niederlande

**Partei für die Freiheit
(PVV)**

Freiheit am Vormarsch

Niederlande fürchten Wilders Triumph bei Parlamentswahl im März – ENF-Kongress in Koblenz

Der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders blickt optimistisch ins Frühjahr: "Am 15. März werde ich klar Schiff machen", verspricht der Islam- und Europakritiker seinen Landsleuten über die sozialen Medien. "Wir werden die Niederlande zurückerobern."

Am 15. März wählen die Niederländer ein neues Parlament. Nach vier Jahren droht der Großen Koalition unter dem rechtsliberalen Ministerpräsidenten Mark Rutte ein deftiger Denkzettel. Und nur eine Partei kann den Umfragen zufolge von der Unzufriedenheit der Wähler profitieren: Wilders "Partei für die Freiheit" (PVV). Seit Wochen liegt sie in den Umfragen mit bis zu 25 Prozent vorn. Bei einem Wahlsieg wäre theoretisch sogar Wilders Einzug ins "torentje" denkbar

- das so genannte „Türmchen“, dem Sitz des Ministerpräsidenten in Den Haag.

Das ist für viele Niederländer unvorstellbar, und zurzeit ist eine Regierung unter einem Premier Wilders auch unrealistisch - nicht zuletzt deshalb, weil kein ernsthafter Koalitionspartner in Sicht ist. Dennoch: Nach Brexit und dem Sieg von Donald Trump in den USA steigt bei den sonst so pragmatischen Niederländern die Nervosität. Viele rechnen mit einem starken Votum gegen die etablierten Parteien in Den Haag, die sogenannte Elite.

Auch Europa – und damit auch die Europäische Union – blickt auf die Wahl am 15. März. Denn es ist die erste einer Reihe von so genannten Schicksalswahlen für die EU. Wenn es nach dem 53-jährigen Wilders geht, dann wird sein Triumph auch ein kräftiges Signal gegen die Europäische Union sein.

Nicht zufällig wird er am 21. Jänner seinen Wahlkampf im deutschen Koblenz starten, umgeben von seinen politischen Freunden: Marine Le Pen, die im Mai für den Front National Präsidentin von Frankreich werden will. Und Frauke Petry, die mit der AfD im September in den Bundestag einziehen will.

Was Wilders mit "Klarschiff machen" meint, ist in seinem nur eine Seite langen Wahlprogramm nachzulesen: Moscheen schließen, Koran verbieten, Grenzen dicht machen, keine Muslime mehr ins Land bis hin zum Austritt aus der EU.

Es ist das bisher radikalste Programm des Rechtsaußen mit dem platinblond gefärbten Haarschopf, wie Kommentatoren feststellen. Die Frage ist, ob er sich damit im traditionellen Koalitionsland nicht selbst ins Abseits manövrierte. Denn auf dieser Basis wird wohl kaum eine andere Partei mit ihm eine Koalition bilden.

Doch sicher ist das nicht. Nicht alle Parteien schließen die Zusammenarbeit mit Wilders kategorisch aus. Und er selbst drohte bereits mit einem "Aufstand des Volkes", wenn er ausgegrenzt werden würde.

Neben einem möglichen Wahlsieg von Wilders treibt die etablierten Parteien auch die Sorge vor einer drohenden Zersplitterung und Unregierbarkeit um. "Die Elite bekommt die gepfefferte Rechnung", prophezeit der Amsterdamer Publizist Paul Scheffer. Das bisher stabile politische Mittelfeld werde zum "Schlachtfeld".

Parlaments. So viele wie nie zuvor. Wilders PVV führt in den Umfragen mit bis zu 25 Prozent, damit hat sich die Zustimmung im Vergleich zu 2012 verdoppelt. Abgeschlagen sind Premier Ruttes VVD und sein sozialdemokratischer Koalitionspartner, die Partei der Arbeit. Ein halbes Dutzend Parteien können mit je etwa fünf bis zehn Prozent rechnen. Und am rechten Rand meldeten sich viele neue politische Abenteurer und Amateure, die vom Zerfall der alten Parteien profitieren wollen.

Die Wut der Wähler hat eher diffuse Gründe. Den Niederlanden geht es nach einer langen Rezession wirtschaftlich wieder bestens. Allerdings waren die Kürzungen im Sozialbereich hart. Da kann Wilders mit einem eher linken Programm punkten. Aber mehr noch profitiert er, wie Analysen von Wahlforschern belegen, vom Misstrauen der Bürger gegen die etablierten Parteien.

Die AfD geht ob des geplanten Treffens in Koblenz auf Distanz zu anderen EU-Rechtsparteien. AfD-Chef Jörg Meuthen hat sich am Freitag von einem Treffen dieser Parteien distanziert, an dem diese Wochenende in Koblenz auch Co-Chefin Frauke Petry teilnehmen soll. "Die Veranstaltung in Koblenz ist eine reine ENF-Sache, mit der die AfD nichts zu tun hat", erklärte Meuthen.

Zum Kongress der Fraktion "Europa der Nationen und der Freiheit" (ENF) werden unter anderem die Französin Marine Le Pen und der Niederländer Geert Wilders erwartet, deren offene EU-Austrittspläne umstritten sind. Die FPÖ, die im Vorjahr einen großen Kongress der rechtspopulistischen Parteien in Wien und Vösendorf veranstaltet hatte, ist durch den EU-Abgeordneten Harald Vilimsky vertreten. Parteichef Heinz-Christian Strache könne wegen einer "terminlichen Unpässlichkeit" nicht kommen, sagte Vilimsky.

Kritik löste die Entscheidung aus, Vertreter von TV-Sendern, Magazinen und Zeitungen nicht zur Berichterstattung zuzulassen. Der AfD-Europaabgeordneten Marcus Pretzell ist ebenfalls Mitglied der ENF-Fraktion und hatte getwittert: "Katzenjammer im Journalistenzirkus." Vertreter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, des "Spiegels" und der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" "dürfen nicht zur ENF-Konferenz nach Koblenz".

Wahl in den Niederlanden: Türkei-Konflikt zentrales Thema

Zwei Tage vor der Wahl in den Niederlanden haben sich Ministerpräsident Mark Rutte und der rechtspopulistische Oppositionspolitiker Geert Wilders ein hitziges Fernseh-Duell geliefert: Rutte warf dem Chef der Partei für die Freiheit (PVV), am Montagabend vor, mit "radikalisierten" und "extremen" Parolen auf Stimmenfang zu gehen.

"Es ist etwas anderes, ob man auf dem Sofa sitzt und twittert oder ob man ein Land regiert", sagte Rutte in Anspielung auf Wilders' häufigen Gebrauch des Kurzbotschaftendienstes Twitter. "Wenn man Verantwortung für ein Land hat, muss man überlegte Maßnahmen ergreifen." Rutter wiederholte sein Versprechen, dass er "niemals" mit Wilders' Partei koalieren werde.

Wilders versuchte in dem Fernsehduell, die gegenwärtige Krise im Verhältnis mit der Türkei auszuschlachten. "Sie lassen sich von Erdogan als Geisel nehmen", warf er Rutte vor. Der PVV-Chef forderte eine Ausweisung des türkischen Botschafters wegen des Streits um die verhinderten Redeauftritte türkischer Minister, zudem bekräftigte er die Forderung nach einem Einreiseverbot für Muslime.

Wilders porträtierte sich in dem 30-minütigen Duell als Kämpfer gegen das politische Establishment. Er trete an gegen "Lügner" in der Politik, sagte der langjährige Abgeordnete. Den Wählern rief Wilders mit Blick auf Rutte zu: "Wenn Ihr die Niederlande für Euch zurückgewinnen wollt, dann verjagt diesen Mann und wählt mich ins Amt des Ministerpräsidenten."

Bei der Wahl am Mittwoch in den Niederlanden wird ein knappes Rennen erwartet. In einer am Sonntag veröffentlichten Umfrage verdrängte Rutes rechtsliberale Partei VVD die PVV von Wilders auf den zweiten Platz. Eine Regierungsbildung unter Wilders gilt als sehr unwahrscheinlich, da ihm im stark zersplitterten niederländischen Parlament die benötigten Koalitionspartner fehlen.

Das live ausgestrahlte TV-Duell war die erste direkte Konfrontation der beiden Politiker vor der Parlamentswahl am Mittwoch (Nach Redaktionsschluss). Wilders hatte zuvor mehrere TV-Debatten abgesagt. In den Umfragen lag Rutes rechtsliberale VVD mit rund 16 Prozent vorne. Wilders' Partei für die Freiheit liegt mit rund 13 Prozent auf Platz zwei.

Nur zwei Tage vor der Wahl hat Rutte vor einem Sieg des Rechtspopulisten und Islamgegners Wilders gewarnt. Es gebe ein "reales Risiko", dass Wilders' PVV stimmenstärkste Partei wird - "und das wird ein Signal an den Rest der Welt senden", so Rutte am Montag vor Journalisten in

Rotterdam.

Die niederländischen Wähler rief der Premier dazu auf, den "falschen Populismus" zu stoppen. "Ich will, dass die Niederlande der erste Staat ist, der dem falschen Populismus ein Ende setzt."

Unterstützung im niederländisch-türkischen Streit um Wahlkampfauftritte erhielt Rutte am Montag von der deutschen Kanzlerin Angela Merkel. Sie sicherte ihre "volle Unterstützung und Solidarität" zu und kritisierte insbesondere Äußerungen des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan, der niederländische Regierungsmitglieder als "Nazi-Überbleibsel" bezeichnet

85

Page 155

hatte. Nazi-Vergleiche führten "völlig in die Irre", erklärte Merkel in München. Nach Anfeindungen aus Ankara hatten die Niederlande am Wochenende Auftritte des türkischen Außenministers Mevlüt Cavusoglu und der Familienministerin Fatma Betül Sayan Kaya in Rotterdam verhindert.

Wilders im Vormarsch

Medien verdrehen Ergebnis der Niederlande-Wahl

Die rechtsliberale Partei von Ministerpräsident Mark Rutte ist aus der Parlamentswahl in den Niederlanden als klar stärkste Kraft hervorgegangen. Geert Wilders ist deutlich abgeschlagen – jedoch konnte seine „Partei für die Freiheit“ ihre Mandate fast verdoppeln. Die Abstimmung ist der Auftakt des europäischen Superwahljahres 2017 - ein noch größerer Erfolg von Wilders wäre als Rückschlag für die EU gewertet worden.

Ruttes Volkspartei für Freiheit und Demokratie (VVD), die im Wahlkampf zuletzt einen scharfen Rechtskurs zur Eindämmung von Wilders' PVV gefahren hatte, kommt auf 30 der 150 Sitze im Parlament hoffen. Das ist ein Verlust von elf Sitzen, aber sie bleibt immer noch größte Partei.

Rutte kann allerdings die Große Koalition mit den Sozialdemokraten nicht fortsetzen. Der Bündnispartner wurde massiv abgestraft mit einem Verlust von 29 Sitzen auf nur noch neun. Notwendig für die Regierungsbildung sind 76 der 150 Parlamentssitze. Daher werden schwierige Koalitionsverhandlungen erwartet. Mehrere kleinere Parteien erklärten sich noch am Wahlabend bereit, mit Rutte zu sprechen.

Auf Ruttes VVD folgen fast gleichauf drei Parteien – die Nase dabei knapp vorn hat Wilders mit 20 Sitzen. Fast gleichauf mit ihm sind die Christdemokraten und Linksliberalen. Die sozialdemokratische Partei der Arbeit (PvdA) musste dramatische Einbußen hinnehmen. Sie fiel von 38 auf 9 Sitze zurück. Die Grünen konnten sich von vier auf 15 Sitze verbessern.

Die Beteiligung lag nach einem zugespitzten Wahlkampf bei 81 Prozent - deutlich höher als bei der vorigen Wahl 2012, als sich knapp 75 Prozent der etwa 13 Millionen Stimmberechtigten

beteiligten.

Nach dem Brexit und der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten wäre aus Sicht des Establishments ein besseres Abschneiden von Wilders auch als schlechtes Omen für die Wahlen in Frankreich im April/Mai und in Deutschland im September mit möglichen Rechtstendenzen gewertet worden. Der Rechtspopulist Wilders will die Niederlande aus der EU führen, er lag viele Monate in den Umfragen vorn. Der 53-Jährige thematisierte Ängste vor der Zukunft in der Europäischen Union und vor dem Verlust der nationalen Identität. Alle etablierten Parteien hatten eine Zusammenarbeit mit ihm ausgeschlossen.

Trump-Fan Wilders hatte noch am vor der Wahl in der Abschlussdebatte des Wahlkampfes bekräftigt, dass der Islam mit allen Mitteln bekämpft werden müsse. "Der Islam ist die größte Bedrohung der Niederlande", sagte er. "Die Niederlande müssen wieder uns gehören." Premier Rutte verteidigte den Flüchtlingspakt der EU mit der Türkei. Dadurch seien 90 Prozent weniger Asylsuchende in die EU gekommen. Der Premier äußerte sich zuversichtlich, dass die Türkei das Abkommen trotz des heftigen Konfliktes mit EU-Staaten nicht kündigen werde. Der Streit mit der Türkei und ein hartes Auftreten Rutttes gegen Ankara hatte die Schlussphase des

Page 157

niederländischen Wahlkampfes beherrscht – wobei Rutte kurz nach der Wahl wieder auf einen „deeskalierenden“ Kurs zurückschwenkte.

Die niederländische Parteienlandschaft ist extrem zersplittert. Da es keine Sperrklausel wie die Vier-Prozent-Hürde gibt, reicht ein kleiner Anteil der Stimmen aus, um einen Platz in der "Tweede Kamer" (Zweiten Kammer) zu erobern. Bisher setzte sich das Parlament aus 17 verschiedenen Fraktionen zusammen - ein historischer Rekord.

Der liberale Europaparlamentarier Guy Verhofstadt hat den prognostizierten Wahlsieg des niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte begeistert begrüßt. "Tolle erste Prognose", twitterte der ehemalige belgische Ministerpräsident am Wahlabend. „Proeuropäische Parteien im Aufschwung.“ Damit blieben die Niederlande eine liberale und proeuropäische Hochburg, schrieb er.

Der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) wertete den absehbaren Wahlausgang als Erfolg für Europa. Es sei ein gutes Zeichen, dass ein „rechtsextremer Kandidat“ wie Wilders nicht gewonnen habe, sagte er am Rande einer SPD-Veranstaltung im niedersächsischen Wolfenbüttel. Auch für die kommende Frankreich-Wahl stimme ihn das Ergebnis in den

Niederlanden optimistisch.

In Berlin gratulierte Kanzleramtschef Peter Altmaier (CDU) den Niederländern euphorisch zum Ergebnis der ersten Wahlprognose. "Niederlande, oh Niederlande, du bist ein Champion! Wir lieben Oranje für sein Handeln und sein Tun! Herzlichen Glückwunsch zu diesem tollen Ergebnis!", schrieb er auf Twitter. Im Zusammenhang mit Nazi-Vorwürfen aus der Türkei gegen die Niederlande hatte Altmaier seine Solidarität mit dem Nachbarland erklärt.

SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz sagte, den ersten Prognosen zufolge habe die überwältigende Mehrheit der Niederländer der "Hetze von Geert Wilders und seiner unsäglichen Haltung gegenüber ganzen Bevölkerungsgruppen" eine klare Absage erteilt. "Das ist eine gute Nachricht für Europa und für die Niederlande."

CSU-Chef Horst Seehofer hat erleichtert auf die Prognosen zur Wahl in den Niederlanden reagiert. "Bei Wahlen mit nationalen Bedeutungen bekommen die seriösen bürgerlichen Parteien Zuspruch, wenn sie den Menschen überzeugende Antworten auf ihre Fragen geben", sagte Seehofer.

FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache gratulierte Geert Wilders und seiner Partei der Freiheit. Wilders sei einer der großen Gewinner des Urnengangs.

„Regierungschef Rutte verlor über 10 Mandate (ein Minus von über 5 Prozent) und die Sozialistische Partei fiel von 24,8 auf 4,7 Prozent (ein Minus von 20 Prozent) in die Bedeutungslosigkeit. In den Niederlanden ist damit eine rechtsliberale Partei stärkste Kraft und die PVV von Geert Wilders ist mit dem zweiten Platz und 13,1 Prozent der klare Gewinner des Wahlabends“, betonte Strache.

Bezeichnend sei aber, dass der mediale Mainstream wieder einmal linke Verdrehungen vornehme. Dies sei der typische mediale Spin und die sattsam bekannte Leugnung der Realität, kritisierte Strache. „Bei einer derartig aufgesplitterten Parteienlandschaft muss man es erst einmal zusammenbringen, dazu zu gewinnen. Und hier ist Wilders einer der Wahlgewinner.“ Positiv sieht Strache auch den völligen Untergang der niederländischen Sozialisten.

Belgien

**Vlaams Belang
(VB)**

„Eigenes Volk zuerst“

In Belgien tritt der Vlaams Belang für die Unabhängigkeit Flanderns ein

Der Vlaams Belang – zu deutsch „Flämische Interessen“ – ist eine separatistische Regionalpartei in Belgien. Sie vertritt nationale und wertkonservative Positionen. Ihr Stil gilt als rechtspopulistisch und vergleichbar mit den Freiheitlichen in Österreich. Im Landesteil Flandern ist sie seit den 1990er Jahren eine der drei stimmenstärksten Parteien. Sie wurde 2004 als Nachfolgeorganisation des Vlaams Blok (Flämischer Block) gegründet.

1979 entstand der Vlaams Blok aus einer Fusion der beiden Parteien Vlaamse Volkspartij („Flämische Volkspartei“) und Vlaams Nationale Partij („Flämische Nationalpartei“). Gründer und langjähriger Vorsitzender war Karel Dillen (1925–2007).

Die Partei strebt nach Unabhängigkeit der niederländischsprachigen Region Belgiens, Flandern. Ihr Einsatz gilt der Wahrung des flämischen Kulturgutes und der niederländischen Muttersprache. Der frankophone Teil Belgiens wird als von Korruption und Misswirtschaft geprägt empfunden.

Der Vlaams Blok konnte in den 1990er Jahren vor allem in der Hochburg Antwerpen große Wahlerfolge erringen, was auch im Ausland seitens der etablierten Medien und Parteien wegen des gegen Einwanderer ausgerichteten Programms zum Teil mit großer Sorge beobachtet wurde. Der Vlaams Blok wird daher von den übrigen in Belgien etablierten Parteien als nicht koalitionsfähig betrachtet und eine Regierungsbeteiligung einhellig abgelehnt. Diese Ablehnung nennt man „Cordon sanitaire“.

Eine Zusammenarbeit mit dem französischsprachigen belgischen Front National war ursprünglich dadurch beeinträchtigt, dass der Front National nicht für eine Spaltung, sondern die Einheit Belgiens eintrat.

Das oberste Berufungsgericht Belgiens hat am 9. November 2004 eine Verurteilung des Vlaams Bloks bestätigt, wonach drei Organisationen der Partei offen Ausländer diskriminierten. Der Blok befürchtete insbesondere, durch das Urteil die staatliche Parteienfinanzierung zu verlieren und löste sich am 14. November 2004 auf einem Parteitag auf. Sogleich gründete sich allerdings Vlaams Belang mit überarbeitetem Parteiprogramm. Weiterhin wird das Motto Eigen volk eerst („Eigenes Volk zuerst“) des Blok verwendet, wie Filip Dewinter auf dem Parteitag bestätigte. Seit 2010 hat die Partei mit schwindenden Stimmzahlen zu kämpfen. Einer der Hauptgründe dafür ist im Aufstieg der angepassten, als recht-opportunistisch geltenden Nieuw-Vlaamse Alliantie (NVA, zu deutsch „Neuen Flämischen Allianz“) zu sehen, die sich ebenfalls für die Autonomie bzw. völlige Unabhängigkeit Flanderns einsetzt.

Der Vlaams Belang tritt für die Unabhängigkeit Flanderns, eine Beschränkung der Zuwanderung und freie Marktwirtschaft ein. Weitere Programmpunkte sind:

- Höheres Kindergeld, um Eltern einen Erziehungsurlaub zu ermöglichen und die Geburtenrate zu erhöhen
- Umstellung des Rentensystems auf ein Kapitaldeckungsverfahren
- Erhaltung des Bildungssystems (In der PISA-Studie 2003 wurde das flämische Bildungssystem als das Beste bewertet.)
- Kein EU-Beitritt der Türkei
- Abschaffung von Anti-Diskriminierungs-Gesetzen mit dem Verweis auf die Meinungsfreiheit

Page 162

- Einführung einer Einheitssteuer (flat tax)
- Aufhebung des Abtreibungs- und Sterbehilfegesetzes
- Privatisierung von Staatsbetrieben

Eine multikulturelle Gesellschaft lehnt der Vlaams Belang ab, von Einwanderern wird die Assimilation an die flämische Kultur gefordert. Besonders die Zuwanderung aus muslimischen Ländern und die Etablierung des Islam wird als „drohende Islamisierung“ abgelehnt. Die Partei macht immer wieder mit islamkritischen Ansagen und Forderungen auf sich aufmerksam, Muslime werden insgesamt als kulturell problematisch und frauenfeindlich dargestellt. Außerdem steht die Partei der Europäischen Union kritisch gegenüber und beteiligt sich deshalb auf europäischer Ebene an der euroskeptischen Europäischen Allianz für Freiheit. Der Vlaams Belang arbeitet außerdem auch mit rechtspopulistischen Bewegungen in Deutschland wie Pro Köln, Pro NRW und Pro Deutschland zusammen, wenngleich die Kooperation mit der FPÖ und dem Front National durch am wesentlichsten erscheint.

„Türkei zu integrieren ist verrückt“

Interview Gerolf Annemans (Vlaams Belang)

Vlaams Belang-Vorsitzender Gerolf Annemans über den Nicht-Abbruch der Türkei-Verhandlungen und Erdogans Politik, die in eine Diktatur führt
In der Türkei wird die Internetzensur verstärkt, und Journalisten werden strafrechtlich verfolgt.
Warum werden die EU-Beitrittsverhandlungen nicht abgebrochen?
Gerolf Annemans: Die Frage habe ich schon mehrmals im Europaparlament gestellt. Auch im letzten Monat sind wieder Dinge geschehen, die für Europa nicht akzeptierbar sind, aber offensichtlich können die Beitrittsverhandlungen nicht abgebrochen werden, weil die EU schon zu weit gegangen ist. Aber was man sehen kann ist, dass sich die europäische Integration der

Türkei verlangsamt hat.

Aus welchen Gründen werden die Beitrittsverhandlungen nicht abgebrochen?

Annemans: Wenn die EU das macht, dann gerät sie in Widerspruch mit ihrem eigenen Lobbyismus. Es wurde in den letzten zehn, 15 Jahren viel in Richtung einer türkischen Mitgliedschaft lobbyiert, es gab Förderungen in Milliardenhöhe für den öffentlichen Verkehr und viele andere Bereiche. Deshalb würde der Abbruch der Beitrittsverhandlungen auch das Stoppen von sehr viel Geld, Verträgen etc. bedeuten. Es handelt sich also um einen Prozess, den die EU nicht so leicht stoppen kann, was natürlich ein Skandal ist. Ich glaube, in Brüssel hofft man auf einen Regierungswechsel in der Türkei oder auf politische Probleme für Erdogan, damit sich die Lage wieder verbessert. Es ist wie ein Zug, der nicht gestoppt werden kann.

Gibt es da auch einen Druck der Wirtschaftslobby, damit die Türkei EU-Mitglied wird?

Annemans: Da bin ich mir sicher! Bei all den Milliardenförderungen, etwa in den öffentlichen Verkehr, die im Interesse der Wirtschaftslobbys getätigt wurden, handelt es sich um Investitionen, die nicht verloren gehen dürfen. Bekanntlich geht in der EU ja um Geld und Geschäft und ich fürchte, dass dieser Einfluss nun den Abbruch der Beitrittsgespräche verhindert.

Was wäre die Folgen einer EU-Mitgliedschaft der islamischen Türkei für Europa? Würde sie Europa, wie wir es kennen, zerstören?

Annemans: Ich bin überzeugt, dass wir bei der europäischen Integration viel zu weit nach Osten gegangen sind und dass wir eine Europäische Union haben, die nicht mehr garantieren kann, dass ihre Werte überall respektiert werden. Und bei der Türkei ist offensichtlich, dass die Integration nicht viel zu weit geht, sondern dass es verrückt ist, solch ein großes Land zu integrieren, das eine sogenannte „gemäßigt islamische“ Führung hat. Wenn wir betrachten, was Erdogan über soziale Medien, Säkularismus, Homosexualität, über die von „Charlie Hebdo“

Page 164

veröffentlichen Karikaturen sagt, wird deutlich, dass dieser Mann nicht gemäßigt ist, sondern sein Land immer tiefer in den islamischen Extremismus führt.

Ist der Plan, die Türkei in die EU aufzunehmen, auch Teil der Globalisierung oder der Schaffung einer „Neuen Weltordnung“?

Annemans: So weit würde ich nicht gehen. Aber ich denke, es ist die Hybris der Europäischen Union, die weit über das hinausgeht, was technisch, moralisch und kulturell möglich ist. Ich fürchte, die Türkei Teil einer NATO-Strategie ist, und das betrifft Europa nicht zum ersten Mal. Ich persönlich glaube auch, dass die Mitgliedschaft Griechenlands in der Euro-Zone, die uns jetzt so viele Schwierigkeiten bereitet, Teil einer amerikanischen Forderung war. Ebenso erfolgt auch eine türkische EU-Mitgliedschaft im Rahmen der NATO und auf amerikanisches Betreiben. Ich bin ein pro-amerikanischer Politiker, aber unseren amerikanischen Freunden scheint mitunter nicht bewusst zu sein scheint, welcher Stellenwert der kulturellen Identität zukommt, wenn man

eine politische Union aufbaut. Daher scheinen sie die wirklichen Konsequenzen nicht zu bedenken, wenn die Türkei in die EU aufgenommen wird. Aber dass es sich um Teil eines geopolitischen Plans handelt, glaube ich nicht.

Sie haben die NATO-Strategie erwähnt und die Politik Erdogans, der viele im Westen verärgert hat, kritisiert. Werden wie in den kommenden Monaten oder Jahren in Ankara ein Maidan-ähnliches Szenario und Versuche des Auslands sehen, einen Regimewechsel herbeizuführen?

Annemans: Das glaube ich nicht. Aber ich glaube auch nicht, dass in der Türkei die Entwicklung in die richtige Richtung, hin zu Demokratisierung und Annäherung an den Westen, verlaufen wird. Ich fürchte, das Erdogan-Regime wird sich nicht zum Besseren, sondern zum Schlechteren ändern. Erdogan ist schlecht, aber was wir jetzt im Nahen Osten sehen, ist, dass es sogar noch schlechter werden kann. Obwohl es in der Türkei in den größeren Städten eine Tendenz zur Verwestlichung gibt, fürchte ich dennoch, dass die islamischere Türkei gewinnen wird.

Ein Problem ist auch die Unterstützung des sogenannten Islamischen Staates in Syrien.

Annemans: Die Türkei hat sich entschieden, sich in den schiitisch-sunnitischen Krieg einzumischen. Das zeigt, dass sich die Türkei mehr dafür interessiert, was im Nahen Osten geschieht, was zwischen dem Iran, Syrien und Saudi-Arabien geschieht und dass sie eine Rolle südlich ihrer Grenzen spielen will. Wir dürfen nicht zulassen, dass wir diese Art von Religionskriegen in die westlich-europäische Hemisphäre bringen! Der Türkei nicht zu erlauben, dass sie nicht in die EU kommt, bedeutet auch zu verhindern, dass der Islam nicht nach Europa kommt. Wir wissen, dass sich Erdogan in europäische Länder einmischt und die dort lebenden Türken auffordert, in eine bestimmte Richtung zu wählen. Wir haben dieses Problem, aber wir sollten es nicht auch noch durch einen Türkei-Beitritt vergrößern.

Ein anderes Problem ist auch, dass Erdogan in seiner „Kölner Rede“ Assimilierung als Verbrechen gegen die Menschheit bezeichnet hat. Ist Erdogan ein Förderer der türkischen Parallelgesellschaften in Europa?

Annemans: Es gibt nicht nur die „Kölner Rede“, sondern viele Rede in denen es einen roten Faden gibt: Integriert euch nicht, bleibt in Westeuropa türkisch, erobert und besiegt die fremden Länder, die nicht islamisch sind, setzt Islamophobie mit Antisemitismus und Faschismus gleich usw. Jede Kritik am Islam behandelt Erdogan – siehe Internetzensur - wie seine innenpolitischen Gegner und die Zivilgesellschaft, was klar zeigt, dass wir es mit einer Diktatur zu tun haben.

Wenn wir Erdogan den EU-Beitritt erlauben, werden wir in diese Union Verhaltensweisen und politische Standards einführen, die den europäischen Werten diametral entgegenstehen.

Wie sollte Ihrer Meinung nach die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei gestaltet werden? Sollte es zu so etwas wie einer privilegierten Partnerschaft kommen?

Annemans: Natürlich wollen wir eine gute Nachbarschaft mit der Türkei, aber wir sollten die Beziehungen vollkommen neu gestalten. Technisch gesehen brauchen wir einen Vertrag, der zum Ausdruck bringt, dass wir keinen Krieg und gute Wirtschaftsbeziehungen wollen und dass wir in der Türkei ein potentiell besseres Land als die anderen islamischen Länder betrachten. Auch im Migrationsbereich besteht zwischen der Zuwanderung von Türken und Marokkanern ein Unterschied und wir können besser mit den Türken umgehen als mit den Arabern. Aber dennoch sollte die Türkei kein EU-Mitglied sein und auch ein klassisches

Assoziierungsabkommen geht zu weit. Vielmehr sollten wir die Türkei wie die Ukraine als guten Nachbarn behandeln.

„Man kann der EU niemals vertrauen“

Gerolf Annemans

Vlaams Belang-Chef Gerolf Annemans über die EU und Unabhängigkeitsbewegungen sowie über drohende Zentralisierung nach dem Brexit

In letzter Zeit ist es – zumindest in Österreich – um die flämische Unabhängigkeit ruhig geworden. Wie lange wird es Belgien noch geben?

Gerolf Annemans: Ich habe gerade ein Buch geschrieben über die Strategie hin zu einem unabhängigen Flandern. Das Buch heißt „Quid nunc?“ (Was jetzt?“) und ich bin überzeugt, dass wir 2019 wieder eine Stärkung der flämischen Unabhängigkeitspartei Vlaams Belang erzielen werden. Dann wollen wir im flämischen Parlament mit anderen Parteien, die auch für die Unabhängigkeit sind, die Mehrheit bilden. In meiner Strategie des parlamentarischen Wegs gibt es heute keine Mehrheit dafür, aber eines Tages sehr sicher!

Was sind die größten Schwierigkeiten?

Annemans: Die größte Schwierigkeit ist, dass die N-VA (Neu-Flämische Allianz, Anm.), die eine sogenannte flämisch-nationalistische Partei ist, in Wirklichkeit eine Zentrums-Machtpartei ist, die eigentlich nichts dafür macht. Sie hat die flämische Dynamik zerstört, um mit den französischsprachigen Parteien eine belgische Koalition bilden zu können. Man kann in Belgien ohne mindestens eine französischsprachige Partei keine Regierung bilden. Das starke Votum der Flamen für die N-VA war damit ohne Folgen, und das ist jetzt das größte Problem für die flämisch-nationalistische Bewegung.

Gibt es auch Druck seitens der EU, dass Belgien nicht auseinanderbricht?

Annemans: Natürlich kann man der Europäischen Union in solchen Sachen niemals vertrauen. Ich habe zusammen mit Kollegen aus Katalonien, aus Schottland und aus anderen Regionen vor Jahren schon Anfragen an die Kommission gestellt und die Antwort war immer, wenn ein Teil eines Mitgliedstaates unabhängig wird, dass dann die Mitgliedschaft nicht automatisch übernommen wird. Aber der Brexit hat in Bezug auf Schottland gezeigt, dass die Europäische Union in diesem Punkt nicht konsequent ist: Wenn die Schotten sagen, sie lehnen den Brexit ab und wollen in der EU bleiben, dann sind sie Freunde der Europäischen Union und werden von Juncker, Schulz usw. empfangen, die dann auch gleich sagen, dass Schottland die EU-

Mitgliedschaft ohne Probleme bekommen kann.

Ich denke, die Europäische Union wird sich an einer Machtsituation ausrichten. Wir müssen uns unsere Unabhängigkeit, so wie es Großbritannien getan hat, selbst nehmen, und dann spielt die Europäische Union in einem pragmatischen Spiel mit. Aber wenn Mitgliedstaaten wie Spanien, Frankreich, usw., die alle Separatismusprobleme haben, ihr Veto einlegen, wird es sehr schwierig werden. Die alten Mitgliedstaaten mit Separatismusproblemen handeln in dieser Frage sehr prinzipiell und rigide und alles andere als flexibel.

Page 168

Minderheiten- und Separatismusfragen scheinen für die EU keine besondere Rolle zu spielen. Es gibt den Ausschuss der Regionen, aber der ist etwas ganz anderes. Warum ist die EU in dieser Frage so ignorant?

Annemans: Der Ausschuss der Regionen ist ein Theaterstück, das Spannungen innerhalb der Europäischen Union mildern möchte. Man gibt den Regionen etwas zu tun und hofft, dass die Spannungen nicht weiter zunehmen. Aber Flandern, Schottland und Katalonien sind keine Regionen, sondern potenziell unabhängige Staaten, und die Europäische Union tut so, als gäbe es uns nicht. Das ist für uns auch ein Argument, um unabhängig zu werden: Wir wollen Mitgliedstaat der Europäischen Union werden – natürlich in einer neuen, total reformierten Europäischen Union, wo es statt Zentralstaat eine Zusammenarbeit der Völker gibt. In Europa werden im 21. Jahrhundert manche Staaten sicherlich kleiner werden, und kleine Staaten werden sich unabhängig machen.

Hängt die Gleichgültigkeit der EU gegenüber Unabhängigkeitsbewegungen vielleicht auch mit dem starken Zentralismus zusammen?

Annemans: Hier geht es eher um die Stabilität und Machtpolitik der alten Mitgliedstaaten. Beim letzten EU-Gipfel hat der spanische Ministerpräsident Rajoy gesagt, man muss aufhören, die Schotten an die Brust zu drücken. Die Motivation ist nicht so sehr Zentralismus, sondern die Angst der alten Mitgliedstaaten um Stabilität und dass gewisse Regionen unabhängig werden.

Gibt es vom Vlaams Belang aus Kontakte mit gleichgesinnten Parteien in Katalonien oder Schottland, dass man eine gemeinsame Strategie entwickelt oder Erfahrungen austauscht?

Annemans: Das läuft alles sehr informell ab, eher über die Flämische Bewegung (Sammelname für Personen und Vereinigungen, die für die Unabhängigkeit Flanderns eintreten, Anm.). Es läuft deshalb nicht formell, weil die meisten Parteien, wie etwa in Schottland, aber auch in Katalonien, linke Parteien sind. Die N-VA z. B. hatte mit der Partei des früheren katalanischen Regierungschefs Artur Mas gewissen Verbindungen, aber das alles ist sehr, sehr gemäßigt. Wir als Vlaams Belang haben in Schottland oder in Katalonien keine Partner wie in Frankreich, in Holland, in Österreich mit der FPÖ oder mit Lega Nord-Chef Matteo Salvini in Italien, die mit uns in Sachen Einwanderung und andere Themen zusammenarbeiten.

Nun zu einem anderen Thema: Wie wird sich die EU nach dem Austritt Großbritanniens

entwickeln: Wird man den Zentralismus ausweiten oder abbauen?

Annemans: Das ist nicht entscheidend. Auf meiner Internetseite und auf meinem Twitter-Account können Sie die Debatte nachlesen, die ich mit Guy Verhofstadt, dem früheren belgischen Ministerpräsidenten und nunmehrigen Vorsitzenden der Liberalen Fraktion im EU-Parlament, geführt habe. Er möchte jetzt eine weitere Zentralisierung der Europäischen Union durchsetzen, und wenn er an Mitgliedstaaten denkt, die dem nicht folgen werden, dann denkt er an Osteuropa. Diese Staaten müssen dann in ein Assoziierten-Verhältnis mit der Europäischen Union kommen, was er als Europa der zwei Geschwindigkeiten bezeichnet. Für uns Flamen bedeutet das, dass wir zusammen mit Belgien in diesen sehr zentralisierten europäischen Staat mit hineingezogen würden. Und das ist natürlich eine sehr schlimme Sache.

Ich bin mir nicht sicher, dass das schon beschlossen ist. Aber unmittelbar nach dem Brexit, beim Gipfel der Gründungsmitglieder der EWG, und nachher, beim EU-Gipfel in Brüssel, habe ich gesehen, dass sie in dieses Europa der zwei Geschwindigkeiten gehen. Das bedeutet, dass versucht wird, die Europäische Union mehr zu zentralisieren.

Rechnen Sie damit, dass es dann in anderen Ländern wie in Großbritannien zu Austrittsreferenden kommen wird?

Annemans: Der Austritt ist das letzte Mittel, wenn sich die Europäische Union nicht ändert. Wenn wir die Europäische Union als Machtfaktor oder als Teilregierung in den Mitgliedstaaten nicht von innen heraus ändern können, dann wird man es einem Austrittszenario kommen. Meiner Meinung nach müssen wir die Europäische Union tatsächlich reformieren und zu einer anderen strategischen Zusammenarbeit im europäischen Bereich kommen. Geert Wilders in den Niederlanden hat schon erklärt, dass es unmöglich ist, die Europäische Union zu reformieren und dass es ein „Nexit“-Referendum geben muss. Auch Marine Le Pen hat das schon gesagt. Die Hoffnung, dass wir die Zusammenarbeit der Völker in Europa auf einer anderen Ebene erreichen

Page 170

und den Zentralismus umkehren können, habe ich noch nicht verloren. Aber um das zu erreichen, müssen wir die Austrittszenarien in der Hand haben.

Europa

Gemeinsam stark – Patriotische Initiativen

„Patriotischer Frühling“

HC Strache, Marine Le Pen und Partner sagen dem EU-Establishment gemeinsam den Kampf an

Bis zum letzten Platz gefüllt war die Eventpyramide beim Patriotischen Frühling, den die FPÖ mit ihren europäischen Partnern am 17. Juni 2016 feierte. Zu ihnen zählen u.a. die Chefin des französischen Front National, Marine Le Pen, sie ist Präsidentin der EU-Fraktion „Europa der Nationen und der Freiheit“, Marcus Pretzell von der Alternative für Deutschland (AfD), Janice Atkinson (Großbritannien) und Gerolf Annemans (Flandern/Belgien).

Im Zuge von Reden und Interviews präsentierten die Partnerparteien der FPÖ ihre Vorstellungen von einem neuen Europa, das sich gegen den EU-Zentralismus wendet. „Teilnehmer von zehn Nationen kämpfen gegen die Wahnsinnigkeiten von Schulz, Juncker und Co.“, verkündete der freiheitliche EU-Delegationsleiter Harald Vilimsky. „Unsere Antwort wird es sein, ein Europa zu präsentieren, wo die Länder dort miteinander arbeiten, wo sie wollen, ein Europa à la carte, wie es Marine Le Pen betonte“, so Vilimsky.

Pretzell fühlte sich anlässlich der Veranstaltung an den Wiener Kongress erinnert, der vor 200 Jahren stattfand und bei dem vorrevolutionäre politische und gesellschaftliche Verhältnisse wiederhergestellt wurden: „Für mich ist das ein Versprechen an die Bürger und eine Drohung an Schulz und Jucker. Wir haben ein Recht auf Heimat, unsere Kultur, unsere Sprache und unsere Identität und die werden wir uns wieder holen! Wir sind gekommen, um Europa zu verändern!“ „Die Völker zu einen, ist fehlgeschlagen“, stellte Le Pen in ihrer Rede klar. Sie übte Kritik an der wahnsinnigen Migrationspolitik, die die Krise in Europa weiter zuspitzte. Es gebe Chaos und ständige Konflikte in Europa und die Eurokraten würden die falschen Antworten geben. Vielmehr würden die Völker mit übertriebenen Ängsten ruhig gestellt. „Ich fühle mich wohl, wenn hier die zukünftige französische Präsidentin gesprochen hat“, sagte HC Strache nach Le Pens Rede.

„Wir wollen unsere Demokratie zurück“, forderte HC Strache eine Rückverlagerung der Gesetzeskompetenzen von Brüssel zu den Nationalstaaten. Außerdem müssten die Bürger mit direkter Demokratie mehr eingebunden werden. Kritik übte er an der Flüchtlingspolitik und nahm dabei die deutsche Kanzlerin Angela Merkel ins Visier: „Was Merkel angerichtet hat, ist ein unermesslicher Schaden, ein politischer Wahnsinn! Ich drücke die Daumen, dass Petry (Chefin der AfD Anm.) die neue Kanzlerin wird.“

Und Strache stellte klar: „Wir wollen keine Kopie der Vereinigten Staaten von Amerika sein! Wir stehen nicht gegen Europa, wir stehen zu unseren Heimatländern. Es braucht ein anderes, neues Europa, kein zentralistisches und keines, das am Gängelband von Amerika hängt!“ Der FPÖ-Obmann warnte weiters vor dem Islamismus, der der Faschismus der Neuzeit sei: „Wir wollen keine Islamisierung und Zerstörung Europas!“ Und jenen Menschen, die das Asylrecht missbrauchen, richtete er aus: „No way, probiert es nicht, helft lieber eure Heimat aufzubauen!“ Der Ablauf der Veranstaltung zeigte den Besuchern, dass europäische Willensbildung ihre Längen hat. Strache und Le Pen kamen nämlich erst nach Rednern aus den acht anderen Ländern

an die Reihe. Immerhin waren die Wortmeldungen mit Hardcore-Patriotismus gespickt. Der Tscheche Tomio Okamura geißelte die EU als "Diktatur", während der Pole Michal Marusik erklärte, warum seine Heimat bei Flüchtlingen nicht so beliebt sei. "Wir nehmen viel und geben wenig. Erlaubt nicht, dass die fremden Einwanderer an eurer Zitze saugen und euer Blut aussagen", sagte Marusik unter dem Applaus der Besucher. Der Deutsche Marcus Pretzell betrieb Kanzlerinnen-Bashing. "Stellen Sie sich vor, man muss ein Land lieben, das von Angela Merkel regiert wird. Ja, es wird deutschen Patrioten nicht leicht gemacht, ihr Land zu lieben", sagte der EU-Abgeordnete der "Alternative für Deutschland". "Wir

Page 174

haben ein Recht auf unsere Sprache und Identität und wir werden sie uns zurückholen", betonte Pretzell.

Für einen kurzen Moment der Reflexion sorgte danach die Britin Janice Atkinson, die zu einer Schweigeminute für die ermordete Labour-Politikerin Jo Cox aufrief. "Wir alle kämpfen für unser Land. Wir wollen das Leben unserer Menschen verbessern", betonte die Brexit-Befürworterin.

Der Lega-Nord-Europaabgeordnete Lorenzo Fontana schlug umgehend andere Töne an. Er erinnerte daran, dass Italiener und Österreicher im Jahr 1571 "gemeinsam gegen die Türken gekämpft haben. Sie unterlagen." Wer Moscheen nach Europa bringen wolle, müsse verstehen, dass für ihn hier kein Platz sei.

Marine Le Pen spielte dann in einer ganz anderen Liga. Im typischen präsidentiellen Gestus französischer Spitzenpolitiker prangerte sie das wirtschaftspolitische Versagen der EU an, die ein "komplettes Desaster" sei. Stattdessen solle es eine Kooperation "a la carte" in Europa geben. Zum Brexit-Referendum meinte sie, die EU-Spitzenpolitiker "befürchten, dass Großbritannien seine Freiheit wiederfindet". Etwa die Freiheit, darüber zu entscheiden, wer im Land leben dürfe. "Wir wollen, dass alle Völker Europas diese Freiheiten wiederfinden. Ich will, dass Frankreich frei ist."

Die Polizei, mit einer dreistelligen Anzahl an Beamten im Einsatz, hatte übrigens einen ruhigen Abend. Gewaltbereite Linksextremisten kamen nämlich diesmal nur in der Rede Straches vor. "Wir hatten kein Gegenüber", bilanzierte ein Polizeisprecher

Europas Rechte vereint gegen den Terror

Nach den jüngsten Anschlägen ist für Strache und Co. das Fass voll

Nach den jüngsten Anschlägen in Deutschland nehmen führende Rechtspopulisten und Nationalkonservative in Europa die Gewalttaten zum Anlass, einmal mehr scharfe Kritik an der deutschen Flüchtlingspolitik zu üben. Für den niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders ist klar, wer für die Taten in Deutschland verantwortlich ist: die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel. Er twitterte eine Fotomontage, die Merkel mit blutbefleckten Händen zeigt.

Der ehemalige Chef der europakritischen UKIP-Partei in Großbritannien, Nigel Farage, nannte die Entscheidung der Kanzlerin, ungehindert Flüchtlinge ins Land zu lassen, die schlechteste, die je ein europäischer Politiker seit 1945 getroffen habe. Auch der französische Front National nutzte den Selbstmordanschlag von Ansbach für Kritik: "Die Aufnahme von Migranten ist ein Wahnsinn, wie wir ständig warnen", monierte Vize-Parteichef Florian Philippot.

FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache, sprach von illegaler Masseneinwanderung und einer unverantwortlichen Willkommenskultur. Aus Sicht von Polens Innenminister Mariusz Blaszczak von der nationalkonservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) gibt es "keinen Zweifel daran, dass die Probleme, mit denen sich jetzt unsere Nachbarn rumschlagen, das Resultat einer

jahrzehntelangen Migrationspolitik sind"

Aber auch in Frankreich verschärft sich die Terrordebatte bei 239 Toten in eineinhalb Jahren. Es sei keine Zeit mehr für Haarspaltereien, tönnte Ex-Präsident Sarkozy nach dem neuen Anschlag in Frankreich. Die Sicherheitsfrage wird zu einer Grundsatzdebatte über den Rechtsstaat in Zeiten des Terrors.

Der Anschlag gelang trotz elektronischer Fußfessel. Der Islamisten-Angriff auf eine Kirche heizt die Debatte über den Umgang mit Terrorverdächtigen in Frankreich an. Kritiker rügen ein Versagen der Justiz, die einen der Täter erst vor wenigen Monaten aus der Untersuchungshaft entlassen hatte. Unter dem Eindruck der beispiellosen Anschlagsserie steigt der Druck zu drastischen Maßnahmen - bis hin zum Ruf nach einer Internierung aller Terrorverdächtigen in einer Art "französischem Guantanamo".

Diese Forderung der konservativen Opposition ist in den vergangenen Wochen deutlich lauter geworden. "Wirklich Krieg zu führen bedeutet, diejenigen der Freiheit zu berauben und unschädlich zu machen, die Frankreich angreifen wollen", sagte Ex-Präsident Nicolas Sarkozy. Sprich: Arrest für mutmaßliche Islamisten, auch wenn sie sich noch nicht strafbar gemacht haben. "Es geht um einige Hundert Personen von denen man weiß, dass sie zur Tat schreiten werden." Rechtliche Bedenken tat er nach der Kirchen-Attacke als "Haarspaltereien" ab.

Das Wort Guantanamo, wo die USA Terrorverdächtige ohne Prozess festhalten, benutzte Sarkozy selbst zwar nicht. Parteikollege Georges Fenech, als Vorsitzender des Untersuchungsausschusses zu den Anschlägen von 2015 derzeit viel gefragt, aber schon. Er brachte nach dem Anschlag von Nizza sogar die idyllische Atlantik-Urlauberinsel Ile de Re als Standort ins Spiel. Dort gebe es ein Gefängnis, das dringend renoviert werden müsse.

Als Argument dient ein viel diskutierter Fakt, der die Behörden in Erklärungsnot bringt: Ein Teil der Terroristen, die seit der Attacke auf "Charlie Hebdo" 236 Menschen in Frankreich umbrachten, waren bereits auf ihrem Radarschirm. Immer wieder schreiten Männer zur Tat, für die es bereits einen Eintrag in einer Datenbank mutmaßlicher Islamisten gab.

Page 178

Dies gilt nach übereinstimmenden Medienberichten auch für die beiden Angreifer aus der Kirche von Saint-Etienne-du-Rouvray, die den 85-jährigen Priester Jacques Hamel abstachen. Adel Kerniche drohte sogar ein Prozess wegen versuchter Reisen ins syrisch-irakische IS-Kampfgebiet, deshalb stand er unter elektronischer Aufsicht der Justiz - was die Tat aber nicht verhinderte.

Der Streit ist aber längst zu einer Grundsatzdebatte über den Rechtsstaat in Zeiten des Terrors eskaliert. Aus den Reihen der konservativen Republikaner kommen noch eine ganze Reihe weiterer Forderungen: die automatische Ausweisung ausländischer Straftäter ab einer gewissen Schwere des Urteils, härtere Strafen, Verbot des Salafismus.

Zur Einordnung ist auch ein Blick in den Kalender hilfreich. Im kommenden Jahr wählt Frankreich einen neuen Präsidenten, und schon jetzt ist klar, dass der Kampf gegen den Terror dabei eine zentrale Rolle spielen wird. Der Front National steckt schon sein Revier ab. Und bereits in wenigen Monaten bestimmen die Konservativen in einer Vorwahl ihren Kandidaten - ein Rennen, das derzeit noch längst nicht ausgemacht ist. Sarkozy, der seine allseits erwartete Bewerbung noch nicht offiziell gemacht hat, muss sich vor allem gegen Ex-Premierminister Alain Juppe profilieren.

Regierungschef Valls wirft Sarkozy denn auch genüsslich vor, die Nerven zu verlieren. "Hellsichtig zu sein gegenüber der Bedrohung bedeutet nicht, in Populismus zu verfallen", sagt er. "Wenn wir jedes Mal die Strategie infrage stellen, die Organisation unserer Dienste verändern, ein neues Gesetz abstimmen, werden wir an Wirksamkeit verlieren."

Doch zugleich dürfte der Regierung glasklar sein, dass mit jedem Anschlag der Druck weiter steigt. Das Vertrauen in ihre Anti-Terror-Politik ist nach einer Umfrage jedenfalls spürbar gebröckelt. Dabei wurden schon viele Gesetze verschärft, zuletzt vor wenigen Tagen bei der neuen Verlängerung des Ausnahmezustands, als Zugeständnis an die Opposition. Die Frage, wie das Land der anhaltenden Bedrohung begegnen soll, ist aktueller denn je.

Frankreich ist im europäischen Vergleich eins der Länder, aus denen die meisten Islamisten ins Kampfgebiet der Terrormiliz "Islamischer Staat" (IS) gereist sind. Knapp 2.150 Franzosen oder in Frankreich lebende Ausländer haben nach Angaben von Premierminister Manuel Valls Verbindungen zu Jihadisten-Netzwerken. Stand Mitte Juli waren mehr als 1.000 davon nach Syrien oder in den Irak gereist, 187 kamen bei den Kämpfen ums Leben. 680 sollen weiterhin vor Ort, gut 200 zurückgekehrt sein.

Interessant dazu eine Pressestimme aus Rumänien, wo die Zeitung "Evenimentul Zilei" schrieb: "Hollande ruft zum Mut auf, fügt aber gleich hinzu, dass nicht der Islam Schuld habe, Juncker wiederum ruft zu Mut auf, aber nicht gegen die Terroristen, sondern gegen andere Politiker, geborene Europäer, die er Populisten nennt. Juncker hat den riesigen Mut zu sagen, Le Pen sei eine Populistin - wow, was für ein mutiger Mann! - aber ihm fehlt der Mut zu sagen, dass der Islam mordet. ... Das ist der Mut unserer Führer: Sie sind hart gegenüber Le Pen in Frankreich, haben aber die Hosen voll, wenn es um den IS, Al-Kaida und um andere Kräfte wie Putin oder Erdogan geht. Europa wird in der Angst, aus Angst und für die Angst regiert."

Terror: Rechtsparteien erhalten Zuspruch

Nur AfD kann derzeit nicht profitieren

Von der Stimmungslage in Folge der Terroranschläge in Frankreich und Deutschland, sowie von der Terror-Angst in Österreich profitieren laut Experten vor allem Mitte-Rechts sowie Rechtsparteien wie die FPÖ. Für die Präsidentschaftswahl sehen Politologen und Meinungsforscher Vorteile für Norbert Hofer. Grundsätzlich würden all jene Nutzen ziehen, die schon immer vor Terror gewarnt haben.

OGM-Chef Wolfgang Bachmayer sagte gegenüber Medien, die Terror-Anschläge und Amokläufe in Bayern bzw. Frankreich sowie die Terror-Warnungen in Österreich vom Donnerstag würden grundsätzlich keine "ganz neue Stimmung" bringen, denn es sei kein neues Thema für die Österreicher. "Eher wird die ohnehin spürbare Sorge, dass der Terror auch Österreich erreichen könnte, etwas größer werden". Das Thema rücke näher - trotz dem nach wie vor vorhandenen Bild, dass Österreich eine "Insel der Seligen" sei.

Diese Stimmungslage unterstütze jene Politiker, "die schon immer davor gewarnt haben", sagte Meinungsforscher Peter Hajek (Public Opinion Strategies). "Dazu zählen natürlich die Freiheitlichen, aber auch einzelne Politiker wie der ÖVP-Außenminister Sebastian Kurz."

Sollte sich das Terror-Thema verfestigen, werde die FPÖ, aber auch die ÖVP profitieren, sagte auch der Politologe Peter Filzmaier gegenüber der APA. "Weil es klassische 'Law and Order'-Themen sind." Die Auswirkungen etwa auf die Bundespräsidentschaftswahl werde davon abhängen, was real passiert - aber auch davon, inwieweit die Medien eine Verstärkerfunktion wahrnehmen.

Filzmaier verwies auch darauf, dass sich die Themenlage rasch ändern kann. Während vor einem Jahr noch die Migration das Top-Thema war, sei dies nun "signifikant rückläufig" - und wurde von den Themen Terror und Sicherheit abgelöst. Und zwischenzeitlich sei alles von der Abstimmung in Großbritannien über den EU-Ausstieg überlagert gewesen. "Was dann im September ist, wissen wir nicht", sagt Filzmaier mit Blick auf den Termin der Präsidentschaftswahl am 2. Oktober.

Auch Bachmayer sprach die Kurzlebigkeit der Themen an. Nach dem BREXIT etwa sah er kurzfristige Vorteile für den deklarierten EU-Befürworter Alexander Van der Bellen. Mittlerweile hätten die FPÖ und Hofer das Thema aber eingefangen, indem die Freiheitlichen klar gemacht

hätten, dass sie eine Abstimmung über den Ausstieg aus der EU nur als letztes Mittel sehen.
Diese Platte scheint geschlossen, so Bachmayer

Das Terror-Thema hingegen müsste Hofer nützen, so der OGM-Chef. Auch Hajek sieht durch die "Verschärfung der Situation" Hofer im Vorteil. Filzmaier verwies darauf, dass die Anschläge auch europaweit den rechten Parteien wie etwa in Frankreich dem Front National oder in Deutschland der AfD Zulauf bringen.

Bei der Wiederholung der Präsidentschafts-Stichwahl werde es vor allem auf die Mobilisierung der eigenen Wählerschaft bzw. der Nicht-Wähler ankommen. Einen großen Austausch zwischen Van der Bellen- und Hofer-Wählern werde es hingegen nicht geben, sind sich die Experten einig.

Page 182

Dabei sieht Bachmayer leichte Vorteile für Hofer. Denn während Van der Bellens Wählerschaft in der aufgehobenen Stichwahl zu zwei Drittel von Wählern anderer Kandidaten (aus dem ersten Wahlgang) kam, war bei Hofer nur einer von drei Wählern ein "Übergangswähler". Das bedeute, dass Hofer bei der Mobilisierung von Wählern, die nicht zu seiner Kernklientel gehören, eine besser Ausgangslage habe.

Auch das Verhalten der Koalitionspolitiker habe sich in Folge der internationalen Lage geändert. Hajek sprach etwa die jüngsten Aussagen von Bundeskanzler und SPÖ-Chef Christian Kern zu den EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei an. Dessen klare Ansagen würden zeigen, dass sich Kern dem Thema "offensiv" widme. Die Positionen des SP-Chefs müssten natürlich "nicht so sein wie die der Rechtspopulisten, aber er muss zumindest klar Position beziehen", so Hajek.

Indes verliert die Alternative für Deutschland (AfD) verliert laut einer Umfrage angeblich an Zuspruch. Die Partei kommt in dem vom Meinungsforschungsinstitut Emnid wöchentlich für die "Bild am Sonntag" erhobenen aktuellen Sonntagstrend auf zehn Prozent und schneidet damit einen Prozentpunkt schlechter ab als in der Vorwoche. Die AfD profitierte offenbar nicht von der anhaltenden Debatte über die innere Sicherheit.

Trotz ihres Führungsstreits will man in der AfD keinen Sonderparteitag einberufen. Der sogenannte Bundeskonvent aus 50 Delegierten der Landesverbände entschied sich mit breiter Mehrheit gegen diesen Schritt.

Der Konvent begrüße die Erklärung der Verantwortlichen in Baden-Württemberg, baldmöglichst dafür Sorge zu tragen, wieder zur Arbeit mit einer Landtagsfraktion zurückzukehren, hieß es weiter.

In der Partei tobt ein Machtkampf zwischen den beiden Vorsitzenden Frauke Petry und Jörg Meuthen. Petry hatte der "Bild" unmittelbar vor dem Bundeskonvent gesagt, bei dem Treffen in Kassel müsse eine verbindliche Regelung für die künftige Zusammenarbeit gefunden werden, "die tragfähiger ist als die bisherigen Lippenbekenntnisse".

Meuthen seinerseits hatte wenige Tage davor ein Ende des Streits gefordert. "Frauke Petry und ich sind klug genug, um zu wissen: Auch wenn wir in einigen Punkten nicht übereinstimmen, so müssen wir uns doch zusammenraufen", sagte der Baden-Württemberger der „Bild“-Zeitung. Meuthen hatte zuletzt im Streit über einen Abgeordneten, dem er Antisemitismus vorwarf, die Spaltung seiner Fraktion im Stuttgarter Landtag erzwungen. Als Verbündete Meuthens gelten die AfD-Vizechefs Alexander Gauland und Beatrix von Storch wie auch der Thüringer AfD-Chef Björn Höcke.

Gegen „Fremdbestimmung“

Separatisten trafen sich in Moskau – Lega Nord verweigert in Italien „Brüssel-Hörigkeit“

Auf einer Konferenz in Moskau sind Vertreter selbstproklamierter Staaten im Ex-Sowjet-Raum sowie Anhänger separatistischer Bewegungen aus Irland, Italien, Spanien und den USA Ende

September zusammengekommen, um über ihren Kampf gegen "Fremdbestimmung" sowie die "US-Vorherrschaft" zu beraten.

Als Organisator der vom Kreml subventionierten Veranstaltung trat, wie schon 2015, eine "Antiglobalisierungsbewegung Russlands" auf. "Hier treffen sich mutige Menschen, die niemanden fürchten und die globale Diktatur der USA nicht akzeptieren", erklärte der russische Parlamentarier Michail Degtjarjow in seiner Grußbotschaft. Der Westen habe sich selbst zum Träger von sagemunwobenen demokratischen Werten erklärt, die mit Raketen und Bomben verbreitet würden, sagte der enge Mitstreiter des Rechtspopulisten Wladimir Schirinowski am Sonntagnachmittag in einem Moskauer Innenstadthotel.

Die Konferenz mit dem Titel "Dialog der Nationen", die sich im völligen Einklang mit der außenpolitischen Doktrin des Kreml mit dem Recht der Völker auf Selbststimmung und dem Aufbau einer multipolaren Welt beschäftigen sollte, fand nach einem Auftakt 2015 bereits zum zweiten Mal statt.

Der Kreml subventionierte die Veranstaltung 2016 mit 3,5 Millionen Rubel (49.200 Euro), für den Rest der Kosten würde man selbst aufkommen, erklärte gegenüber Journalisten der 26-jährige Chef der "Antiglobalisierungsbewegung", Aleksandr Ionow. Er bestritt, dass seine Aktivitäten als Einmischung Russlands in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten aufgefasst werden könnten, da seine "Antiglobalisierungsbewegung" eine Nichtregierungsorganisation sei. Das völlige Fehlen von Unabhängigkeitsbewegungen aus Russland selbst begründete er damit, dass es im Land keine ernsthaften derartigen Strömungen gebe.

An der politischen Relevanz zahlreicher ausländischer Organisationen, die am Sonntag in Moskau vertreten waren, hatte Ionow hingegen keinen Zweifel. So trat etwa ein Direktor der Texanischen Nationalbewegung auf, der auf eine baldige Aufnahme diplomatischer Beziehungen eines unabhängigen Texas mit freien Staaten aus aller Welt hoffte, der Präsident einer Unabhängigkeitsbewegung aus Kalifornien übte scharfe Kritik an der US-Außenpolitik. Seiner Bewegung, so sagte Louis Marinelli gegenüber Medien, gehörten 8.000 Kalifornier an, er selbst arbeite hauptberuflich als Englischlehrer im russischen Jekaterinburg.

Aus der Europäischen Union waren Ende September Vertreter einer Splittergruppe der irischen Sinn-Fein-Partei, von der italienischen Lega Nord sowie einer katalanischen Unabhängigkeitsgruppierung vertreten. Bekannte Gesichter aus den selbstproklamierten Volksrepubliken Donezk und Luhansk in der Ostukraine fehlten indes. "In Bezug auf die Ukraine laufen derzeit ernsthafte Verhandlungen, und wir wollten unsere Kollegen nicht ablenken", begründete Ionow das Fehlen offizieller Vertreter der beiden von pro-russischen Rebellen kontrollierten Regionen.

In Italien sucht indes das „Mitte-rechts-Lager“ ohne Unterstützung von Ex-Premier Silvio Berlusconi nach einer neuen politischen Identität. Dies soll mithilfe des von Berlusconi mit der Neugründung der rechtskonservativen Forza Italia beauftragte Manager Stefano Parisi erfolgen.

Page 186

Parisi rief an die Mitte-rechts-Kräfte zu Zusammenhalt auf, um der Wählerschaft eine politisch Alternative zu bieten.

"Zusammen sind wir in der Lage, das Kabinett Renzi zu ersetzen und Italien zu regieren. Von Mailand aus soll die Neugründung des Mitte-rechts-Lagers starten", betonte Parisi, erfolgloser Kandidat bei der Mailänder Bürgermeisterwahl im vergangenen Mai. Der gebürtige Römer, Ex-Generaldirektor des Unternehmerversands Confindustria und Ex-Geschäftsführer des Telekomkonzerns Fastweb, will eine Strategie entwickeln, damit die unter der Konkurrenz der Demokratischen Partei (PD) von Premier Matteo Renzi und der populistischen Fünf-Sterne-Bewegung leidende Mitte-rechts-Allianz einen Weg aus ihrer Krise finde und in den Augen der Wählerschaft wieder attraktiver werde.

Die Mitte-rechts-Allianz, die ohne der politischen Führung Berlusconis seit Jahren dahinsiecht, sei laut Parisi die einzige Hoffnung für die Italiener. Vor allem angesichts der akuten Flüchtlingskrise, mit der Renzi nicht umgehen könne, sei eine Wende in Italien dringend notwendig. Parisi appellierte an die Italiener, bei dem im Herbst geplanten Referendum über Renzis Verfassungsreform "Nein" zu stimmen. Damit könne man den Sturz von Renzis Regierung beschleunigen, sagte Parisi.

Zur Veranstaltung in Mailand wurden mehrere Hauptakteure des Mitte-rechts-Lagers eingeladen. Die Lega Nord, die in den vergangenen Monaten an Stimmen stark zulegen konnte, will von Parisis Plänen nichts wissen. Lega-Chef Matteo Salvini erklärte, er sei zwar zu Parisis Veranstaltung eingeladen worden, er sei jedoch mit dem Treffen der Lega-Anhänger im lombardischen Pontida beschäftigt. "Parisi denkt an eine alte Version des Mitte-rechts-Lagers, das Brüssel, den Banken und der deutschen Bundeskanzlerin Merkel hörig ist. Das ist nicht das Projekt, das ich im Kopf habe", kommentierte Salvini. Er selber traf die Lega-Anhänger bei einer großen Veranstaltung im lombardischen Pontida am Sonntag.

„Europa der Bürger zurückholen“

Patrioten-Kongress in Koblenz: „Freiheit für Europa“

Die europäischen Rechtspopulisten fühlen sich nach der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten gestärkt. Begleitet vom Protest von 5.000 Demonstranten kamen ihre bekanntesten Vertreter am vergangenen Samstag zu einer Tagung in Koblenz zusammen, um das europäische Wahljahr mit Abstimmungen in den Niederlanden, Frankreich und Deutschland einzuläuten.

Die AfD-Vorsitzende Frauke Petry sagte, in den USA habe Trump "einen Weg aus einer Sackgasse" gewiesen - und "genauso wollen wir das für Europa tun". Die Chefin der rechtsextremen französischen Partei Front National, Marine Le Pen, erklärte, einige der Punkte Trumps in seiner ersten Rede als Präsident zeigten Gemeinsamkeiten "mit dem, was wir sagen". Der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders sprach von einem "patriotischen Frühling" in Europa. Aus Österreich reiste der EU-Abgeordnete der FPÖ, Harald Vilimsky, an.

Skurril: SPD-Chef Sigmar Gabriel wurde am Rande der Protestkundgebung von linksgerichteten Demonstranten bedrängt. Sie hätten sich dem Vizekanzler in den Weg stellen wollen, Polizisten seien dazwischen gegangen, sagte ein Polizeisprecher am Samstag. Die Demonstranten hätten einer Antifa-Gruppierung mit insgesamt rund 100 Teilnehmern angehört. Sie skandierten in Gabriels Richtung "Hau ab, hau ab!".

Der Auftritt Petrys und Le Pens war der erste gemeinsame in Deutschland. Petry warf der

Bundesregierung und den EU-Behörden vor, die Bürger einer "Gehirnwäsche" zu unterziehen. Die Freiheit des Individuums und die kulturellen Errungenschaften der europäischen Staaten seien bedroht.

Technokraten und "Sozial-Ingenieure" würden behaupten, es sei ewig gestrig und unmodern, an seinen Sitten und Traditionen festzuhalten, "zumindest wenn man ein weißer Europäer ist", sagte die AfD-Vorsitzende unter dem Jubel der rund 1.000 Anwesenden. Sie forderte eine "geistig-moralische Wende". Ihr Ehemann, der nordrhein-westfälische AfD-Chef Marcus Pretzell, hatte das Treffen gemeinsam mit der EU-Parlamentsfraktion "Europa der Nationen und der Freiheit" (ENF) organisiert.

Kritik kam aus dem Bundesvorstand der AfD. Der Parteivorstand habe am Freitag beschlossen, keine Gemeinsamkeiten mit Parteien wie dem französischen Front National zu suchen, zitierte das Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) Jörg Meuthen, der die Partei gemeinsam mit Petry leitet. Er sagte: "Wir sind gut beraten, eine gewisse Distanz zum FN zu wahren, unter anderem wegen Marine Le Pens protektionistischer Wirtschaftspolitik."

Gegen den Kongress protestierten auch Spitzenpolitiker der Bundestagsparteien, darunter neben Gabriel die Grünen-Vorsitzende Simone Peter. Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) forderte die Teilnehmer der Kundgebung zu Widerspruch gegen rechte Thesen auf: "Es ist Zeit, dass keiner mehr zuhause bleibt." Die Menschen sollten aufstehen für ein freiheitliches und friedfertiges Europa. Vor der Kongress-Halle sangen die Demonstranten die Europahymne "Ode an die Freude", begleitet von Mitgliedern der Rheinischen Philharmonie.

Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn sagte, er wende sich gegen ein "braunes Europa". "Wir stehen hier für ein buntes, für ein offenes und für ein soziales Europa des 21. Jahrhunderts." Minderheiten seien eine Bereicherung für die Gesellschaft und keine Last.

Page 190

In der Koblenzer Rhein-Mosel-Halle waren sich alle einig: Die Europäische Union in ihrer jetzigen Form muss zerschlagen werden. Die Vorsitzende des französischen Front National, Marine le Pen, setzte am Samstag den EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker einem Tyrannen gleich.

Die EU wurde bei der Veranstaltung der Fraktion "Europa der Nationen und der Freiheit" (ENF) im Europaparlament als eine Art Krake beschrieben, die den Bürgern die Luft zum Atmen abdrückt, unwillkommenen Fremden Tür und Tor öffnet und einer "neoliberal" geprägten Globalisierung nichts entgegensetzt.

Entsprechend trug der Kongress den Titel "Freiheit für Europa": Die Hauptredner - neben Le Pen eben Frauke Petry und Geert Wilders, auch der Vorsitzende der italienischen Lega Nord, Matteo Salvini, und der FPÖ-Generalsekretär Vilimsky - verstehen sich selbst als Freiheitskämpfer in einer Form der Diktatur und beschworen ihre Einigkeit im Kampf gegen den gemeinsamen Gegner.

"Wir vertreten das Europa der Bürger und das holen wir uns zurück", rief etwa der FPÖ-Generalsekretär den mehreren Hundert verlesenen Teilnehmern zu. Ähnlich formulierte es Wilders: "Wir sind am Anfang eines patriotischen Frühlings in ganz Europa." Salvini erklärte, die Volkssouveränität sei ein unverhandelbarer Wert.

Deutlich wurde Masseneinwanderung, Brüsseler Regelungswut, Intransparenz der EU-Entscheidungen, der Euro und die Einschränkung nationaler Identitäten angeprangert. Neben Juncker wurde vor allem Bundeskanzlerin Angela Merkel zur Hauptverantwortlichen für die nach ENF-Darstellung katastrophale Entwicklung Europas gemacht.

"Wir sagen ja zum Binnenmarkt", sagte etwa der EU-Abgeordnete und Ehemann von Petry, Marcus Pretzell. Le Pen wettete ihrerseits gegen einen von der EU geförderten Liberalismus und bejubelte Handelshemmnisse wie sie der neue US-Präsident Donald Trump mit seiner Losung "Amerika zuerst" angekündigt hat.

Auch beim Euro deuteten sich Differenzen an. Le Pen bekräftigte, aus der Gemeinschaftswährung unbedingt aussteigen zu wollen. Vorsichtiger war Salvini, der - offenbar in Furcht vor den wirtschaftlichen Konsequenzen für Italien - zu einem geplanten Ausstieg aus dem Euro mahnte.

Unterschiedlichen Vorstellungen zum Ausstieg aus EU und Euro und damit mögliche Konfliktpotenziale wiegelte Petry ab. "Wir stehen gemeinsam in der Ansicht, dass jedes Land für sich entscheidet, was für sich selbst gut ist." Gemeinsames Ziel sei ein Europa der freien Vaterländer. "Und wenn sich dann in Einzelheiten Unterschiede ergeben, das ist für uns kein Widerspruch, sondern das ist gelebte Subsidiarität und das ist gelebte Demokratie."

„Haben uns der Brüsseler Diktatur untergeordnet“

Michal Marusik (Kongress der Neuen Rechten, Polen über die Zusammenarbeit im östlichen Mitteleuropa)

Welche Erwartungen haben Sie von der neuen polnischen Regierung, insbesondere bezüglich der Flüchtlingskrise und der Politik gegenüber Brüssel?

Michal Marusik: Die neue polnische Regierung wird vortäuschen, dass sie eine skeptische Haltung gegenüber der EU vertritt. Tatsächlich aber wird sie den Anordnungen folgen, die aus Brüssel kommen, weil sich diese Partei (PiS, Anm.) auch in der Vergangenheit so verhalten hat.

In Ungarn macht Ministerpräsident Orbán eine konsequente Politik in der Einwanderungsfrage und darüber hinaus versucht er, die ungarische Souveränität gegen zentralistische Bestrebungen der EU zu verteidigen. Könnte in diesen Bereichen so etwas wie eine Achse zwischen Warschau und Budapest entstehen?

Marusik: Ich würde es liebend gerne sehen, wenn es solches Szenario entsteht, aber das hängt von der polnischen Seite ab. Es hängt davon ab, ob Polen es schafft, ein echtes Machtzentrum zu schaffen, das von den Interessen des souveränen polnischen Staates geleitet wird.

In vielen Bereichen arbeiten die Mitglieder der Visegrad-Gruppe zusammen. Wäre eine engere Zusammenarbeit zwischen Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn nützlich, um eine stärkere Stimme in der EU zu haben?

Marusik: Wenn diese Zusammenarbeit auf eine größere Unterordnung unter die EU abzielt, wäre es ein Fehler. Wenn diese Zusammenarbeit aber darauf anzielt, die Diktatur der Europäischen Union zu verlassen, dann ist sie richtig und sollte fortgesetzt werden.

Wie sehen Sie die Entwicklung der EU abseits der Einwanderungsfrage? Was läuft schief und was müsste unternommen werden, um diese Fehler zu korrigieren?

Marusik: Das Problem der Einwanderer ist im Vergleich zu den wahren Problemen der EU ein Ablenkungsmanöver. Die Europäische Union sollte zu ihren Wurzeln zurückkehren – das ist die wirtschaftliche Union und christliche Werte. Die Dominanz von manchen Ländern wie Deutschland führt nur zu einer Verwirklichung von Einzelinteressen und Einzelnutzen.

Es scheint, dass jene Länder, die 2004 der Europäischen Union beigetreten sind, mehr um die Bewahrung ihrer Souveränität besorgt sind. Was sind die Gründe? Ist es die negative Erfahrung mit der sowjetkommunistischen Diktatur?

Marusik: Zuerst einmal haben wir niemals unsere volle Souveränität wiedererlangt, und der EU-Beitritt 2004 hat uns noch mehr der Diktatur untergeordnet, aber diesmal nicht Moskau, sondern Brüssel. Für eine kurze Zeit hatten wir den Anschein von Freiheit wiedererlangt, aber danach sind wir erst recht in die Fänge der Absurditäten und Regulierungen der EU gefallen. Wir dürfen nicht vergessen, dass der Kommunismus seine Spuren an uns hinterlassen hat, und jetzt macht Brüssel mit den Händen der EU-Bürokraten das gleiche.

Page 194

Vor etwas mehr als einem Vierteljahrhundert hat Polen seine Freiheit wiedererlangt: Denken Sie, dass nun die Freiheit, insbesondere die Meinungsfreiheit, durch die politische Korrektheit in Gefahr ist?

Marusik: Wie bereits gesagt, 1989 haben wir nicht die volle Souveränität zurückerlangt und sie politische Korrektheit war immer ein Ansatz, um die Freiheit zu knebeln und die Freiheit zu begrenzen. Ja, ich denke, dass die politische Korrektheit ein wirksames Instrument in den Händen der Herrschenden ist, um alle Zeichen der Normalität ruhigzustellen.

EU-Abgeordneter Michael Marusik ist Vorsitzender der polnischen Partei Kongress der neuen Rechten (Kongres Nowej Prawicy) sowie stellvertretender Vorsitzender Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit im Europäischen Parlament.

“Ohne EU optimistisch in die Zukunft”

Interview Janice Atkinson (Britin, Mitglied der Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit)

Am 29. März wird Premierministerin May offiziell die Austrittsklausel nach Art. 50 EU-Vertrag aktivieren. Was erwarteten Sie sich von den Verhandlungen mit Brüssel? Wird die EU versuchen, an den Briten ein Exempel statuieren, damit keine weiteren Länder austreten?

Janice Atkinson: Die Verhandlungen werden so schwierig oder so einfach sein wie Brüssel es will. Es ist im Interesse der EU, den Handel mit uns fortzusetzen. Auch wir möchten den Handel

mit Waren und Dienstleistungen fortsetzen, aber nicht die Personenfreizügigkeit. Das Vereinigte Königreich möchte lieber kein Abkommen als ein schlechtes haben. Da wir ein gewaltiges Handelsdefizit mit der EU haben, wären wir mit der Einhaltung der Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) zufrieden.

Ich habe letzte Woche festgestellt, dass sich die Sprache Brüssels geändert hat. Anstatt zu versuchen, das Vereinigte Königreich für seinen Mit zu „bestrafen“, weil es auf den Willen des Volkes, das für den Brexit gestimmt hat, zu hören, kommen nun sowohl von Guy Verhofstadt, dem Chefverhandler des EU-Parlaments, als auch von Merkel versöhnlichere Töne. Dafür ist, glaube ich, die wirtschaftliche Realität ausschlaggebend. Verhofstadt versuchte verzweifelt, unserer Fraktion, der ENF, zu vermitteln, dass kein Land erlaubt sein sollte, für sich günstige Abkommen mit dem Vereinigten Königreich zu verhandeln. Da die EU den Nationalstaat nicht mag und ihn auch nicht versteht, wird sie nur schwer begreifen, dass die Staaten Einzelverhandlungen machen.

Sollte kein Abkommen mit der EU erreicht werden: Wäre ein „harter Brexit“ ein Problem für Großbritannien?

Atkinson: Die Begriffe „harter“ und „weicher“ Brexit wurden von der liberalen Linken geschaffen, die für den Verbleib stimmte. Brexit bedeutet EU-Austritt, aber hoffentlich mit Fortsetzung des Handels nach den derzeitigen Standards. Wenn nicht, werden wir glücklicherweise nach den WTO-Regeln Freihandelsabkommen mit vielen Commonwealth-

Page 196

Ländern, den BRICS oder unseren engsten Verbündeten, den USA, haben. Das ist die Angst der EU, nicht Großbritanniens.

Und wie ist die Stimmung in Großbritannien neun Monate nach dem Brexit-Referendum?

Atkinson: Eine große Mehrheit ist optimistisch und 69 Prozent wollen die Verhandlungen so rasch wie möglich beginnen und abzuschließen. Die Leute wollen ihren Alltag fortsetzen und die Wirtschaft braucht Sicherheit. Allerdings wächst unsere Wirtschaft und das wird voraussichtlich auch so bleiben – mit oder ohne Abkommen. Die Menschen und die Wirtschaft haben heftig auf die düsteren Warnungen des früheren Schatzkanzlers, des Verbleib-Lager und Ex-Premier Camerons reagiert. Die Menschen wissen, dass sie in Bezug auf die wirtschaftlichen Folgen, wenn sie für den Brexit stimmen, angelogen wurden. Denn trotzdem erzielt die Bauwirtschaft

die größten Gewinne, liegt die Arbeitslosigkeit praktisch bei null, übertreffen unsere BIP-Prognosen vorherige, wählen ausländische Unternehmen Großbritannien als Sitz ihres Hauptquartiers aus und bestehende Unternehmen wollen in Großbritannien bleiben und expandieren.

Während der Referendums-Kampagne reiste Obama ins Vereinigte Königreich und drohte uns, dass wir bei einem EU-Austritt lange auf einen Handelsvertrag warten müssten. Er war der Meinung, dass Großbritannien besser in der EU bleiben sollte. Aber diese arrogante Drohung motivierte die Briten: Wir wollen von niemandem bedroht werden, auch nicht von einem US-Präsidenten. Daher entschieden sich für den Brexit, um in einer größeren Welt die Chancen zu ergreifen, und die USA wählten Donald Trump. Arroganz gewinnt niemals.

Am 1. März stellte die EU-Kommission ein Weißbuch über die Zukunft der EU vor. Darin werden fünf Szenarien – von der Reduzierung auf einen Binnenmarkt bis hin zu „viel mehr gemeinsames Handeln“ – skizziert. Welches Szenario wird die EU Ihrer Meinung nach einschlagen?

Atkinson: Es liegt an den verbleibenden 27 Mitgliedstaaten, wie sie ihre Zukunft gestalten. Aber mein Rat wäre, die gegenwärtige Formel aufzulösen, weil sie der Demokratie und dem Willen der Menschen widerspricht. Die EU wurde zu einem Monster und mischt sich in jeden Bereich des Alltags der Menschen ein. Sie sollte auf einen Binnenmarkt für Waren und Dienstleistungen mit gegenseitigen Verträgen über die Freiheit der Arbeit, aber nicht der Niederlassung, reduziert werden. Allerdings hat sich die EU immer wieder als reformunfähig erwiesen, und deshalb glaube ich, dass sie zerfallen wird und die Staaten werden – wie ursprünglich vorgesehen – frei zusammenarbeiten können.

„Viel mehr gemeinsames Handeln“ bedeutet mehr Einmischung in das Leben der Menschen, eine EU-Armee, weniger Demokratie und Mitsprache der Nationalstaaten. Es bedeutet, Einwandererquoten unabhängig ihrer kulturellen Herkunft und der Möglichkeit zur Integration zu akzeptieren. Es bedeutet, höhere Steuer und einheitliche Unternehmenssteuern zu akzeptieren. Wenn das die Nationalstaaten wollen, dann soll es so sein, aber das Vereinigte Königreich ist besser dran, draußen zu sein.

Der neue US-Präsident Trump lehnt supranationale Organisationen wie die EU ab. Wird seine Kritik zu einem Umdenken in der EU führen oder zumindest die EU-kritischen Kräfte stärken?

Page 198

Atkinson: Ich kenne Berater von Trump und einige aus seinem Kabinett. Sie haben eine andere und wie ich meine richtige Sicht von der EU. Die EU-USA-Delegation, wo ich Mitglied bin, lehnt immer von Referenten aus den USA ein, die den Pro-Blair/Soros/Obama/Clinton-Standpunkt vertreten. Damit muss jetzt Schluss sein! Solange die EU die Realität der Trump-Präsidentschaft nicht anerkennt und den Supranationalismus verwirft, werden die Beziehungen belastet sein. Mein Rat an die EU-Staaten, die sich auf den Schutz der USA und der NATO verlassen, ist, dass sie ihre Mitgliedsbeiträge bezahlen. Andererseits wird Herr Verhofstadt General seiner eigenen irrwitzigen Armee, fährt mit Panzern an die östlichen EU-Grenzen und bedroht Putin. Im Vergleich dazu haben die USA einen pragmatischeren Zugang zu Russland.

Kann man 60 Jahre nach Unterzeichnung der Römischen Verträge sagen, dass das Experiment EU gescheitert ist?

Atkinson: Absolut gescheitert! Ich kann verstehen, dass die Gründerväter nach den Verheerungen des Zweiten Weltkriegs die Grundlage um einen Handelsblock für Kohle und Stahl gelegt haben. Allerdings übernahmen dann die menschliche Natur und die Egos die Kontrolle und nun ist die EU ein Monster. Sie mischen zu viel in das Leben der Menschen ein, von der Regulierung von Staubsaugern bis hin zur Festlegung von Mehrwertsteuersätzen. Tief katholische Länder wie Polen werden aufgefordert, sich dem EU-Diktat über Gender, Schwulen und Lesben zu beugen. Während eine verrückte extreme Linke, zunehmend aber auch die EVP, über Frauenquoten debattiert, ist man gegenüber weiblicher Genitalverstümmelung, Ehrenmorden, Scharia-Recht und Zwangsehen gleichgültig. Ihre Prioritäten sind falsch.

Die Einwanderung ist die größte Krise unserer Zeit, offene Grenzen und Schengen haben Millionen Einwanderer, die meisten Wirtschaftsflüchtlinge, angezogen auf unsere Küsten und in unseren Lebensstil einzudringen. Bei der Bewältigung dieser Krise ist die EU kläglich gescheitert.

Probleme wie die Masseneinwanderung können andererseits aber auch nicht von einem Staat allein gelöst werden. Wie könnte eine sinnvolle europäische Zusammenarbeit aussehen?

Atkinson: Indem mutige Länder wie Ihres und Ungarn begonnen haben, ihre eigenen Grenzen zu schützen. Wir sollten Fregatten ins Mittelmeer entsenden, um den Fluss zu stoppen, die Schleuser verhaften und ihr Handwerk zerstören, unsere nationalen Armeen an unsere Grenzen schicken und mit Zustimmung unseren Nachbarn bei der Grenzkontrolle helfen anstatt die Türkei zu bestechen, für uns die Drecksarbeit zu erledigen.

“Könnten 350 Mio. Pfund pro Woche sparen”

Janice Atkinson (Britin, Mitglied der Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit),

Sie treten für den Austritt Großbritanniens aus der EU in. Warum sollen die Briten am 23. Juni für den „Brexit“ stimmen?

Janice Atkinson: Die EU ist mit unserer Demokratie und dem Rechtsstaat unvereinbar. 75 Prozent unserer Gesetze werden derzeit in Brüssel beschlossen. Wir können keine Gesetze ablehnen oder aufheben, die Auswirkungen auf die Wirtschaft oder unsere Bürgerrechte haben.

Page 200

Wir lehnen die Entscheidungen des EuGH ab, sehen aber zunehmend ausländische Richter, die entscheiden, dass die Menschenrechte ausländischer Krimineller Vorrang haben vor den Briten, gegen die die Verbrechen begangen wurden. Wir können Terroristen, Vergewaltiger, Drogenhändler und andere nicht abschieben, weil deren Menschenrechte wichtiger sind.

Wir werden uns jede Woche 350 Millionen Pfund sparen, die wir in unser Gesundheitssystem oder Infrastrukturprojekte investieren können, wenn wir nicht Geld an andere EU-Länder oder zur Unterstützung überflüssiger Ausgaben der europäischen Institutionen zahlen müssten. Wir werden Kontrolle über unsere Grenzen haben und können jene einladen, die als Nettosteuerzahler etwas zu unserer Gesellschaft beitragen anstatt der Millionen niedrigbezahlten Osteuropäer, die unsere Sozialleistungen beziehen und sie an ihre Familien in der EU schicken.

Was wären Folgen, wenn Großbritannien die EU verlässt? Glauben Sie, dass es zu einem Umdenken im Brüssel kommt, dass es weniger, nicht mehr Zentralismus braucht oder dass andere EU-Staaten dem britischen Beispiel folgen?

Atkinson: Die EU zerfällt bereits, sie ist ein gescheitertes politisches Konstrukt. Quer durch die EU sehen wir, wie Wähler die etablierten Parteien und das Brüsseler Diktat ablehnen. Wenn Großbritannien austritt, bricht ein Stück aus der Mauer, und der Rest wird einstürzen. Andere Länder haben ihren eigenen Brexit versprochen – Frankreich (Fraxit), die Niederlande (Nexit), Deutschland und viele andere wollen eine totale Reform.

Eine Grundsatzfrage: Ist die EU überhaupt noch reformierbar?

Atkinson: Nein! Das war klar bei Camerons Scheinverhandlungen. Wäre die EU reformbar, hätte Großbritannien ein besseres Ergebnis bekommen. Woche für Woche sitze ich im Parlament, und sehe, wie sich die EU-Vertreter über Wähler und Abgeordnete hinwegsetzen. Ein schockierendes Beispiel ereignete sich kürzlich bei der Präsidentenkonferenz, wo die Leiter aller Fraktionen die

bevorstehende Plenartagung besprechen. Ich vertrat meine Fraktion und man kam überein, dass die Diskussionen zum Thema EU/Türkei nicht fortgesetzt werden sollen, bis die Türkei alle von der EU aufgestellten Kriterien erfüllt. Aber das wurde dann ignoriert und an den zuständigen Ausschuss zurückgeschickt. Das ist keine Demokratie.

Bei meinem letzten Besuch in Griechenland erklärte der Vorsitzende der Delegation, der ungarische Sozialist Peter Niedermüller, den 30 NGOs, die an dem Treffen teilnahmen, dass „unsere Grenzen offen sind, wir die Grenzen nicht schließen und wir mit der EU-Kommission daran arbeiten werden, damit das Wirklichkeit wird“. Ich sagte ihm, dass er nicht in meinem Namen spricht, und auch die Vertreter der Fraktionen Europa der Freiheit und der direkten Demokratie und Europäische Konservative und Reformer erhoben ihre Stimme. Die NGOs bestätigten mir, dass Niedermüllers Botschaft, wenn sie in die Migratenlager gebracht wird, dort zu Ausschreitungen führen würde. Sie sehen also, wir werden nie übereinstimmen, und Falschinformationen und Lügen werden gegen uns und den Willen der Menschen verwendet.

In der Einwanderungspolitik sehen wir zwischen den westlichen und den östlichen EU-Staaten eine sich vertiefende Kluft, und in der Wirtschafts- und Finanzpolitik gibt es einen großen Nord-Süd-Gegensatz: Wird es die EU, wie wir sie heute kennen, in 15 Jahren noch geben?

Atkinson: Nein, das steht fest. Letzte Woche besuchte ich die griechischen Flüchtlingslager, wo sie ihre Grenzen nicht kontrollieren können und mehr Geld von uns verlangen, obwohl wir ihnen

Page 202

dafür schon eine halbe Mrd. Euro gaben. Die Griechen sprechen von der Nord-Süd-Kluft: Wir haben ihnen mit Milliarden an Steuergeld aus der Patsche geholfen, und das kann – ebenso wie in Spanien und Portugal – einfach nicht mehr so weitergehen. In diesen Ländern liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei 50 Prozent. Der Euro ist unhaltbar und die von der Troika ausgearbeiteten Sparpakete wirken nicht. Die nördlichen EU-Staaten sind enttäuscht und verärgert, wie ihr Geld verschwendet wurde. Aber wir fühlen auch mit dem griechischen Volk mit – es ist ein stolzes. Sie brauchen den Grexit und müssen auf ihren eigenen Füßen stehen.

Die Menschen lehnen Einwandererquoten und Strafen für die Ablehnung dieser Quoten ab. Wir sehen Millionen über unsere Grenzen strömen, die meisten von ihnen sind Wirtschaftsmigranten. Die wirklichen Asylwerber gehen in diesem Schwarm unter. Nach Angaben der UNO warten zehn Millionen Wirtschaftsmigranten darauf, in die EU zu gelangen, was wir nicht zulassen können. Die Hilfsorganisationen arbeiten gegen uns, raten den Einwanderern zu sagen, sie wären

Flüchtlinge. Das ist gefährlich für die Gesellschaft, aber auch für echte Asylwerber sowie den Frieden.

Wie sehen Sie die Rolle der Konservativen? Premier Cameron ist ja für den Verbleib in der EU und der frühere Londoner Bürgermeister Johnson für den Austritt.

Atkinson: Es ist ein heiß umkämpftes Rennen, ähnlich Ihrer letzten Präsidentschaftswahl. Cameron stellt unverschämte Behauptungen auf: Dritter Weltkrieg, Heuschreckenplage und Ende des Lebens, wie wir es kennen, wenn wir aus der EU austreten. Er hat keine große Vision für uns, er hat keinen Glauben ins uns und die Briten haben es satt, wie er sie runtermacht. Wir haben den Commonwealth und den Rest der Welt, um Handel zu treiben, nicht aber ein sinkenden BIP und Arbeitslosigkeit wie in der Eurozone. Es wird die Konservative Partei spalten und hoffen bekommt sie einen Führer, der Rückgrat und Führungsstärke hat.

Und wie Sie sehen Sie den Wahlkampf der UKIP, ihrer früheren Partei?

Atkinson: Ihre Stimme hat sich gedämpft, seit sie nicht den offiziellen Status der Austritts-Kampagne erhalten hat. Das ist eine Schande. Nigel Farage führte die Fackel in Großbritannien, um die EU zu verlassen. Aber einige Konservative wollen nicht mit ihm zusammenarbeiten, weil sie ihre eigenen Absichten haben. Um zu kämpfen, müssen aber alle zusammenkommen.

Manche Ökonomen sagten, das britische BIP wird bei einem „Brexit“ in den kommenden Jahren dramatisch sinken. Ist das wahr oder werden hier Ängste geschürt?

Atkinson: Wenn zwei Ökonomen in einem Raum zusammensitzen, werden sie über die Farbe der Tapete streiten. Es gibt aber andere Ökonomen wie Ruth Lea, Patrick Minford und Tim Congdon, einem von Thatchers früheren „Weisen“, die sich bereits seit Jahrzehnten mit diesem Thema beschäftigen und nicht erst in den letzten Wochen, so wie die Regierung und ihre Berater. Ich fand es immer merkwürdig, dass bis heute keine Studien vom Finanzministerium oder vom Parlament über die Kosten eines EU-Austritts erstellt wurden.

Führende Vertreter der Schottischen Nationalparteien fordern bei einem EU-Austritt ein erneutes Unabhängigkeitsreferendum. Könnte der Preis für einen „Brexit“ das Ende des Vereinigten Königreiches sein?

Atkinson: Nein. Würde Schottland seine Souveränität lieber an Brüssel abgeben als die empfundene Kontrolle durch London? Was würde mit seinen Anteil an den gewaltigen

Page 204

britischen Schulden, dem Kampf um das Erdöl geschehen, das sich hauptsächlich innerhalb der Grenzen Englands befindet? Sie haben nicht das Einkommen, um auf eigenen Füßen zu stehen, es sei denn, sie binnen kurzer Zeit Brüssel, ihnen aus der Patsche zu helfen. Wir würden ihnen nicht das Pfund als Währung erlauben, so dass sie den gescheiterten Euro verwenden müssten.

